

Die Universitätsparteileitung der Universität Rostock  
von 1946 bis zur Vorbereitung der  
Volkswahlen der DDR 1954

Von  
Maik Landsmann  
Herausgegeben von Kersten Krüger

---

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 10

Universität Rostock 2010

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock

Redaktion: Kersten Krüger

Druckvorlage: Maik Landsmann

Einband: Medienzentrum der Universität Rostock

Druck und Herstellung: Universitätsdruckerei Rostock 490-10

Copyright 2010 by Universität Rostock

ISBN 978-3-86009-084-8

Bezugsmöglichkeiten:	Universität Rostock
	Universitätsarchiv
	Schwaansche Straße 4
	18051 Rostock
	Telefon: +49-381 498 8621
	Fax: +49-381 498 8622

# Inhaltsverzeichnis

**Kersten Krüger**

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>7</b>
1.1 Thema und Fragestellung . . . . .	7
1.2 Forschungsstand . . . . .	8
1.3 Aufbau der Arbeit und Methodik . . . . .	9
<b>2 Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949/50</b>	<b>12</b>
2.1 Nachkriegssituation . . . . .	12
2.1.1 Aufbau der Verwaltungen . . . . .	13
2.1.2 Zentralisierung der Hochschulpolitik . . . . .	15
2.1.3 Lehrkörper und Entnazifizierung . . . . .	20
2.2 Universität Rostock . . . . .	25
2.2.1 Wiedereröffnung und Erneuerung . . . . .	26
2.2.2 Rektor- vs. Kuratorialverfassung? . . . . .	28
2.2.3 Gründung des Studentenrates . . . . .	31
2.3 Konstituierung der SED-Betriebsgruppe . . . . .	33
2.3.1 Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	35
2.3.2 Gründung und Ausbau der Betriebsgruppe . . . . .	37
2.3.3 Reorganisation der Betriebsgruppe . . . . .	47
2.3.4 „Ausmerzungs“ des Studentenrates . . . . .	61
<b>3 Ausbau der Betriebsgruppe zur Parteiorganisation 1948-1954</b>	<b>66</b>
3.1 Organisation und Arbeitsweise . . . . .	66
3.1.1 Sitzungen der SED-Universitätsparteileitung . . . . .	66
3.1.2 Delegiertenkonferenzen . . . . .	71
3.1.3 Parteiaktivtagungen . . . . .	74
3.1.4 Parteisekretäre . . . . .	76
3.1.5 Mitglieder . . . . .	79
3.2 II. Hochschulreform und weitere Entwicklungen . . . . .	82
3.2.1 Einschneidende Veränderungen im Zuge der II. Hochschulreform 1951 . . . . .	82
3.2.2 Erneuerung der Parteirichtlinien und Zusammensetzung der UPL von 1951 bis 1954 . . . . .	84
3.2.3 Maßnahmen zur Umsetzung der Reform und Kontrolle der Beschlüsse . . . . .	96
3.3 Volkswahl in der DDR . . . . .	100
3.3.1 „Der Parteiapparat läuft auf Hochtouren“ . . . . .	100

3.3.2	Ergebnisse der Volkswahlen . . . . .	102
<b>4</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>104</b>
<b>5</b>	<b>Anhang</b>	<b>109</b>
5.1	Abkürzungsverzeichnis . . . . .	109
5.2	Quellenverzeichnis (ungedruckte Quellen) . . . . .	111
5.2.1	Bestand Rektorat . . . . .	111
5.2.2	Bestand Universitätsparteileitung . . . . .	111
5.3	Quellenverzeichnis (gedruckte Quellen) . . . . .	114
5.4	Abbildungen (Quellen) . . . . .	119
5.5	Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk . . . . .	133
	<b>Personenverzeichnis</b>	<b>144</b>
	<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>147</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>148</b>



## Vorwort

Die „Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte“ sind in kurzer Zeit - seit 2007 - auf zehn Bände angewachsen. Das ist ein respektables Ergebnis für eine Reihe, die Teilstudien zur Geschichte der Universität der Öffentlichkeit durch Druck und in digitaler Form zur Verfügung stellt.

Der vorliegende zehnte Band bringt die überarbeitete Fassung der Hausarbeit von Maik Landsmann, erstellt im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien. Es handelt sich um eine vorzügliche Studie. Erstmals wird der Aufbau der Universitätsparteileitung der SED in ihren Anfängen untersucht. Da es hierzu keine Veröffentlichungen gibt, schöpft der Verfasser aus den Beständen des Rostocker Universitätsarchivs. Zusätzlich führte er ein Interview mit dem Zeitzeugen Prof. Dr. Manfred Haiduk. Das Protokoll des Gesprächs ist, zusammen mit aussagekräftigen Quellen, im Anhang dokumentiert.

Am Beginn der Entwicklung stand die sogenannte „antifaschistisch-demokratische“ Umwälzung. Das waren der Wiederaufbau der Verwaltung der Universität bei Entnazifizierung des Lehrkörpers sowie die Wiedereröffnung der Universität Rostock im Februar 1946. Es folgte der durchaus mühsame Aufbau der SED-Betriebsgruppe an der Universität, die zunächst überwiegend von Studenten getragen wurde, weil die Lehrenden sich (noch) zurückhielten. Parallel zum Aufbau des Sozialismus in der DDR vollzog sich der Ausbau zur umfassenden Betriebsorganisation der SED an der Universität. Die Universitätsparteileitung erhielt feste Formen und Institutionen, dazu hauptamtliche Parteisekretäre, die für Kontinuität der Arbeit und der Einflussnahme sorgten. Die UPL entwickelte sich zu einer Nebenregierung der Universität, ja bald zur Hauptregierung an der Seite der universitären Gremien. Die Partei konnte auf diese Weise auf die Durchsetzung der Zweiten Hochschulreform 1951 ebenso einwirken wie auf die erfolgreiche Durchführung der Volkswahlen von 1954 an der Universität, deren Erfolg messbar war: knapp 100 % Stimmen für die Liste der Nationalen Front. So sollte es sein.

Allen an der Zeitgeschichte unserer Universität Interessierten sei die Lektüre dieses spannenden Buches empfohlen. Dem Verfasser gebührt das Verdienst, durch selbstständige Forschung beachtliche Erkenntnisfortschritte erreicht zu haben und damit das Ziel, welches schon die Gründungsurkunde unserer Universität 1419 formulierte: dass hier die Ungebildeten mit offenen Sinnen zu Disziplin und Weisheit erzogen werden („ut inibi hujusmodi disciplinæ sapientiæqve poris apertis erudiantur simplices“). Es begleiten ihn unsere besten Wünsche.



# 1 Einleitung

## 1.1 Thema und Fragestellung

Die Hochschulpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), später Deutsche Demokratische Republik (DDR), und die Entwicklung der KPD/SED<sup>1</sup> zur stärksten Partei sind, wie sich noch zeigen wird, eng miteinander verbunden.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges griff die SED immer stärker auf die Entwicklung der Universitäten und Hochschulen ein, so dass es zu tiefgreifenden Veränderungen in der Universitätsverwaltung wie auch im Leben aller Universitätsangehörigen kam.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die Partei an der Universität Rostock etablierte und welche richtungsweisenden Veränderungen sich durch ihr Wirken vollzogen. Nach Jessen bestand zum Zeitpunkt der Gründung der SED an den Universitäten ein universitäres Milieu, so dass die SED in ihren Reihen lediglich auf eine geringe Anzahl von Akademikern zurückgreifen konnte.<sup>2</sup> Aufgrund dessen wird aufzuzeigen sein, wie die SED dennoch anstrebte, in das Universitätsleben einzugreifen und dieses Vorhaben später auch umsetzte.

Des Weiteren ist zu betrachten, wie die Regierungen auf Länder- und „Bundesebene“<sup>3</sup> über das Geschehen an der Universität in Kenntnis gesetzt sowie durch welches Gremium oder Organ Beschlüsse umgesetzt und die Politik der Partei an die Universitätsangehörigen herangetragen wurde. Dabei sollen die Organisationsstrukturen des Parteiapparates<sup>4</sup> aufgezeigt werden, um so dessen Entwicklung und Ausbau zu einer Organisation, die sich auf alle Ebenen des Universitätsalltags Zugriff verschaffte und somit zu einer festen universitären Größe avancierte, zu veranschaulichen.

Die vorliegende Arbeit setzt sich folglich mit dieser Organisation oder besser noch dem „Instrument“ zur Verwirklichung der Parteibeschlüsse an der Universität der damals führenden Partei im östlichen Teil Deutschlands, der Universitätsparteileitung (UPL) der Universität Rostock, auseinander. Dabei steht der Zeitraum von ihren ersten „Gehversuchen“ 1946 bis hin zur Massenmobilisierung zur Vorbereitung der Volkswahlen 1954 im Fokus.

Die SED-Betriebsgruppe und spätere SED-Parteiorganisation versuchte sich systematisch in den Universitätsaufbau einzugliedern. Innerhalb von nur fünf Jah-

---

<sup>1</sup>Kommunistische Partei Deutschlands/Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

<sup>2</sup>Jessen, Ralph. Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945-1967). in: Geschichte und Gesellschaft. Bd. 24. Göttingen. 1998. S. 33ff.

<sup>3</sup>bez. hier die höchste Regierungsinstanz der SBZ und der späteren DDR.

<sup>4</sup>Alle von der SED für wichtig gehaltenen Positionen, unabhängig von Partei, Institution und Organisation, wurden über das Kadernomenklatursystem durch den Parteiapparat besetzt und kontrolliert.

ren gelang es ihr, sich von einer gesellschaftlichen Organisation an der Universität zu einer Art „Nebenregierung“ der Universität zu entwickeln. An oberster Stelle dieser „Nebenregierung“ an der Universität stand die UPL.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund des Umfangs des aufgestellten Parteiapparates keine vollständige und lückenlose Ausarbeitung hinsichtlich der oben genannten Thematik gewährleistet werden kann.

Aus diesem Grund werde ich mich lediglich auf ausgewählte Schwerpunkte beschränken. Ziel dieser Arbeit ist es, eine Sequenz aufzuzeigen, die für spätere Forschungen als Grundlage dienen kann.

## 1.2 Forschungsstand

Das Hauptaugenmerk der Arbeit richtet sich auf die UPL und damit auf die Geschichte der Universität Rostock. Literatur zu dieser speziellen Thematik ist nur in geringem Umfang vorhanden, so dass bisher noch keine Publikation vorliegt, die sich ausschließlich mit der UPL Rostock auseinandersetzt. Dieses Thema wird zwar in einigen Werken in Kurzform behandelt, detaillierte und tiefgreifende Ausführungen bestehen jedoch nicht. Dennoch existieren einige gedruckte Quellen, welche aus der Menge hervorzuheben sind, da sie einen ersten Überblick über die Hochschulpolitik in der SBZ/DDR und die Geschichte der Universität Rostock verschaffen.

Eine der ältesten verwendeten Publikationen ist die von Marianne und Egon Müller<sup>5</sup>, welche zum Inhalt die überregionale Hochschulentwicklung in der Zeit von 1945 bis 1953 hat. Zur Verlagerung der Hochschulentwicklung in der SBZ/DDR auf die Universität Rostock ist das Werk von Martin Handschuck<sup>6</sup> und die Festschrift von Günter Heidorn über die Universität Rostock von 1969<sup>7</sup> sehr hilfreich, um die Entwicklung der Universität Rostock in dem zu betrachtenden Zeitraum nachzuvollziehen, wobei die Festschrift aufgrund ihres Entstehungszeitpunktes vom Standpunkt der SED geschrieben ist.

Das Werk von Martin Handschuck und jenes von Markus Seils<sup>8</sup> geben erste Anhaltspunkte zum Verständnis der Entwicklung der SED-Betriebsgruppe in den ersten Jahren. Sie sind sehr wertvoll, weil die genaue Aktenführung erst ab 1948 erhalten ist. Sie werden daher für die Rekonstruktion der Anfangsjahre zu Rate

---

<sup>5</sup>Müller, Marianne/Müller, Egon. „...stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin. 1953. Neuauflage: 1994.

<sup>6</sup>Handschuck, Martin. Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen. 2003.

<sup>7</sup>Heidorn, Günter u.a. (Hrsg.). Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Rostock. 1969.

<sup>8</sup>Seils, Markus. „Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten.“ Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1950. Schwerin. 1996.

gezogen.

Des Weiteren geben Andreas Malycha<sup>9</sup> und Thomas Reichel<sup>10</sup> einen guten Überblick über den Aufbau der Betriebsgruppen in der SBZ/DDR.

Zum Verständnis der II. Hochschulreform wird insbesondere der Artikel von Franz Wohlgemuth<sup>11</sup> in der Festschrift für Prof. Erich Schlesinger<sup>12</sup> genutzt.

Die soeben aufgeführte Literatur stellt einen der Grundpfeiler zur Erstellung dieser Ausarbeitung zur UPL dar.

### 1.3 Aufbau der Arbeit und Methodik

Zur Bearbeitung der vorliegenden Thematik ist diese Arbeit in zwei große Kapitel gegliedert. Der erste Teil „Die Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949/50“<sup>13</sup> ist nach dem Aufruf des Zentralkomitees (ZK) der KPD vom Juni 1945 „für ganz Deutschland die Orientierung auf eine antifaschistisch-demokratische, antiimperialistische Umwälzung“<sup>14</sup> benannt. Diesbezüglich wird ein kurzer Einblick in den Aufbau der Verwaltung gegeben, denn ohne Verwaltung kein Landesaufbau und ohne Landesaufbau keine Wiedereröffnung der Universität, da diese im Zuge des 2. Weltkrieges durch die Besetzung der Alliierten geschlossen wurde. Zudem wird die Zentralisierung der Hochschulpolitik betrachtet, um einerseits die

<sup>9</sup>Malycha, Andreas. Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953. Paderborn. 2000.

<sup>10</sup>Reichel, Thomas. „Feste Burgen der Partei“? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946-1949. in: Internationale Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK). Bd. 36. Heft 1. Berlin. 2000. S. 62-99.

<sup>11</sup>Wohlgemuth, Franz. Tradition und Wirklichkeit der Studienreform. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Festschrift für Professor Dr. jur. Dr. phil. h.c. Erich Schlesinger zu seinem 75. Geburtstag. Jahrgang 5. Sonderheft. 1955/1956. S. 113-124.

<sup>12</sup>Erich Ferdinand Nicolaus Schlesinger wurde am 23.12.1880 in Warstade geboren. Von 1946 bis 1949 war er Honorarprofessor für Verwaltungsrecht an der Universität Rostock. Während dieser Zeit (1945-1948) übernahm er u.a. die Stellung des Kurators, die 1949 abgeschafft worden war. Daraufhin war er von 1949 bis 1952 Prorektor und von 1952 bis 1956 Rektor der Universität Rostock, wo er dann auch am 17.12.1956 verstarb. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002154](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002154).

<sup>13</sup>Antifaschismus stammt aus dem Vokabular des Marxismus/Leninismus. Es bedeutet die Ablehnung des Nationalsozialismus und ähnlicher Erscheinungen aus einer Position, die neben dem Nationalsozialismus auch die parlamentarische Demokratie ablehnt. Aus der Sicht des Marxismus/Leninismus sind beide politische Strukturen Ausdruck der „kapitalistischen“ Wirtschaftsweise (Marktwirtschaft). Kern der Kritik des „Antifaschismus“ ist nicht die fehlende Demokratie oder die Missachtung von persönlicher Freiheit oder fehlender Menschenrechte, [...] sondern der „kapitalistische“ Charakter des „Faschismus“. Aus: Richter Michael, 1945-1949: Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) in: Informationen zur politischen Bildung. Geschichte der DDR. Heft 231. Bonn. 1991. S. 2.

<sup>14</sup>Luck, Herbert. Die materielle Produktionsgrundlage des Sozialismus im Norden der Deutschen Demokratischen Republik. in: Unser Ostseebezirk. 1. Jahrgang Nr. 2. Rostock. 1960. S. 11.

„Auftraggeber“ der UPL zu lokalisieren und andererseits die Entnazifizierung als Mittel zum Zweck näher zu beleuchten.

Im Weiteren steht die Universität Rostock im Blickpunkt des Geschehens. Von der Wiedereröffnung geht es über zur gewichtigen Frage der Universitätsverfassung (Rektor- vs. Kuratorialverfassung). Anschließend wird der Studentenrat thematisiert, welcher, wie sich im Verlauf der Arbeit zeigen wird, zuerst in den Fokus der SED-Betriebsgruppe geriet.

Auf der Grundlage dieser Ausführung wird die Konstituierung der SED-Betriebsgruppe an der Universität Rostock behandelt. Dabei werden vorerst die allgemeinen Voraussetzungen thematisiert. Über die Gründung und die Reorganisation wird die „Ausmerzung“ des Studentenrates besprochen. „Ausmerzung“ bezeichnet dabei nicht die Auflösung des Studentenrates, sondern die Entziehung der Kompetenzen, so dass dieser zwar noch bestand, jedoch nur noch eine marginale Rolle an der Universität einnahm.

Das zweite Kapitel „Ausbau der Betriebsgruppe zur Parteiorganisation 1948-1954“ bezieht sich auf die SED-Betriebsgruppe (später SED-Parteiorganisation), wobei vorerst die Gremien der Organisation in den Vordergrund rücken. Des Weiteren findet ein Exkurs über den Parteisekretär und die Mitglieder der Betriebsgruppe bzw. Parteiorganisation statt.

Die II. Hochschulreform stellte nicht nur einen offensichtlichen Umbruch im Studium der Studenten dar, es erfolgten darüber hinaus große Veränderungen im Aufbau der SED-Betriebsgruppe der Universität Rostock, um die Beschlüsse zur Reform umzusetzen und zu kontrollieren. Ferner vollzieht sich an dieser Stelle der Wandel von der Betriebsgruppe zur Parteiorganisation.

Ausgehend von der II. Hochschulreform werden die weiteren personellen und strukturellen Entwicklungen und Veränderungen der Parteiorganisation sowie der UPL aufgezeigt. Zudem findet eine Analyse der Maßnahmen zur Umsetzung der Reform und zur Kontrolle der Beschlüsse statt.

Die Volkswahl von 1954 bildet den Abschluss dieser Arbeit, da sie ein Zeichen für die Machtbefugnisse und den Einfluss der UPL auf die Universität darstellt. Hierbei handelt es sich ursprünglich um eine Thematik, die nicht in den Bereich der Universitätsgeschichte eingeordnet wird. Dennoch wird sich zeigen, dass die UPL ein großes Aufsehen an der Universität verursachte, um alle Universitätsangehörigen zur „richtigen“ Wahl zu mobilisieren. Somit vermittelt sie einen Eindruck von der Arbeitsweise der UPL.

Im ersten Kapitel wird hauptsächlich mit gedruckter Literatur gearbeitet, wobei zur Hilfestellung bei der Erläuterung einzelner Passagen ungedruckte Quellen zu Rate gezogen werden. Der Großteil der Arbeit erfolgt jedoch aus dem Bestand des Universitätsarchives der Universität Rostock (UAR). Ergänzt wird die Ausar-



beitung durch ein Zeitzeugengespräch mit Herrn Prof. Dr. Haiduk<sup>15</sup>, der Einblicke in diese Zeit gewährt.

Bezugnehmend auf den Zeitraum ist anzumerken, dass die Aktenführung, wie schon erwähnt, erst 1948 in mangelhafter Ausführung beginnt. Die Quantität der Aufzeichnungen nimmt mit den Jahren zu. Aufgrund dessen greife ich zur Rekonstruktion der Anfangsjahre auf bestehende Literatur und vorhandene Berichte der Betriebsgruppe über diesen Zeitraum (1946-1948) zurück.

Bei der Betrachtung der Leitungen der UPL ist anzumerken, dass durch den Einsatz von Studenten mit der Zeit einige Vertreter aus dem Leitungskollektiv während der Amtsperiode ausschieden und daraus folgend neue Mitglieder kooperiert wurden. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der Arbeit werde ich nicht auf alle zwischenzeitlichen Ausfälle eingehen und hauptsächlich die Aufstellung der Leitungen nach der Wahl bereitstellen, weil der Wechsel der Positionen zum Teil nur schwer nachvollziehbar ist. In den Fällen, wo es aus den Akten ersichtlich wurde, wird der Wechsel bzw. der Austausch benannt.

In einigen Leitungskollektiven wurde lediglich der Nachname der jeweiligen Person aufgeführt, da sie hauptsächlich die Anrede Genosse (Gen.) bzw. Genossin (Genn.) verwendet hatten und die Vornamen zumeist außen vor gelassen wurden. Fehlende Vornamen werden unter Zuhilfenahme der vorliegenden Vorlesungsverzeichnisse der Universität Rostock versucht zu ermitteln. Dennoch sind nicht alle Mitglieder ausfindig zu machen. Des Weiteren wird anhand der Vorlesungsverzeichnisse festgestellt, um welche Art von Universitätsangehörigen es sich bei der jeweiligen Person handelt. Dabei ergeben sich Defizite in der Vollständigkeit, da die Aktenführung der Fakultätsgruppen und späteren Grundorganisationen durchgesehen werden müssten.

---

<sup>15</sup>Manfred Paul Otto Haiduk wurde am 27.03.1929 in Breslau geboren. Dort besuchte er die Schule und kam 1948 nach Rostock, wo er bis 1950 die Vorstudienanstalt/Arbeiter- und Bauernfakultät besuchte. 1950 nahm er das Studium der Germanistik auf und schloss es 1954 ab. Während des Studiums bekleidete er den Vorsitz des Studentenrates (1950-1953). Nach dem Studium war er von 1954 bis 1968 wissenschaftlicher Aspirant, Mitarbeiter, Assistent und Dozent am Germanistischen Institut der Universität Rostock. 1961-64 übernahm er die Stellung des Prorektors für Studienangelegenheiten. 1968-72 war er Direktor des Ostseestudios Rostock (Deutscher Fernsehfunke). 1972-89 nahm er die Professur für Kulturtheorie und Ästhetik an der Universität Rostock auf. Zur Zeit ist er in Rostock wohnhaft. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001531](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001531).

## 2 Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949/50

### 2.1 Nachkriegssituation

Nach der endgültigen Kapitulation Deutschlands am 08. Mai 1945 und dem Potsdamer Abkommen<sup>1</sup> befand sich Deutschland im Umbruch. Die politische und geografische Neuordnung Deutschlands, seine Entmilitarisierung, die von Deutschland zu entrichtenden Reparationen und der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern wurden auf dieser Konferenz beschlossen. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt in vier Besatzungszonen aufgeteilt worden, wobei die jeweilige Besatzungsmacht (USA, UdSSR, England und Frankreich) für die Umsetzung der Beschlüsse innerhalb ihrer Zone verantwortlich war. Dieser Beschluss wurde in der gemeinsamen Deklaration vom 05. Juni 1945 manifestiert.

Das oberste Gremium, der Alliierten Kontrollrat, sollte dabei die höchste Entscheidungsgewalt besitzen. Dennoch stellten sich große Differenzen in den vier verschiedenen Sichtweisen zur Deutschlandpolitik der Siegermächte als unüberwindbare Hindernisse heraus, da diese oftmals von den Erfahrungen und Vorstellungen ihres eigenen Landes abhingen.<sup>2</sup>

Zur Lösung der Tagesprobleme in der Deutschlandpolitik aber einigte man sich auf die gemeinsame Richtlinie, Deutschland zu demilitarisieren, entnazifizieren, dezentralisieren sowie zur Demontage der kriegswichtigen Industrie.<sup>3</sup> Die Richtlinie der Dezentralisierung in der SBZ entspricht nicht den politischen Ansichten der Kommunisten. In ihren Ausführungen wurde die demokratische Zentralisierung hoch angepriesen.

Dabei offenbarten sich zwei völlig konträre Lösungen. Die westlichen Siegermächte versuchten eine „wehrhafte“ Demokratie zu errichten, indem sie eine Verfassung konstruierten, „die die Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik und der Etablierung der Diktatur in staatsrechtliche Normen“<sup>4</sup> gießen sollte. Anders verhielt es sich im östlichen Teil Deutschlands, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Dort setzten sie auf einen radikalen Wandel, speziell in Bezug auf die Eigentumsformen und die Eliten.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>Ergebnis der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 02. August 1945 auf Schloss Cecilienhof in Potsdam

<sup>2</sup>Soldwisch, Ines. „...etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen...“. Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952. Rostock. 2007. S.29.

<sup>3</sup>Siehe dazu: Das Potsdamer Abkommen. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945 (Auszug) in: Rößler, Ruth-Kristin (Hrsg.). Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien. Goldbach. 1994. S.60.

<sup>4</sup>Müller, Werner. Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen. in: Rostocker Philosophische Manuskripte. Heft 8. Rostock. 2000. S.9.

<sup>5</sup>Ders. S.9.



Die vier Siegermächte beabsichtigten, die deutsche Gesellschaft daher so zu verändern, dass kein weiterer Krieg entfacht werden könnte. Dabei galt auf der östlichen und der westlichen Seite des geteilten Deutschlands *„das jeweils eigene Gesellschaftssystem als das strukturell friedliche.“*<sup>6</sup>

Aus diesem Grund bestand die erste Aufgabe darin, in den vier Besatzungszonen neue Verwaltungsstrukturen und -träger auf kommunaler und regionaler Ebene zu installieren.<sup>7</sup>

### 2.1.1 Aufbau der Verwaltungen

In der SBZ, der späteren DDR, wurde eine neue Verwaltung aufgebaut, die ebenso dominant, wie die vorhergehende aus der NS-Diktatur war. Der Idealtyp des unpolitischen Beamten hatte ausgedient. Es wurde ein neues Ideal geschaffen, welches sowjetischer Herkunft war: *„die volksdemokratische Verwaltung, ein Produkt der kommunistischen Parteien- und sowjetischen Verwaltungsgeschichte“*, auch Kaderverwaltung genannt.<sup>8</sup>

Um dieses System durchzusetzen, wurde am 09. Juni 1945 mit dem Befehl Nr. 1 die Sowjetische Militäradministration (SMAD) gebildet, welche den Verwaltungsaufbau unterstützen bzw. kontrollieren und zum anderen auf alle Bereiche des Lebens der SBZ Einfluss nehmen sollte. Einen Tag später, am 10. Juni, erließ die SMAD im Befehl Nr. 2 die Gründung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien und Organisationen/Gewerkschaften.<sup>9</sup>

Zur Vorbereitung des Aufbaus der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern mussten dementsprechend „geeignete“ Mitarbeiter ausgewählt werden. Aus diesem Grund wurden Initiativgruppen unter der Leitung von Gustav Sobottka zur Kontrolle und Vorbereitung der Besetzung der neuen Landesverwaltung geschaffen. Insgesamt erfasste Sobottka 900 Altkommunisten in Mecklenburg-Vorpommern. Nicht alle von ihnen konnten jedoch für die Landesverwaltung bestimmt werden, denn darüber hinaus waren noch viele Plätze in lokalen Verwaltungen, Betrieben, Schulen und im Parteiapparat zu besetzen. An Hand dessen wird deutlich, dass die Kommunisten aufgrund ihrer verminderten Anzahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorherrschend waren und dies den weiteren Aufbau möglicherweise erschwer-

---

<sup>6</sup>van Melis, Damian. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung von 1947-1949. München. 1999b. S.1.

<sup>7</sup>Ders. S.19.

<sup>8</sup>van Melis, Damian. Der Aufbau der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. in: van Melis, Damian (Hrsg.). Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern. 1945-1952. Schwerin. 1999a. S.59/60.

<sup>9</sup>Soldwisch, Ines (2007). S.29. / Siehe dazu: Abbildung des Befehles Nr.2 in: Suckut, Siegfried. Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952. Bonn. 2000. S.5.

te.<sup>10</sup>

Am 04. Juli 1945 übernahm ein Präsidialkollegium unter Führung des Präsidenten Wilhelm Höcker (SPD), dem kommunistischen Vizepräsidenten Johannes Warnke, dem christdemokratischen Agrartechniker Otto Möller und Gottfried Grünberg, welcher aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt war, durch die Bestätigung der SMAD die Landesleitung. Dies geschah im Einvernehmen mit Sobottka, nachdem seine Untersuchungen abgeschlossen waren. Als vorläufige Regierungsinstanz nahm das Präsidialkollegium am 07. Juli 1945, nach Abzug der britischen Truppen, in Schwerin die Arbeit auf.<sup>11</sup>

Bis Ende Juni/Anfang Juli 1945 existierten lediglich zwei Organisationsebenen in der SBZ: 1. die Zone, geleitet durch die SMAD und 2. die einzelnen Kreise und Städte, da sich der Aufbau anfangs verstärkt auf die lokale Ebene bezogen hatte.<sup>12</sup>

Die Verwaltungen der Kreise, Städte und Gemeinden wurden nach den *„Richtlinien der Parteiführung der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der roten Armee besetzten deutschen Gebiet“* vom 05. April 1945 aufgebaut. Eine der wichtigsten Aufgaben der Instrukteure um Gustav Sobottka und der Initiativgruppen bestand in der *„Herstellung der Ordnung, Schaffung der Bedingungen des täglichen Lebens der Bevölkerung, Unterstützung der Roten Armee bei der Liquidierung von Terror- und Provokationsnestern und Organisierung des Kampfes für die politisch-moralische Ausrottung des Nazismus, Militarismus.“* Der Verwaltungsaufbau erfolgte somit sukzessiv von unten nach oben.<sup>13</sup>

*„Zwecks Verwaltung der Provinzen und Sicherung der Kontrolle über die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane“* wurde ab dem 09. Juli 1945 neben der Landesregierung eine Sowjetische Militäradministration Mecklenburg (SMAM) durch den Befehl Nr. 5 geschaffen. Demnach unterteilte sich das sowjetische Besatzungsgebiet zu diesem Zeitpunkt in fünf Verwaltungseinheiten: in die Länder Mecklenburg-(Vorpommern), Sachsen und Thüringen sowie in die Provinzen Brandenburg und Sachsen(-Anhalt), denen eine jeweils eigene Militäradministration zur Seite stand.<sup>14</sup>

Die Landesverwaltung gliederte sich in insgesamt elf Zuständigkeitsbereiche,

<sup>10</sup>van Melis, Damian (1999b). S.29/30,57.

<sup>11</sup>van Melis, Damian (1999a). S.82ff.

<sup>12</sup>Ders. S.83.

<sup>13</sup>Mitglieder der Initiativgruppen wurden den „Bezirks- und Kreisstädten zur Arbeit zugeteilt“, wovon einige „Funktionen in der Stadt für längere Zeit“ übernehmen sollten, „während andere beauftragt [wurden] in den kleinen Städten und Gemeinden [...] bei der Schaffung der Gemeindeverwaltungen zu helfen bzw. zu kontrollieren.“ Aus: van Melis, Damian (1999b). S.33.

<sup>14</sup>Fait, Barbara.Landesregierungen und -verwaltungen.Mecklenburg-(Vorpommern). in: Broszat, Martin (Hrsg.).SBZ-Handbuch.Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisation und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland 1945-1949.München.1990. S.109.

die anfangs vom Präsidenten und den drei Vizepräsidenten übernommen wurden. Bis zur Landtagswahl 1946 wurden in vielen Abteilungen verantwortliche Leiter eingesetzt, so dass die Präsidenten als „Vorstände“ fungierten. Somit war der Präsident Wilhelm Höcker (SPD) für die Ressorts „Allgemeine Verwaltung und Finanzen“, der erste Vizepräsident Johannes Warnke (KPD) für die Bereiche „Inneres“ mit Polizei, Wirtschaft und Verkehr später auch für Justiz und die Verwaltung für deutsche Umsiedler, der zweite Vizepräsident Otto Möller (CDU) für die Ressorts Land- und Forstwirtschaft, Handel (Industrie) und Versorgung und der dritte Vizepräsident Gottfried Grünberg für die Ressorts Kultur und Volksbildung später auch für die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge verantwortlich.<sup>15</sup>

Nach der Landtagswahl im Oktober 1946 wurden aus den vier Präsidenten Minister. Daraus folgend blieb Wilhelm Höcker Ministerpräsident, unter ihm wurde Warnke Minister für Innere Verwaltung und Planung, Möller Landwirtschaftsminister und Grünberg Minister für Volksbildung. Insgesamt entstanden neun weitere Fachministerien: Ministerium für Finanzen, Wirtschaft, Handel und Versorgung, Sozialwesen, im Juli 1950 das Ministerium für Gesundheit und im September das Ministerium für Justiz (November 1950 wieder aufgelöst).<sup>16</sup>

Beim Aufbau der Landesverwaltungen, speziell in Bezug auf die Bildungspolitik, ist die Ausrichtung der offiziellen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen nach Berlin nicht außen vor zu lassen. Die Regierungen in den Ländern der SBZ waren in den ersten Besatzungsjahren nicht direkt auf Berlin ausgerichtet. Die einzelnen Länder und Provinzen unterstanden zwar der Kontrolle der jeweiligen Militäradministration, die der SMAD verpflichtet waren, doch sie konnten durch den Befehl Nr. 110 vom 22. Oktober 1945 eigene Gesetze und Verordnungen erlassen. Zudem waren die Länder und Provinzen die größten politischen Einheiten, da die SBZ erst im Laufe der Besatzungszeit eine einheitliche Verwaltung erhielt. Mit der Gründung der DDR 1949 änderte sich dieser Umstand. 1952 wurden die errichteten Landesverwaltungen aufgelöst und durch Bezirksleitungen ersetzt.<sup>17</sup>

### 2.1.2 Zentralisierung der Hochschulpolitik

Im Zuge der Besetzung der Länder und deren Städte wurden die Universitäten geschlossen.<sup>18</sup>

Die Hochschulpolitik rückte durch den Aufbau der Verwaltungen und der Reorganisation des Schulwesens zunächst in den Hintergrund des Geschehens. Der

---

<sup>15</sup>Fait, Barbara (1990). S.110.

<sup>16</sup>Dies. S.110/1.

<sup>17</sup>van Melis, Damian (1999b). S.11,60/1./Fait, Barbara (1990). S.111.

<sup>18</sup>König, René.Die Studentenschaft der Universität Rostock von 1945/46 bis 1952.Entwicklung nach Plan? in: Zeitgeschichte regional.Bd.10.Heft 1.Rostock.2006. S.24.

Weg zur Wiedereröffnung dieser Lehranstalten war, wie noch aufgezeigt wird, sehr beschwerlich. Mit dem Aufbau der Verwaltungen mussten die Zuständigkeiten für die Universitäten und Hochschulen neu bestimmt werden.<sup>19</sup>

Der Hauptansprechpartner für die Hochschulen war zunächst die SMAD und ihre Hochschulabteilung. Daneben existierten, wie bereits beschrieben, die regionalen Militäradministrationen (SMAM für Mecklenburg-(Vorpommern)) sowie die mit dem Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 gebildete Deutsche Zentralverwaltung. Ein Bestandteil dieser war auch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZfV) unter Paul Wandel, die im August 1945 in Berlin ihre Arbeit aufnahm.<sup>20</sup>

Die Zentralverwaltungen in Berlin dienten anfangs hauptsächlich der Beratung und Entlastung der entsprechenden Abteilungen der SMAD. Die DZfV, ab 1947 Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV), hatte kein „*Weisungsrecht bzw. ein Recht, Gesetze und Verordnungen gegenüber den Landesverwaltungen zu erlassen*“. Dennoch oblag ihr die Aufgabe, sowjetische Anweisungen zu übermitteln und zu kontrollieren.<sup>21</sup>

Die Aufteilung der DVV in Grundorganisationen (Sekretariat, Abt. Schulwesen, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Abt. für kulturelle Aufklärung, Allgemeine Kunst und Literatur, Personalabteilung, Abt. Innere Verwaltung und wissenschaftliche Angelegenheiten, Abt. Finanzen und Statistik) wurde mit kleineren Abänderungen bis zur Auflösung und der Eingliederung im Oktober 1949 in das Ministerium für Volksbildung (MfV) der DDR beibehalten.<sup>22</sup>

Die Landesverwaltungen besaßen die Abteilung Kultur und Volksbildung, der in Mecklenburg-(Vorpommern) Gottfried Grünberg vorstand.<sup>23</sup>

Doch trotz allem existierten große Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Zuständigkeiten, denn ohne eine Genehmigung der Besatzungsbehörden konnten die Verwaltungen ihre Arbeit nicht aufnehmen. Zum einen unterstand die Landesverwaltung der regionalen Behörde SMAM, wo für die Volksbildung Major Kasjanow und speziell für die Universitäten Major Jessin verantwortlich waren, und zum anderen der zonalen Behörde der SMAD, welcher für die Volksbildung bis 1948 Generalleutnant Solochutin vorstand. Des Weiteren waren unmittelbar an den Universitäten sowjetische Offiziere präsent, die alle Aktivitäten überwachten

<sup>19</sup>Herzig, Jobst D. Umbrüche und Kontinuitäten. Die Entnazifizierung an der Universität Rostock nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. in: Herzig, Jobst D./Trost, Catharina. Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Rostock. 2008. S.32/33.

<sup>20</sup>Welsh, Helga A. Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV). in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.). SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München. 1990. S.229.

<sup>21</sup>Seils, Markus (1996). S.18.

<sup>22</sup>Welsh, Helga A. (1999). S.229.

<sup>23</sup>Siehe Punkt 2.1.1 Aufbau von Verwaltungen.



und jederzeit persönlich zur Kontrolle erscheinen konnten.<sup>24</sup>

Dieser Sachverhalt zeigt bereits deutlich, dass es innerhalb kürzester Zeit zu Unstimmigkeiten kommen konnte, denn einerseits *„agierten die Besatzungsbehörden auf der Grundlage von Befehlen und andererseits durch die Wahrnehmung des direkten persönlichen Einflusses.“*<sup>25</sup>

Die Abteilung Kultur und Volksbildung bestand bei ihrer Bildung aus 27 Arbeitern. Leiter war der Ministerialdirektor Dr. Richard Möller (DDP/CDU), welcher zudem der Kurator der Universität Rostock war. Dieser wurde allerdings aus unerklärlichen Gründen von der SMAM im Herbst 1945 verhaftet und verstarb noch im selben Jahr im Internierungslager des NKWD (auch NKVD)<sup>26</sup> Fünfeichen. An seine Stelle trat Hans Manthey (KPD).<sup>27</sup>

Anfangs gliederte sich die Abteilung Kultur und Volksbildung in zehn Dezernate, wobei Dezernat VIII für die Universitäten zuständig war. Universitäten aus dem Grund, da nach der Eingliederung von Teilen Pommerns in das Land Mecklenburg zwei Universitäten der Landesverwaltung unterstanden: *„die traditionelle mecklenburgische Universität Rostock [...] und die neu hinzukommende Greifswalder Universität.“* Bis Dezember 1946 wurden die Strukturen mehrmals verändert und die „Dezernate“ durch „(Unter-)Abteilungen“ ersetzt. Dabei entstand außerdem eine „Hochschulabteilung“, deren Leitung Dr. Fritz Müller ab dem 15. März 1946 übernahm.<sup>28</sup>

Die Abteilung Kultur und Volksbildung war nicht der DVV untergeordnet. Zwar hatte die DVV Anfang 1946 ein Statut ausgearbeitet, das diesen Umstand deutlich festlegte, jedoch wurde dies nie durch die SMAD bestätigt. Trotz allem diente dieses Statut als eine Art *„interne Arbeitsgrundlage“*.<sup>29</sup>

Die DVV erließ unter Absprache und Kontrolle der SMAD Verordnungen für die Zulassungs-, Stipendien- und Entnazifizierungspolitik sowie für die allgemeine

<sup>24</sup>Seils, Markus (1996). S.18.

<sup>25</sup>Ders. S.18/9.

<sup>26</sup>„Narodnij Kommissariat wnutrennich del bzw. vnjutrennich del“: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (der UdSSR). Aus: Engelmann, Roger/Vollnhals, Clemens. Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit der DDR. Berlin. 1999. S.562. Die Einrichtung NKWD/NKVD wurde 1946 in das MWD („Ministerwo wnutrennich del“: Ministerium für innere Angelegenheiten) umbenannt und war als wesentlich ältere Verfolgungsorganisation ein Vorbild für das MfS der DDR. Aus: Müller, Klaus-Dieter. Bürokratischer Terror. Justitielle und außerjustitielle Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1956. in: Engelmann, Roger/Vollnhals, Clemens (1999). S.60.

<sup>27</sup>Trost, Catharina. Die Wiedereröffnung der Universität Rostock nach dem Zweiten Weltkrieg. in: Herzig, Jobst D./Trost, Catharina. Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Rostock. 2008. S.111/2.

<sup>28</sup>Seils, Markus (1996). S.19ff.

<sup>29</sup>Welsh, Helga A. (1990). S.232.

Hochschulpolitik.<sup>30</sup>

Wie gelang es nun der DVV dennoch ihre Machtbefugnisse auszubauen? Sie machten Gebrauch von ihrem Status als beratendes und ausführendes Organ, indem sie zusätzlich zu den Beschlüssen der SMAD Durchführungsbestimmungen erließen bis hin zur Verselbstständigung der zuvor eng an die Durchführung und Kontrolle der SMAD-Befehle gebundenen Aufgaben ab 1947.<sup>31</sup>

Des Weiteren versuchten sie ihre Koordinierungs- und Führungsrolle durch Vereinbarungen mit den Länder- und Provinzialverwaltungen stets weiter auszubauen. Dabei setzten sie auf regelmäßige Konferenzen zwischen den Abteilungsleitern der DVV und den Leitern der Volksbildungsämter der Länder und Provinzen, den sog. „Ministerkonferenzen“.<sup>32</sup> Diese Ministerkonferenzen avancierten nach der Konstituierung der Landesregierungen im Dezember 1946 von Zusammenkünften mit beratendem Charakter zu beschlussfassenden Gremien.<sup>33</sup>

Trotzdem blieb der Einfluss der DVV relativ begrenzt und staatsrechtlich nicht abgesichert. Aus diesem Grund wurden viele Entscheidungen der erlassenen Gesetze und Richtlinien auf der Ebene der Länder getroffen.<sup>34</sup>

Am 23. April 1947 unterzeichneten die Volksbildungsminister eine *„Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und den Landes- und Provinzialverwaltungen“*. Darin wurde der DVV ein Einspruchrecht bei allen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der Länder sowie die Einstellung leitender Mitarbeiter in den Landesministerien gewährt. Im Gegenzug sollten den Länderregierungen Informationen über geplante Verordnungen der SMAD-Befehle übermittelt und gegebenenfalls mit den Landesvertretern über diese Beratungen durchgeführt werden.<sup>35</sup>

Es scheint zunächst eine enorme Kompetenzbeschneidung für die Verwaltungen der Länder und Provinzen vorzuliegen, doch bis dahin traten eine Reihe von Problemen in der Zusammenarbeit der Länder und Provinzen mit den Besatzungsbehörden auf. So gab es bspw. Missverständnisse aufgrund fehlerhafter Verdolmetschung von Anordnungen der SMAM. Problematisch in Bezug auf das Verständnis der Anordnungen der Besatzungsbehörden war, dass sie einer strengen Kontrolle unterlagen und diese stets *„mit dem Hinweis auf Bestrafungen mit Dienstentlassung oder Einsperrung der Referenten“* verbunden worden waren. Daraus ergab sich für die Landesverwaltungen, dass *„Eingriffe von Bezirks- und Ortskommandanturen in die Anordnungen der deutschen Landesverwaltung bewirkten, daß*

<sup>30</sup>Malycha, Andreas.SED-Ausschuss für Hochschulfragen - politische Steuerung oder Diskussion. in: Deutschland Archiv.Bd.36.Heft 4.Bielefeld.2003b. S.588.

<sup>31</sup>Welsh, Helga A.München (1990). S.232.

<sup>32</sup>Miethe, Ingrid.Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR.Wuppertal.2007. S.84.

<sup>33</sup>Welsh, Helga A. (1990). S.232.

<sup>34</sup>Miethe, Ingrid (2007). S.84.

<sup>35</sup>Welsh, Helga A. (1990). S.232.

*die deutschen nachgeordneten Dienststellen aus Furcht vor persönlicher Bestrafung nicht die deutschen, sondern die den deutschen entgegengesetzten Befehle der Bezirks- und Ortskommandanturen befolgten: So gab es oft ein unheilvolles Durcheinander und eine starke Rechtsunsicherheit.“* Die Vereinbarung war folglich ein Tausch von Kompetenzen gegen die „Erhöhung der eigenen Sicherheit“.<sup>36</sup>

Am 04. Juni 1947 wurde die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gebildet, in der sich eine Reihe anderer Zentralverwaltungen (mit Ausnahme der DVV) wieder fanden. Demnach verfügte die DVV nicht über das Recht, verbindliche Verfügungen und Instruktionen an sämtliche deutsche Organe nach Befehl Nr. 32<sup>37</sup> zu erteilen.<sup>38</sup>

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der DVV mit der DWK konnte die erstgenannte dennoch auf indirektem Wege, also mittels Vereinbarungen und Absprachen, Einfluss auf die Verfügungen nehmen. Dies betraf insbesondere die Haushalts-, Struktur- und Stellenpläne der Ministerien für Volksbildung der neugebildeten Länder- und Provinzialverwaltungen.<sup>39</sup>

Die letzten großen Schritte in Richtung Zentralisierung der Hochschulpolitik und die somit offizielle Erklärung, dass die DVV zur obersten Aufsichtsbehörde benannt wurde, sind durch das am 01. Oktober 1948 in Kraft getretene vorläufige Universitätsstatut für die Universitäten Rostock und Greifswald und durch die „Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ vom 23. Mai 1949 festzusetzen. Das Volksbildungsministerium erhielt in diesen Ausführungen lediglich eine „niedere Verwaltungsfunktion“ und fungierte somit als „unmittelbare Aufsichtsbehörde“.<sup>40</sup>

Daran erkennbar wird das Prinzip der doppelten Unterstellung, welches den gesamten Parteiapparat durchsetzte. Demnach wurde „eine staatliche Institution neben ihrer dienstvorgesetzten Behörde gleichzeitig auch der höchsten zuständigen Behörde unterstellt.“<sup>41</sup>

Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 integrierte sich die DVV in das Ministerium für Volksbildung. Daraus folgend entstanden drei Hauptabteilungen:

<sup>36</sup>Seils, Markus (1996). S.22.

<sup>37</sup>Befehl der SMAD „über die Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission“ vom 12. Februar 1948

<sup>38</sup>Zank, Wolfgang. Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). in: Broszat, Martin u.a. (Hrsg.). SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München. 1990. S.265.

<sup>39</sup>Welsh, Helga A. (1990). S.232.

<sup>40</sup>Seils, Markus (1996). S.83.

<sup>41</sup>Rudolph, Hedwig/Husemann, Rudolf. Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt am Main. 1984. S.44.

1. Unterricht und Erziehung, 2. Hochschulen und Wissenschaft und 3. Kunst und Literatur. Paul Wandel wurde zum Minister für Volksbildung und an die Stelle des Vizepräsidenten als Stellvertreter Wandels trat ein Staatssekretär mit Ruth Fabisch.<sup>42</sup>

Am 22. Februar 1951 bildete sich aus der Hauptabteilung Hochschulen und Wissenschaft ein selbstständiges Staatssekretariat für Hochschulwesen heraus, welches unter Leitung von Gerhard Harig geführt wurde und alle Entscheidungen betreffend der Politik der Universitäten und Hochschulen zu treffen hatte.<sup>43</sup>

Die Länder wurden bis zu ihrer Auflösung 1952 in die Position der „*reinen Vollzugsstufen der einheitlichen Bildungsverwaltung der mittleren Ebene*“ manövriert und die Zentralisierung der Hochschulpolitik war vorerst vollendet.<sup>44</sup>

### 2.1.3 Lehrkörper und Entnazifizierung

Aufgrund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens wurde in den vier Besatzungszonen eine Eintnazifizierungspolitik betrieben. Die Verwaltungen und Regierungen sollten von dem Nazismus befreit und somit „gereinigt“ werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich die Entnazifizierungspolitik der Siegermächte unterschied. In der sowjetischen Besatzungszone ist von einer Mischung aus eigenen Befehlen durch die SMAD und den Direktiven, welche durch den Alliierten Kontrollrat erlassen wurden, zu sprechen. Es wird deutlich, dass die Entnazifizierung auch als eine Art Instrument zur strukturellen Umwälzung der Gesellschaft aufzufassen ist, was im Folgenden noch aufgezeigt wird.<sup>45</sup>

Diese „politische Säuberung“ war keineswegs geradlinig, sondern durchlief verschiedene Phasen und Kurswechsel. Vollnhals teilt diese Politik in vier Phasen ein:

1. die unsystematische Entnazifizierung bis zur Bildung der Landes- und Provinzialverwaltungen im Juli 1945
2. die ersten Richtlinien für die Entnazifizierungspolitik bis zum Dezember 1946
3. eine neue Welle von Massenentlassungen bricht über die Deutschen herein von Dezember 1946 bis August 1947

<sup>42</sup>Malycha, Andreas. Die Hochschulpolitik als ein Aspekt des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik. in: Hallische Beiträge. Heft 11. Halle. 2002. S.10/11.

<sup>43</sup>Malycha, Andreas (2002). S.10/1./Ammer, Thomas. Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln. 1969. S.15.

<sup>44</sup>Miethe, Ingrid (2007). S.87.

<sup>45</sup>Rößler, Ruth-Kristin (1994). S.14/5,23.



4. die letzte Hürde vor der Rehabilitierung der NS-Belasteten und dem offiziellen Ende der Entnazifizierung von August 1947 bis Februar 1948<sup>46</sup>

Aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz wird ersichtlich, dass „*Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben [...] aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern [...] zu entfernen*“ sind. Demzufolge sollten alle „Aktivisten“ der National Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) entlassen werden.<sup>47</sup>

Aus diesem Beschluss geht hervor, dass die Entscheidung bei der Untersuchung der ehemaligen Mitglieder der Partei zwischen „*aktiv oder nominell*“<sup>48</sup> zu fällen war. Ohne eingehende, langwierige Untersuchungen durchzuführen, wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen gewesen. Um jedoch einen Aufbau in möglichst kurzer Zeit zu gewährleisten, wurden der Einfachheit halber alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder entlassen.<sup>49</sup>

Folglich verkürzte dies den aufwendigen Bearbeitungszyklus und verschaffte den Kommunisten im Nachhinein einen verbesserten Zugang auf die hohen Positionen im Verwaltungswesen. Nichtsdestotrotz bestätigten anfangs Ausnahmen die Regel, denn weder beim medizinischen noch beim hygienischen Fachpersonal hatte eine vergleichbare Entnazifizierung stattgefunden. Der Ausfall so vieler Mediziner, gerade unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges, wäre nicht zu verkraften gewesen. Daher ließ der Ausbruch der Entlassungswellen in diesem Bereich nach der Herausgabe der ersten Richtlinien zur Entnazifizierungspolitik bis Anfang 1946 auf sich warten.<sup>50</sup>

Normalerweise würde diese Ausnahme auch für den Lehrkörper der Universitäten zutreffen. Dennoch wurden trotz der enormen Minimierung des Lehrkörpers durch den Krieg zunächst alle Mitglieder der NSDAP entlassen - unabhängig davon, ob sie nun in die Kategorie aktive oder nominelle Parteimitglieder zählten.<sup>51</sup>

Die SMAD erließ erst am 17. Juni 1946 mit dem Befehl Nr. 208 Bestimmungen „*über Disziplinarmaßnahmen gegen das leitende Personal von Lehranstalten, Lehrern und Studenten, welche der militaristischen, nazistischen oder antidemokratischen Propaganda schuldig sind.*“ Diese Bestimmungen verschärften die Entnazifizierungsmaßnahmen im Hochschulbereich und es folgten viele Entlassun-

---

<sup>46</sup>Vollnhals, Clemens. Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München. 1991. S. 43ff.

<sup>47</sup>van Melis, Damian (1999b). S. 96.

<sup>48</sup>Einteilung der ehemaligen Parteimitglieder der NSDAP in aktiv = ausführende Position in der Partei, nominell = im Mitgliederverzeichnis aufgeführt, aber keine Position bekleidet

<sup>49</sup>van Melis, Damian (1999b). S. 96/7.

<sup>50</sup>Ders. S. 96/7.

<sup>51</sup>Ammer, Thomas (1969). S. 26.

gen.<sup>52</sup> Somit begann der *„Elitenwechsel in der SBZ/DDR [...] an den Hochschulen mit einem [...] Elitenverlust.“*<sup>53</sup>

Dieses Vorgehen ist zudem damit erklärbar, dass bis Dezember 1946 die Säuberungsrichtlinien hauptsächlich auf der Grundlage unterschiedlicher Landesgesetze bzw. -verordnungen durchgeführt wurden.<sup>54</sup>

Im Dezember 1946 entschloss sich die SMAD das Entnazifizierungsverfahren auf Grundlage der bereits im Januar 1946 verabschiedeten Kontrollratsdirektive Nr. 24<sup>55</sup> neu zu organisieren. Dies lag vorwiegend an dem Umstand, dass nach Gründung der Entnazifizierungskommissionen, die im *„September als neue zentrale Subjekte der Entnazifizierung ins Leben“* gerufen wurden, in Mecklenburg-Vorpommern lediglich eine minimale Anzahl von Mitarbeitern aus den Verwaltungen und der Industrie entlassen worden war. Des Weiteren bildete sich erst Ende November 1946 die Landesentnazifizierungskommission zur Überprüfung der Landesabteilungen. Ziel dieser Ausschüsse war es ursprünglich, die aktiven ehemaligen NSDAP-Mitglieder herauszufiltern und sie ihren Positionen in den Betrieben bzw. Verwaltungen zu entheben.<sup>56</sup>

Durch die Konstituierung der Landesentnazifizierungskommission erfuhr die Entnazifizierungspolitik einen neuen Aufschwung. In Folge dessen entstanden große Lücken, insbesondere im Bildungswesen, die es zu stopfen galt. Aus diesem Grund erließ die SMAD am 05. März 1947 sowie am 13. März 1947 die Befehle Nr. 55 und Nr. 56, die die Verbesserung der materiellen Lage der Wissenschaftler und Hochschullehrer bedeutete.<sup>57</sup>

Dennoch wurde der Lehrkörper drastisch reduziert. Genauer gesagt, handelte es sich im Vergleich zum Kriegsende um 83% der Mitglieder, die ihrer Position enthoben wurden.<sup>58</sup>

Die Entnazifizierungskommission Rostock Stadt stellte auf Grundlage der Direktiven Nr. 24 am 21. März 1947 an den Kurator der Universität Rostock, Erich Schlesinger, die Forderung, *„alle Personen, die der NSDAP oder deren Gliederungen - dazu gehören auch fördernde Mitglieder der SS und Mitglieder des Opferringes - müssen aufgegeben werden.“*<sup>59</sup>

<sup>52</sup>Malycha, Andreas. Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961. Altenburg. 2003a. S.135f.

<sup>53</sup>Jessen, Ralph. Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen. 1999. S.285.

<sup>54</sup>Vollnhals, Clemens (1991). S.43.

<sup>55</sup>Siehe dazu: Rößler, Rutz-Kristin (1994). S.64-82.

<sup>56</sup>van Melis, Damian (1999b). S.192ff.

<sup>57</sup>Malycha, Andreas (2003a). S.163./Prokop, Siegfried. Sozialgeschichte der ostdeutschen Intelligenzen 1945-1961. Zeittafel. in: hefte zur ddr-geschichte. Heft 10. Berlin 1993. S.8.

<sup>58</sup>Jessen, Ralph (1998). S.27.

<sup>59</sup>Schreiben der Entnazifizierungskommission an den Kurator v. 21.03.1947. UAR.R III. Rektorat (R)/10.

Von Einigkeit der Entnazifizierungskommissionen und den Universitäten über die zu tätigen Entlassungen kann nicht die Rede sein, da die Universitäten die Rehabilitierung ihres Personals anstrebten, um einen geordneten und erfolgreichen Lehrbetrieb durchführen zu können. Die Landesregierung war der gleichen Meinung, *„behielt die alleinige Entscheidungsgewalt bei der Bestellung bzw. Entlassung des Universitätspersonals und begründete die Berufung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder mit dem Mangel an geeignetem wissenschaftlichen Nachwuchs.“* Somit verhinderte bspw. der damalige Rektor der Universität Rostock Günther Rienäcker<sup>60</sup>, die durch die Entnazifizierungskommission der Stadt Rostock geforderte Entlassung von Mediziner Kurt Wachholder<sup>61</sup> und des Germanisten Hermann Teuchert<sup>62</sup> gemäß der Direktive Nr. 24, indem er Stellung zu den Anschuldigungen bezog und noch einmal verdeutlichte, dass alle seiner vorangegangenen Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebes dienten und dass die Entscheidungen u.a. durch die Landesregierung und den Antifaschistischen-Block gestützt waren.<sup>63</sup>

Der Antifaschistische Block äußerte über den Professor Kurt Wachholder *„wegen der früheren Zugehörigkeit des Professors [...] als „förderndes Mitglied der SS“ gegen seine weitere Tätigkeit als Universitätsprofessor keine Bedenken.“*<sup>64</sup>

In dem Bericht über die beiden Universitätsangehörigen sollten sie durch die Entnazifizierungskommission in das Licht eines NS-Belasteten gedrängt werden. Kurt Wachholder wurde vorgeworfen, dass er dafür bekannt sei, *„daß er mehrfach Proklamationen auf seinen „geliebten Führer“ öffentlich vor dem Uni-*

<sup>60</sup>CPR: Günther Rienäcker wurde am 13.05.1904 in Bremen geboren. Von 1943 bis 1953 war er Professor und Direktor für Anorganische Chemie an der Universität Rostock. Von 1946 bis 1948 übernahm er die Nachfolge von Kurt Wachholder als Rektor der Universität Rostock. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002183](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002183).

<sup>61</sup>Kurt Otto Eduard Wachholder wurde am 23.03.1893 in Oberhausen im Rheinland geboren. 1912 nahm er sein Medizinstudium auf, diente im ersten Weltkrieg als Feldhilfsarzt und schloss 1920 mit Staatsexamen ab. 1932 wurde er zum Direktor des Rostocker Instituts für Physiologie eingesetzt. Bereits beim Berufungsvorgang bekam er den Widerstand rechtsextremer Kräfte der Landesregierung zu spüren, da er Nichtmitglied der NSDAP war. Von 1944 bis 1946 hatte er die Stellung des Rektors inne. Im Mai 1945 wurde er vom Ortskommandanten der SBZ aufgefordert, die Wiedereröffnung der Universität Rostock vorzubereiten. 1953 ging er zurück nach Bonn, wo er am 07.08.1961 verstarb. in: Hartwig, Angela/Schmidt, Tillmann. Die Rektoren der Universität Rostock 1419-2000 in: Hartwig, Angela/Schmidt, Tillmann. Beiträge zur Geschichte Rostock. Heft 23. Rostock. 2000. S. 217. / CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001093](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001093).

<sup>62</sup>Hermann Teuchert wurde am 03.03.1880 in Loppow geboren. Er war der erste Professor für Niederdeutsche und Niederländische Sprache sowie Literatur (seit 1934 zudem für Altdeutsche und Deutsche Sprachgeschichte) an der Universität Rostock, wo er bis 1954 lehrte. 1972 verstarb er in Heidelberg. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002127](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002127).

<sup>63</sup>Schreiben des Rektors an das Ministerium für Kultur und Volksbildung v. 14.06.1947. UAR. RIII. R/10.

<sup>64</sup>Schreiben an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Kultur und Volksbildung, Schwerin, durch den Kurator vom Rektor v. 12.02.1946. Ebenda.

*versitätsgebäude zu Gehör brachte.“ Hermann Teuchert wurde beschuldigt, ein „nicht eingeschriebenes Mitglied der Nazipartei“ zu sein. Er „wurde [...] als großer Parteianhänger und evtl. Denunziant angesehen.“<sup>65</sup>*

Die letzte Hürde vor der Rehabilitierung wird durch den Befehl Nr. 201<sup>66</sup> charakterisiert, welcher am 16. August 1947 durch die SMAD erlassen worden war.<sup>67</sup>

Die Direktive Nr. 24 blieb weiterhin die Grundlage der Entnazifizierung, jedoch wurde die Kontrollratsdirektive Nr. 38<sup>68</sup> vom 12. Oktober 1946 nun auch in der SBZ umgesetzt. Daraus ergab sich eine neue Kategorisierung, in welche die Entnazifizierungskommissionen die NS-Belasteten einzustufen hatten:

1. Hauptschuldige
2. Belastete
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete<sup>69</sup>

Demzufolge sollte die Entnazifizierung auf zwei Ebenen erfolgen: 1. über Entlassung und Zwangsmaßnahmen wie die Einziehung des Vermögens (Direktive Nr. 24) und 2. auf strafrechtlicher Basis gegen Nazi- und Kriegsverbrecher (Direktive Nr. 38).<sup>70</sup>

Das offizielle Ende der Entnazifizierung löste der Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 aus. Die Entnazifizierungskommissionen hatten *„ihre Aufgaben zur Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen Faschisten und Militaristen [...] erfüllt.“* Darin enthalten war der Beschluss, dass die Entnazifizierungskommissionen ihre Arbeit bis zum 10. März 1948 einzustellen und sich aufzulösen hatten. Obwohl die Entnazifizierung mit diesem Befehl ein Ende nehmen sollte, wurde die Befugnisgewalt bei Kriegs- und faschistischen Verbrechern auf die Kriminalpolizei und die deutschen Gerichte übertragen.<sup>71</sup>

Die letzte Aussage verdeutlicht bereits, dass die Entnazifizierung mit dem Befehl Nr. 35 kein Ende fand. Die durch den Befehl Nr. 201 entstandenen Entnazifizierungsstrafkammern arbeiteten in engster Zusammenarbeit mit der Polizei die

<sup>65</sup>Schreiben an den Kurator von der Entnazifizierungskommission Rostock Stadt v. 06.06.1947.UAR.RIII. R/10.

<sup>66</sup>Rößler, Ruth-Kristin (1994). S.147.

<sup>67</sup>Vollnhals, Clemens (1991). S.51.

<sup>68</sup>Siehe dazu: Rößler, Ruth-Kristin (1994). S.97-125.

<sup>69</sup>van Melis, Damian (1999b). S.201.

<sup>70</sup>Rößler, Ruth-Kristin (1994). S.15,64ff./Vgl. Zentralverordnungsblatt Nr. 18.1947 über Direktive Nr. 24 und Nr. 38 in: Schwabe, Klaus.Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947-1949.Schwerin.1994. S.194-215.

<sup>71</sup>Rößler, Ruth-Kristin (1994). S.257/8.

noch ausstehenden Fälle, die bis 10. März 1948 noch nicht von den Entnazifizierungskommissionen behandelt werden konnte, nach und nach ab.<sup>72</sup>

Trotz allem ist es bemerkenswert, dass Ende 1948 von den 127 Lehrkräften der Universität Rostock 20 ehemalige Mitglieder und überdies zwei Kandidaten der NSDAP zu finden waren. Auf die gesamte Besatzungszone gesehen, belief sich die Zahl auf 90 von 747 Hochschullehrern. Das sind immerhin 12% der gesamten Hochschullehrerschaft.<sup>73</sup>

## 2.2 Universität Rostock

Die Universität Rostock wurde wie alle anderen Universitäten in der SBZ im Zuge der Besetzung durch die Siegermächte geschlossen, denn nach dem Einmarsch der Roten Armee am 01. Mai 1945 in Rostock sind die wichtigen Verwaltungseinrichtungen, darunter auch das Universitätshauptgebäude, besetzt worden. Das Hauptgebäude wurde zwar nicht von den Besatzern genutzt, unter Verschluss stand es vorerst dennoch. Ein Beweis für die Nicht-Benutzung zeigte sich bei der ersten Besichtigung nach der Schließung.<sup>74</sup>

Zwei sowjetische Wissenschaftler, Professor Iwanow und Professor Wermel (beide in Uniform), waren im Herbst 1945 zu Besuch in Rostock. In diesem Zusammenhang fand eine Führung mit Begleitung von Prof. Wachholder, Prof. Rienäcker und einem Hausmeister durch das Hauptgebäude statt. Zum Schrecken aller hing noch immer eine große Nazi-Fahne über dem Rednerpult in der Aula. Ob dies wohl ein förderlicher Umstand hinsichtlich der Wiedereröffnung der Universität Rostock war?<sup>75</sup>

Prof. Wermel betrachtete die Fahne nur kurz und äußerte: „*Dieses wird man wohl noch entfernen müssen.*“<sup>76</sup>

Diese Fahne war nicht das Einzige, das es noch zu entfernen galt. Die Rahmenbedingungen der Entnazifizierungspolitik sowie die anfangs unsystematische Entnazifizierung in der SBZ bereitete den Menschen großes „Kopfzerbrechen“. Allein unter den Medizинern, die eine der größten Fakultäten an der Universität Rostock inne hatten, befanden sich zahlreiche NSDAP-Mitglieder. Mit dem Beginn der Entnazifizierung unter den Medizинern Ende 1945 bzw. Anfang 1946 sollte diese den größten Aderlass erleiden.<sup>77</sup>

<sup>72</sup>van Melis, Damian (1999b). S.328.

<sup>73</sup>Malycha, Andreas (2002). S.19/20.

<sup>74</sup>Rienäcker, Günther. Einige Erinnerungen aus den Jahren 1945/46. in: Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Heft 14. Rostock. 1990. S.62.

<sup>75</sup>Ders. S.62.

<sup>76</sup>Ders. S.62.

<sup>77</sup>Handschuck, Martin (2003). S.51.



Viele Einwohner Rostocks, darunter auch eine nicht unerhebliche Zahl von Wissenschaftlern, verließen aus Furcht vor der Besatzungsmacht die Stadt. Noch vor der Besetzung Rostocks gingen neun Angehörige des Rostocker Lehrkörpers fort. An die Wiedereröffnung der Universität verlor kaum jemand einen Gedanken.<sup>78</sup>

Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Rostock stand somit unter schlechten Vorzeichen.

### 2.2.1 Wiedereröffnung und Erneuerung

Im Zuge der Wiedereröffnung sind zwei Universitätsangehörige der Universität Rostock besonders hervorzuheben: der damals amtierende Rektor Kurt Wachholder und der im Mai 1945 eingesetzte Kurator Richard Möller. Ihr schnelles Handeln war einer der bedeutenden Faktoren, die den Universitätsbetrieb in Rostock im darauffolgenden Jahr wieder aufleben ließen.<sup>79</sup>

Auf deren Betreiben wurde am 29. Mai 1945 ein *„Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Zuverlässigkeit sämtlicher bei der Universität und den Universitätskliniken und -instituten beschäftigten Persönlichkeiten“* gegründet. Demzufolge wurden die verbliebenen Wissenschaftler durch den Ausschuss auf ihre Nazi-Vergangenheit geprüft. Das Kontrollgremium war in jeglicher Hinsicht ein guter Schachzug von Wachholder und Möller, da sie somit „guten Willen“ zeigten, die geforderten Veränderungen bzw. Befehle durchzuführen.<sup>80</sup>

Darüber, ob die Kontrolle durch den Untersuchungsausschuss der Universität oder durch die Offiziere der Roten Armee die wohl angenehmere für die betroffenen Personen war, gibt die Literatur keine Auskunft, so dass sich hier lediglich Vermutungen aufstellen lassen.

Dieses Gremium ist ein Novum in der Entnazifizierungspolitik, denn es nahm die Arbeit nicht auf einen Befehl oder eine Direktive hin auf. In der neueren Forschungsliteratur wird dieser Vorgang deshalb auch mit dem Begriff „Selbstreinigung“ betitelt.<sup>81</sup>

Der Untersuchungsausschuss überprüfte 53 von den ehemals 123 Mitarbeitern. Fünf Mitarbeiter wurden daraufhin wegen ihrer Nähe zum NS-Regime entlassen. Die übrigen verblieben in ihren Positionen, obwohl etwa die Hälfte von ihnen der NSDAP angehörte. Ziel war es, den Universitätsbetrieb im Falle der Wieder-

<sup>78</sup>Handschuck, Martin. Zwischen Erneuerung und Reglementierung. Zur Wiedereröffnung der Universität Rostock 1945/46. in: Zeitgeschichte regional. Bd.10. Heft 1. Rostock. 2006. S.15. / Trost, Catharina (2008). S.117.

<sup>79</sup>Handschuck, Martin (2003) S.36.

<sup>80</sup>Ders. S.37.

<sup>81</sup>Trost, Catharina (2008). S.117.

eröffnung so gewährleisten zu können.<sup>82</sup>

Am 30. August 1945 ordnete die Verwaltung des Innern an, alle Beamten, die vor 1933 der NSDAP angehörten, mit sofortiger Wirkung zu entlassen. Die Universitätsleitung ignorierte diesen Befehl aus Angst vor einer großen Entlassungswelle und den daraus resultierenden Folgen für das Vorhaben Wiedereröffnung. Grünberg, der Präsident der Abteilung Kultur und Volksbildung, bestätigte anscheinend die Nichtbeachtung dieses Befehls, indem er keine weiteren Bestimmungen zur Entnazifizierung des Lehrkörpers erließ. Stattdessen ordnete er lediglich die Beendigung der Arbeit des Untersuchungsausschusses an.<sup>83</sup>

Am 26. Oktober 1945 erhielt der Rektor von Grünberg die Forderung, weitere Entlassungen vorzunehmen. Acht Professoren galt es unverzüglich zu entlassen (drei der Philosophischen, drei der Medizinischen, einer der Rechts- und Staatswissenschaftlichen und einer aus der Landwirtschaftlichen Fakultät).<sup>84</sup>

Einen Monat zuvor hatte der Rektor Kurt Wachholder, nach der überraschenden Bekanntgabe des Befehls Nr. 50 der SMAD, die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes am 14. September 1945 bei der Landesverwaltung beantragt. Der Befehl Nr. 50 enthielt keine detaillierten Entnazifizierungsbestimmungen, jedoch war Bestandteil der Verordnung, sämtliche *„nazistische und militaristische Lehren aus dem Unterricht und der Erziehung der Studenten völlig zu beseitigen.“*<sup>85</sup>

Am 11. Oktober 1945 folgte der direkte Antrag Wachholders an die SMAM. Wegen des noch immer stark NS-belasteten Lehrkörpers wurde der Antrag jedoch abgelehnt.<sup>86</sup>

Der Befehl Nr. 50 zeigte sich hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Lehre als äußerst schwerwiegend, da dieser den Professoren den Umgang mit der Lehre untersagte. War dieser Befehl für die Forschung an der Universität von ebenso großer Bedeutung wie für die Lehre?

Am 26. Oktober forderte Grünberg, alle NSDAP-belasteten Professoren ihrer Stellung zu entheben. Diese Entlassungswelle im Lehrkörper stellte die Forschung auf eine harte Bewährungsprobe, denn insgesamt waren 36 NSDAP-belastete Professoren in Rostock von dieser betroffen.<sup>87</sup>

Aufgrund des somit erlittenen Verlustes zahlreicher Forscher wegen Entlassung und Flucht erkannte die SMAD, dass ihr Vorgehen der Forschung „das Genick brechen“ könnte. Deshalb forderte die SMAD, *„dass diejenigen, welche Mitglieder der NSDAP waren nur für den Unterricht auszuschalten seien, daß sie aber sonst*

---

<sup>82</sup>Trost, Catharina (2008). S.117.

<sup>83</sup>Handschock, Martin (2006). S.16/7.

<sup>84</sup>Schreiben an den Rektor der Universität Rostock vom Präsidenten der Abteilung Kultur und Volksbildung v. 26.10.1945.UAR.R III. R/10.

<sup>85</sup>Handschock, Martin (2003). S.41.

<sup>86</sup>Trost, Catharina (2008). S.129.

<sup>87</sup>Seils, Markus (1996). S.23.

*z.B. als Ärzte weiter zu beschäftigen seien.*<sup>88</sup>

Am 14. Dezember 1945 beantragte Wachholder die Wiedereröffnung und die damit verbundene Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität erneut. Anbei fügte er eine Liste, die verdeutlichen sollte, dass die Universität nun „nazifrei“ sei.<sup>89</sup>

An dieser Aktion wird deutlich, dass das Engagement Wachholders weit über seine Stellung hinausging. Er trieb die Wiedereröffnung weiter voran, obwohl er am 28. November 1945 bei der ersten Rektorenwahl seit 1933 sein Amt als Rektor an den Chemiker Prof. Günther Rienäcker verlor. Dieser wurde trotz der Wahl erst am 07. Januar 1946 durch die Behörden der Besatzungsmacht bestätigt. Zudem ernannte die Landesverwaltung am 01. Dezember 1945 den Juristen Erich Schlesinger zum neuen Kurator der Universität.<sup>90</sup>

Damit schienen alle Auflagen der Besatzungsmacht erfüllt zu sein. Dennoch zog sich die Wiedereröffnung der Universität Rostock bis zum 29. Januar 1946 hin. Endlich durfte die älteste Universität Norddeutschlands durch den Befehl Nr. 28 als letzte der sechs Universitäten in der SBZ ihre Tore wieder öffnen. Die feierliche Eröffnung der Universität Rostock fand am 25. Februar 1946 statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielten der neue Rektor Rienäcker und der Präsident der Abteilung Kultur und Volksbildung Grünberg eine Rede.<sup>91</sup>

Dem Lehrkörper gehörten zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung nur noch 45 Personen an, wobei allein 30 dieser Mitarbeiter bereits auf die Philosophische Fakultät entfielen. Demzufolge blieb auch die Medizinische Fakultät vorerst geschlossen. Die offizielle Bestätigung für die Arbeitsaufnahme der Wissenschaftler durch die SMAD erfolgte erst am 23. März, so dass der Vorlesungsbetrieb noch im gleichen Monat beginnen konnte. Der Hauptbestandteil des Lehrkörpers war parteilos. Lediglich 18 Wissenschaftler waren zu dieser Zeit einer „antifaschistisch-demokratischen“ Partei angehörig. Unter diesen Mitarbeitern war auch Rektor Prof. Rienäcker (SPD), was sich im Späteren für die neuen Machthaber als positiv herausstellen sollte.<sup>92</sup>

### 2.2.2 Rektor- vs. Kuratorialverfassung?

Bezug nehmend universitätsspezifischer Fragen reagierten Grünberg und die DVV nicht immer souverän. Bereits am 17. September 1945 beantragte der Rektor, nachdem er durch den Antrag vom 14. September die Landesverwaltung zur

<sup>88</sup>Schreiben an den Präsidenten der Abt. Kultur und Volksbildung vom Rektor der Universität Rostock v. 12.12.1945.UAR.R III. R/10.

<sup>89</sup>Handsuck, Martin (2003). S.47.

<sup>90</sup>Handsuck, Martin (2006). S.18.

<sup>91</sup>Handsuck, Martin (2006). S.19./Seils, Markus (1996). S.23.

<sup>92</sup>Handsuck, Martin (2006). S.20.



Wiedereröffnung aufrief, die vor 1933 bestehende Brunstäd-Verfassung unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände wieder in Kraft zu setzen.<sup>93</sup> Das bedeutete eine immense Vermehrung der Vollmachten des Rektors gegenüber dem Machtabfall des Konzils und des Kurators.<sup>94</sup>

Der Antrag ist diesbezüglich aus zwei verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Die Universität Rostock war ebenso wie die Greifswalder Universität bestrebt, ihre Autonomie und Selbstverwaltung zurück zu erlangen. Als hinderlich erwies sich dabei jedoch die Stellung des Universitätskurators, welche *„im 19. Jahrhundert als eine Art Kontrollinstanz des Staates an den deutschen Hochschulen geschaffen worden war.“* In dieser Position vereinigten sich außerdem zwei Funktionen: zum einen war der Kurator der Vertreter des Staates bzw. in diesem Falle des Landes an der Universität und zum anderen der Leiter der Universitätsverwaltung. Die Selbstverwaltung war demzufolge stark eingeschränkt, denn der Kurator erhielt seine Anordnungen von der Landesregierung. Dieser Umstand war den jeweils amtierenden Rektoren (Kurt Wachholder und später Günther Rienäcker) bedenklich. Sie strebten eine Einschränkung der Machtbefugnisse des Kurators und damit eine Rektorverfassung an. Der Rektor sollte seine Stellung als „*primus inter pares*“ wiedererlangen.<sup>95</sup>

Der Greifswalder Rektor Lohmeyer forderte darüber hinaus die Auflösung des Amtes des Kurators; der Hochschuloffizier Iwanow pflichtete ihm in seinem Anliegen sogar bei.<sup>96</sup>

Aus Sicht der Landesverwaltung wäre es ein großer Fehler gewesen, die Kompetenzen des Kurators zu beschneiden bzw. diese Position gänzlich aufzulösen. Dieser war das „Bindeglied zwischen Universität und Staat.“<sup>97</sup> und somit eine Informationsquelle für die Landesregierung an den Universitäten auf höchster Ebene.

Daraufhin entstand ein Streit, der sich noch über längere Zeit bis zur endgültigen Lösung dieses Problems mit der „Vorläufigen Arbeitsordnung (VAO) von 1949“ hinziehen sollte, bei dem keine der beiden Seiten klein begeben wollte. Die Stellung der DVV ist in diesem Zusammenhang wechselhaft, da sie sich vorerst der Bedeutung der Stellung des Kurators nicht schlüssig war.

Unmittelbar nach der offiziellen Wiedereröffnung der Universität Rostock am 25. Februar 1946 existierte kein gültiges Statut. In der Praxis hieß dies zunächst Kuratorialverfassung.<sup>98</sup>

---

<sup>93</sup>Trost, Catharina (2008). S.154.

<sup>94</sup>Hoffmann, Horst u.a. Die Universität von 1945-1969 in: Heidorn, Günter u.a. (Hrsg.). Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünzig-Jahr-Feier der Universität. Band II. Rostock. 1969. S.27.

<sup>95</sup>Handschuck, Martin (2003). S.64.

<sup>96</sup>Seils, Markus (1996). S.31.

<sup>97</sup>Ders. S.31.

<sup>98</sup>Hoffmann, Horst u.a (1969). S.28.

Auf der Rektorenkonferenz vom 18. und 19. Juli 1946 in Berlin war u.a. diese Gegebenheit in den Mittelpunkt der Diskussionen geraten. In diesem Zeitraum wurde eine „Provisorische Satzung“ erarbeitet, welche den Rektoren die Verwaltung der Universität überlassen sollte. Der Rektor stellte nun wieder die „Spitze der Universität“ dar.<sup>99</sup>

Dennoch hatte dieser Entwurf einen „faden Beigeschmack“ für die Universitäten. Diese unterstanden demnach *„der Aufsicht ihres Finanzträgers und der Verwaltung für Volksbildung für die sowjetische Besatzungszone“*, was eine *„eindeutige Anbindung der Universität an die Zentralverwaltung und die entsprechende Landesverwaltung bedeutete.“*<sup>100</sup> Der Kurator bekam in diesem Zusammenhang nur eine Kontrollfunktion zugewiesen; seine Aufgaben wurden durch einen Verwaltungsdirektor ausgeführt.<sup>101</sup>

*„Die Kuratoren der SBZ opponierten sofort und arrangierten ein Treffen mit einigen Vertretern der Landesverwaltungen“*, ohne Vertreter der DVV einzuladen, um ihr weiteres Vorgehen zu beraten.<sup>102</sup> In Folge dessen teilte Schlesinger der Landesverwaltung am 15. Oktober 1946 seine Einwände mit. Die Zentralverwaltung reagierte darauf, indem sie am 09. November einen zweiten Satzungsentwurf herausbrachte, der die Stellung von Kurator und Rektor jedoch erneut offen ließ.<sup>103</sup>

Die Landesverwaltung stand noch immer zwischen den Fronten, da die Zentralverwaltung den Ausführungen der Rektorenkonferenz vom Juli 1946 anfangs zwar zustimmte, auch im zweiten Statut vom November 1946 allerdings keine wesentlichen Änderungen vollzog. Auf einer Hochschulkonferenz gegen Ende des Jahres erklärte die Landesverwaltung der DVV die Gründe für den Einsatz der Kuratoren an den Universitäten. Die DVV erkannte auf dieser Tagung schließlich die besondere Stellung des Kurators als Kontroll- und Informationsinstanz an der Universität an. Die Veränderung ihrer Sichtweise verdeutlichte sich in dem neuen Satzungsentwurf vom 10. Januar 1947. In diesem war eine unverkennbare Hinwendung zur Kuratorialverfassung ersichtlich,<sup>104</sup> *„da der Kurator als bevollmächtigter Geschäftsführer der Landesregierung am Hochschulort angesehen wurde.“* Dieser Entwurf stellte eine Mischform aus Rektor- und Kuratorialverfassung mit Vorteilen auf Seiten des Kurators dar.<sup>105</sup>

Prof. Rienäcker protestierte in seinem Schreiben vom 29. Januar 1947 gegen diesen Statutenentwurf. Er veranschaulichte, dass *„der durch Jahrhunderte [...] gewachsene und geformte Gesamtorganismus der Universität ein Objekt der Ver-*

<sup>99</sup>Hoffmann, Horst u.a (1969). S.28.

<sup>100</sup>Handschuck, Martin (2003). S.67.

<sup>101</sup>Katsch, Gerhard. Greifswalder Tagebuch 1946/47. Greifswald. 2008. S.28.

<sup>102</sup>Ders. S.28.

<sup>103</sup>Trost, Catharina (2008). S.156.

<sup>104</sup>Seils, Markus (1996). S.34/5.

<sup>105</sup>Hoffmann u.a. (1969). S.29.

waltung werden“ würde und er die Landesregierung zu einem Gesamtstatut der Universität „im demokratischen Geiste“ ersuche statt einer Teilregelung zwischen Rektor und Kurator.<sup>106</sup>

Daraufhin beschäftigte sich die Konferenz der Volksbildungsminister der SBZ am 18. und 19. März 1947 eingehend mit dieser Frage. Dennoch konnte diese Uneinigkeit nicht aus der Welt geschafft werden, weil der Kuratoraspekt weiterhin bestand. Darüber hinaus wollte Grünberg um die Stellung der DVV in dem zukünftigen Statut wissen.<sup>107</sup>

Die DVV legte am 10. April 1947 einen erneuten Entwurf vor, der kaum maßgebliche Änderungen aufwies. Des Weiteren forderte sie, diese Vorlage an den Universitäten bis zum 31. Juli 1947 festzusetzen. Nach vielen intensiven Beratungen beider Seiten, beschlossen Rektor und Kurator der Landesregierung am 08. Juli 1947 auf ein vorläufiges Statut zu verzichten. Dies änderte sich erst mit der Abschaffung des Amtes des Kurators aufgrund der VAO der Universitäten 1949. Der Verwaltungsdirektor übernahm die Aufgaben des Kurators.<sup>108</sup>

### 2.2.3 Gründung des Studentenrates

Mit der Wiedereröffnung der Universitäten begannen auch die Bestrebungen die studentischen Vertretungen zu erneuern. Daher wurden bereits am 25. Februar 1946 erste Studentische Arbeitsgemeinschaften geschaffen, die sich aus Vertretern der zugelassenen Parteien und Parteilosen zusammensetzten.<sup>109</sup>

Ein gewichtiger Grund für diesen Umstand war die Bildung des „Zentralausschusses der Studentenschaft beim Magistrat in Berlin“ unter dem Vorsitz von Herrn cand. phil. et stud. jur. Joachim Schwarz Anfang Juli 1945. Ziel war die Bildung des deutschen demokratischen Studentenbundes.<sup>110</sup>

Den Richtlinien des deutschen demokratischen Studentenbundes zufolge, lautete die Forderung der Schaffung einzelner antifaschistischer Studentenausschüsse an den Universitäten zu organisieren.<sup>111</sup>

Dies beruht auf der Bestätigung der Schaffung von Jugendorganisationen durch den obersten Chef der sowjetischen Militärverwaltung Marschall Shukow. Er gestattete die Gründung antifaschistischer Jugendkomitees, welche sich bei den Bürgermeistereien befinden und demzufolge „in enger Fühlungnahme mit der Abteilung Volksbildung der Bürgermeistereien zusammenarbeiten“ sollten. Dabei

<sup>106</sup>Hoffmann u.a. (1969). S.29.

<sup>107</sup>Handscheck, Martin (2003). S.68/9.

<sup>108</sup>Trost, Catherina (2008). S.157/8./Handscheck, Martin (2003). S.82.

<sup>109</sup>Bernitt, Hartwig. Kriegsende und erste Nachkriegsjahre. in: Grigat, Felix u.a. (Hrsg.). Zeitzeugen berichten. Bonn. 1999. S.34.

<sup>110</sup>Schreiben an die Universität Rostock v. 14.09.1945.UAR. R/3368.

<sup>111</sup>Richtlinien zur Bildung des demokratischen Studentenbundes.Ebenda.

war es Aufgabe aller Landes- und Provinzialausschüsse den Hochschulen einen Studentenvertreter beizuordnen, um Studentische Arbeitsgemeinschaften zu bilden.<sup>112</sup>

An der Universität Rostock wurde im März 1946 ein vorläufiger Studentenausschuss aus „Antifaschisten“ bestimmt, da eine Wahl unter den Umständen der Neuorientierung nach der Wiedereröffnung nicht möglich war.<sup>113</sup>

Der Rektor wählte anfangs studentische Sachbearbeiter aus, um die notwendigen Aufgaben zu erledigen und sich um die Belange der Studenten zu kümmern.<sup>114</sup>

Am 30. April 1946 wurde aus der Mitte des ersten Studentenausschusses mit Unterstützung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und des Rektors ein Kopfausschuss gewählt.<sup>115</sup> Welcher Zusammenhang zwischen Studentischen Arbeitsgemeinschaften, dem Studenten- und Kopfausschuss bestand, wird nachfolgend erläutert.

Die Studentischen Arbeitsgemeinschaften bestanden aus mehreren Zirkeln, deren Leiter im Studentenausschuss saßen. In diesem Studentenausschuss befand sich ein Kopfausschuss bestehend aus den Hauptreferenten und dem Geschäftsführer. Dabei wurde anfangs der vorläufige Kopfausschuss durch Lothar Krebs (Geschäftsleiter), Günther Hintz (Sozialreferent), Hans Wolfgang Düwel (Kultur- und Außenreferent), Curt Neuhaus (Musikreferent) und Jürgen Dieckmann (Sportreferent) besetzt.<sup>116</sup>

Die Aufgabe des Studentenausschusses war es, Diskussions- und Vortragsabende der demokratischen Arbeitsgemeinschaften zu organisieren, wobei politische Vorträge von namhaften Persönlichkeiten stattfinden werden sollten.<sup>117</sup>

Es gehörte bald auch zu den Aufgaben des Studentenausschusses, die Passivität der Studenten zu überwinden, damit sich diese *„mehr um politische Dinge kümmern.“*<sup>118</sup>

Der erste Studentenausschuss fand sein Ende in der Neuwahl im Oktober 1946.<sup>119</sup> Kurz zuvor, am 09. September, wurde eine Wahlordnung herausgegeben, die besagte, dass sich jeder immatrikulierte Student als Kandidat aufstellen lassen konnte, solange er 15 Unterschriften aus der eigenen Fakultät zur Unterstützung seiner Kandidatur vorweisen konnte. Dabei war jedem Fakultätsmitglied lediglich

<sup>112</sup>Schreiben vom Magistrat der Stadt Berlin Abteilung für Jugendausschüsse v. 04.08.1945.UAR. R/3368.

<sup>113</sup>Schreiben vom Präsidenten des Landes M/V Abt. Kultur und Volksbildung Schwerin an den Kurator der Universität v. 15.03.1946.Ebenda.

<sup>114</sup>Aktenotiz.Ebenda.

<sup>115</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.74.

<sup>116</sup>Tätigkeitsbericht der Studentischen Arbeitsgemeinschaften v. 22.05.1946.UAR. R/3368.

<sup>117</sup>Schreiben von der DZfV v. 06.05.1946 weitergeleitet durch Abt. Kultur und Volksbildung an die Universität Rostock am 18.05.1946.UAR.Ebenda.

<sup>118</sup>Bericht über die Sitzung des Studentenausschusses vom 03.06.1946.Ebenda.

<sup>119</sup>Schreiben vom provisorischen Studentenausschuss an den Rektor v. 24.10.1946.Ebenda.

die Vergabe von vier Unterschriften gestattet. Weiterhin wurde ein Wahlausschuss aus der Studentenschaft und dem provisorischen Studentenausschuss gebildet, welcher die Wahl zu überwachen hatte. Bei der Wahl an sich war die einfache Mehrheit bestimmend, wobei die Legislaturperiode des Studentenausschusses ein Jahr betrug.<sup>120</sup>

Im Mai 1947 wurde das erste vorläufige Studentenstatut herausgegeben. Von nun an nannte sich der Studentenausschuss Studentenrat. Zudem bezeichnete das Statut den „*Studentenrat... [als die]... allgemeine Vertretung der Studentenschaft der Universität,*“ somit ist „*er [...] eine Einrichtung der Universität und untersteht in seiner Tätigkeit der Aufsicht des Rektors.*“<sup>121</sup>

### 2.3 Konstituierung der SED-Betriebsgruppe

Bereits im Sommersemester 1946 gründete sich eine FDJ-Studentengruppe, die anfangs bereits 80 Mitglieder verzeichnen konnte. Dennoch war diese nicht in der Lage, sich zu etablieren, so dass Spannungen mit dem Studentenausschuss auftraten. Ein ausschlaggebender Grund dafür war das Ansehen dieser Jugendorganisation unter den Studenten, die der Meinung waren, es handele sich dabei um keine universitäre Organisation. Folglich trat sie bis 1948 kaum noch in Erscheinung.<sup>122</sup> Hartwig Bernitt bezeichnet die Gruppen der FDJ deshalb auch als „*unbedeutende Vorläufergruppchen*“ der später einflussreicheren Hochschulgruppe der FDJ.<sup>123</sup>

Da, wie bereits erwähnt, zu den SED-Mitgliedern nur eine geringe Anzahl an Akademikern zählte, musste für ausreichend wissenschaftlichen Nachwuchs gesorgt werden. Daraufhin wurde im Sommer 1946 von der SED ein Zentraler Kulturausschuss mit einer Fachkommission für Hochschul- und Studentenfragen ins Leben gerufen. Bald darauf beschloss das Zentralsekretariat der SED am 16. Mai 1947 die Bildung eines besonderen Hochschulausschusses als Diskussions- und Beratungsgremium. Im Zuge dieser Gründungen wurden auch spezifische Organisationen an den Universitäten geschaffen.<sup>124</sup>

Ein gewichtiger Grund für die Bildung eines Hochschulausschusses war mitunter das unzureichende Ergebnis der Studentenratswahlen vom Wintersemester 1946/47. Der Ausschuss wurde geschaffen, um die Arbeit an den Hochschulen zu

<sup>120</sup>Entwurf einer Wahlordnung von der Stud. Arbeitsgemeinschaft Universität Rostock v. 09.09.1946.UAR. R/3368.

<sup>121</sup>Vorläufiges Studentenstatut für die Hochschulen der SBZ v. März 1947.Ebenda.

<sup>122</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.71,75.

<sup>123</sup>Bernitt, Hartwig (1999). S.33./Vgl. Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17. März 2009 in Rostock. S.110.

<sup>124</sup>Seils, Markus (1996). S.58.



intensivieren und sie über die ganze Zone zu vereinheitlichen.<sup>125</sup>

An den Veranstaltungen, bspw. an der Sitzung des Ausschusses für Hochschulfragen vom 02. bis 04. Juli 1947, nahm auch der Rektor der Universität Rostock Prof. Rienäcker teil.<sup>126</sup>

Die Bemühungen der SED um die Hochschulpolitik begannen. Ihr Anliegen war es, sich organisatorisch in das Universitätsgefüge einzugliedern. Doch wie war dies ohne jegliche Erfahrung in diesem Bildungsmilieu möglich?

Zunächst versuchten sie es über die „Arbeitsgemeinschaften demokratischer Studenten“. Dabei ist zu bedenken, dass diese hinsichtlich ihrer politischen Zugehörigkeit pluralistisch orientiert waren. Zum einen engagierten sich nur wenige Studenten in diesen Arbeitsgemeinschaften, so dass nicht viele Studenten erreicht werden konnten. Zum anderen gelang es den SED-Mitgliedern dadurch nicht, eine Mehrheit zu erzielen und somit die Entscheidungsgewalt zu übernehmen. Im Oktober 1946 wurde eine „Hochschulgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschulen“ innerhalb des Kulturbundes durch die Abteilung Kultur und Erziehung des Zentralkomitees (ZK) gegründet. Diese unterbreitete Ende Oktober den Vorschlag zur Gründung von Betriebsgruppen zur „ideologischen Schulung“ der Studenten.<sup>127</sup>

Die erste Zielgruppe an der Universität Rostock war zugleich die größte: Es handelte sich um die Studenten. Demzufolge versuchte die SED die Etablierung ihrer Partei an der Universität Rostock vorerst über die Bildung eines antifaschistischen Jugendaktivs unter den gegebenen Bedingungen nach Punkt 2.3.2. Somit bildete der SED-Kreisvorstand am 03. Oktober 1946 dieses Jugendaktiv, um zum einen eine Informationsquelle unter den Studenten zu schaffen und zum anderen um den „reaktionären“ Kräften wie bspw. den „bürgerlichen“ Parteien entgegen zu wirken. *„Dabei war ins Auge gefaßt, nicht nur die Studenten, sondern auch die Parteimitglieder unter den Dozenten sowie die Arbeiter und Angestellten zu erfassen.“*<sup>128</sup>

Das Jugendaktiv verfehlte seine Wirkung jedoch und trat kaum in Erscheinung. Demzufolge wurde am 03. Dezember 1946 die SED-Betriebsgruppe durch die Kreisleitung an der Universität gebildet.<sup>129</sup>

In Folge dessen wurde eine Mischung aus staatlichen und universitären Selbstverwaltungsstrukturen, welche eine innere Parteistruktur aufwies, an der Universität

<sup>125</sup>Grunwald, Sabine. Demokratie als Herrschaftsinstrument. Die Studentenratswahlen in der DDR 1950. in: Deutschland Archiv. Bd. 16. Heft 7. Bielefeld. 1993. S. 835/6.

<sup>126</sup>Schreiben von Prof. Rienäcker betreffend Reisekostenrückerstattung an das ZK v. 10.07.1947. UAR. UPL/093.

<sup>127</sup>Handschuck, Martin (2003). S. 126.

<sup>128</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe. in: Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Gründung der SED von 1951, 1956 und 1961. UAR. UPL/207.

<sup>129</sup>Ebenda.

geschaffen. Die Arbeiterpartei SED hatte keine Erfahrungen im Bereich des Hochschulwesens und organisierte die Parteiarbeit folglich wie in den Betrieben. Somit existierte zu diesem Zeitpunkt keine eindeutige Trennung im Verständnis von Hochschule und Betrieb.<sup>130</sup>

Die Hochschule als großes „Bildungsunternehmen“? In anderen Universitäten sowie in größeren Firmen innerhalb der SBZ wurden Betriebsgruppen gegründet. Eine klare Trennung im Verständnis von Hochschule und Betrieb bestand somit anfangs nicht.<sup>131</sup>

In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen, was der Grund für die Bildung von Betriebsgruppen war, welche Bedeutung ihnen in der SBZ zukam und welche Stellung sie im Gesamtsystem vereinnahmten. Um eine Antwort geben zu können, werden im Folgenden die grundlegenden und allgemeinen Bestimmungen zu den Betriebsgruppen näher erläutert. Auf diese Weise wird verständlich, warum eine Betriebsgruppe an der Universität eingerichtet wurde und nicht das Jugendaktiv u.a. als Repräsentant der Partei bestehen blieb.

### 2.3.1 Allgemeine Voraussetzungen

Nach dem Befehl Nr. 2 zur Bildung der Parteien gingen die ersten Initiativen zur Gründung von Ortsgruppen von der SPD aus. Diese erfolgten unabhängig voneinander in den größeren Städten Mecklenburgs wie bspw. Rostock und Greifswald. Sie wurden geschaffen, um den schnelleren Aufbau der Einflussphäre der Partei zu gewährleisten, um Informationen an die Bevölkerung heranzutragen und etwas über die gegenwärtige Lage der Bevölkerung zu erfahren.<sup>132</sup>

Bei der Vereinigung von KPD und SPD am 21. April 1946 erstrebte die KPD diesen Umstand zu ihrem Vorteil nutzen zu können. Bereits auf diesem Vereinigungsparteitag gab es einige Gegenstimmen, die dieses Vorhaben erkannten. Diese Gegenstimmen richteten sich nicht gegen den Vereinigungsgedanken an sich, sondern gegen organisatorische Fragen in Bezug auf die Bildung von Wohn- und Betriebsparteiorganisationen.<sup>133</sup> Nach dem Statut des Vereinigungsparteitages waren die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen als Grundeinheiten gleichberechtigt, jedoch geschah dies nicht im Sinne der Sozialdemokraten.<sup>134</sup> Laut § 8 des Partei-

<sup>130</sup>Kowalczyk, Ilko-Sascha. Die SED-Parteiorganisation an den Universitäten und Hochschulen. in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat. Nr. 13. Halle. 2003. S. 65.

<sup>131</sup>Vgl. Feige, Hans-Uwe. Der Aufbau der SED-Betriebsgruppe an der Universität Leipzig (1945-1948). in: BZG: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Bd. 26. Heft 2. Hamburg. 1984. S. 247-256.

<sup>132</sup>Soldwisch, Ines (2007). S. 48ff.

<sup>133</sup>Suckut, Siegfried (2000). S. 34ff.

<sup>134</sup>Mayer, Herbert. Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948. in: hefte zur ddr-geschichte. Heft 51. S. 48.

statuts gliederte sich der Parteiapparat nun in Wohnbezirks- und Betriebsgruppen, Ortsgruppen, Kreise, Bezirke und Landes- bzw. Provinzialverbände auf.<sup>135</sup>

Die Stellung der Ortsgruppe als politischer Entscheidungsträger der Partei vor Ort wurde durch dieses Statut stark attackiert. Die Betriebsgruppen, welche sich in den Firmen und Großbetrieben herausbildeten, stellten somit nicht nur die dritte wichtige Basisinstitution der Arbeiterbewegung neben den Betriebsräten und den Betriebsgewerkschaftsgruppen dar,<sup>136</sup> sondern nahmen die Stellung der Ortsgruppen als „*dynamische Kraft*“ und „*Motor des Wiederaufbaus*“ ein.<sup>137</sup> Die ersten Betriebsgruppen richteten die Kommunisten schon 1945 ein, um auf betrieblicher Ebene ihren Führungsanspruch geltend zu machen, „*ohne ausschließlich [...] auf den pluralistisch ausgerichteten [Freien Deutschen Gewerkschaftsbund] FDGB angewiesen zu sein.*“<sup>138</sup>

Am 20. Mai 1946 forderte die Organisationsabteilung des Landesvorstandes der SED Mecklenburg-Vorpommern die Kreisvorstände auf, den Ausbau der Betriebsgruppen voranzutreiben und daraus folgend die Abwertung der Ortsgruppen zu bewirken.<sup>139</sup>

Ab September wurde festgelegt, dass „*in allen Betrieben, in denen mindestens 3 Parteimitglieder arbeiten, Betriebsgruppen zu bilden*“ seien.<sup>140</sup>

Die „Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der SED“ vom 24. Dezember 1946 bestätigten die Schwächung der Ortsgruppen. Die Betriebs- und Wohnbezirksgruppen sowie die nicht untergliederte Ortsgruppe bildeten die Grundeinheiten. Diese Ortsgruppe wurde jedoch nur in Dörfern und Gemeinden mit weniger als 100 Mitgliedern gebildet, da die Stärke von Wohnbezirksgruppen auf maximal 50 bis 60 Mitglieder im September 1946 durch den Parteivorstand beschränkt worden war und somit der Verwaltungsaufwand dem Nutzen nicht entsprochen hätte. Die Ortsgruppe war nun lediglich noch eine übergeordnete Einheit.<sup>141</sup>

In den Betriebsgruppen entwickelte sich das politische Leben und auch die Mitgliedsbeiträge waren nun dort zu entrichten, nicht wie zuvor in den Wohnbezirksgruppen. Die Ortsgruppen verloren also ihre finanzielle Basis. Die Mitglieder-

<sup>135</sup>Malycha, Andreas (2000). S.133./Vgl. Schemata der Entwicklung der Organisationsstruktur der SED 1946,1950. in: Horn, Werner (Hrsg.). 20 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.Beiträge.Berlin.1966. S.386/7.

<sup>136</sup>Reichel, Thomas. „Feste Burgen der Partei“?.Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946-1949. in: Internationale Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung(IWK).Bd.36.Heft 1.Berlin.2000. S.62.

<sup>137</sup>Malycha, Andreas (2000). S.140.

<sup>138</sup>Reichel, Thomas (2000). S.63.

<sup>139</sup>Malycha, Andreas (2000). S.140.

<sup>140</sup>Reichel, Thomas (2000). S.65.

<sup>141</sup>Malycha, Andreas (2000). S.145.



versammlungen hatten lediglich noch einen informativen Charakter.<sup>142</sup>

Die Betriebs- und Wohnbezirksgruppen unterstanden direkt dem jeweils zuständigen Kreisvorstand und hatten durch den demokratischen Zentralismus, der durch den Parteivorstand durchgesetzt wurde, ihr Recht, politische Entscheidungen eigenständig zu treffen, verloren.<sup>143</sup>

Ende Juli 1949 wurde die Gleichberechtigung von Wohnbezirks- und Betriebsgruppen aufgehoben, so dass letztere die „wichtigste Grundeinheit der Partei“ wurde.<sup>144</sup>

Bereits ein Jahr zuvor, auf der 14. Tagung des SED-Parteivorstandes, bezeichnete Dahlem (SED-Funktionär) die Betriebsgruppen als „...*feste Burgen der Partei*.“<sup>145</sup>

### 2.3.2 Gründung und Ausbau der Betriebsgruppe

Bevor die SED-Betriebsgruppe zu einer „*festen Burg*“ an der Universität wurde, mussten einige Entwicklungsphasen durchlaufen werden. Zu dieser Zeit existierte an der Universität Rostock lediglich der Hauptbetriebsrat, dessen Vorsitz Walter Jacobs ab dem 01. Februar 1946 inne hatte. Er war somit für die gesamte Universität zuständig. Des Weiteren war er Gewerkschaftsleiter und Betriebsratvorsitzender der Chirurgie. Ab Wintersemester 1949/50 existierte nur noch eine Haupt-Betriebsgewerkschaftsleitung. Ebenfalls in dieser Zeit gründete sich die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) unter Vorsitz von Rudolf Kempe. Die BGL war zuständig für die Verwaltung und Institute. Vertreter der Dozenten bzw. Assistentenschaft war Dr. Walter Eckermann, der gleichzeitig die Position des BGL-Vertreters im Senat inne hatte. Im Sommersemester wurde die Haupt-BGL aufgelöst und es bestanden nun eine BGL und eine Gewerkschaftsleitung (GL) der Kliniken und Medizinischen Institute unter Vorsitz von Walter Jacobs.<sup>146</sup>

Neben diesem Betriebsrat fand die Gründung der SED-Betriebsgruppe statt. Diese entwickelte sich aus dem bereits bestehenden Jugendaktiv. Demnach bestand die Betriebsgruppe zunächst hauptsächlich aus Studenten.

Am 03. Dezember 1946 wurde die Gründungsversammlung unter Leitung des Kreisvorsitzenden Walter Rungenhagen durchgeführt.<sup>147</sup> Auf dieser Veranstaltung kamen ca. 80 Mitglieder zusammen, wobei es sich vorwiegend um Studenten handelte. Folglich war etwa die Hälfte aller SED-Studenten unter den Mitgliedern

<sup>142</sup>Malycha, Andreas (2000). S.144/5.

<sup>143</sup>Ders. S.144.

<sup>144</sup>Reichel, Thomas (2000). S.77.

<sup>145</sup>Ders. S.77.

<sup>146</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe an der Universität Rostock.UAR. UPL/207./Vgl. Vorlesungsverzeichnisse von SS 1946-WS 1949/50.

<sup>147</sup>Koch, Heinz.Artikel über die Gründung der SED-Betriebgruppe aus DNU („Die neue Universität“) v. 26.10.79.Heft 16.UAR. UPL/207.

auf dieser Versammlung vertreten.<sup>148</sup> Dies verdeutlicht den geringen Anteil der aktiven SED-Mitglieder unter den Studenten. Zur Einleitung der Veranstaltung wurde ein Referat von Walter Rungenhagen gehalten, in dem die Hauptaufgaben der SED-Betriebsgruppe benannt wurden:

1. Beeinflussung des gesamten politischen und kulturellen Lebens an der Universität,
2. Beteiligung an den Immatrikulationen und
3. Unterstützung der Arbeit der FDJ an der Universität Rostock.

Darauf folgend kam es zur Wahl des ersten Vorstandes<sup>149</sup> der SED-Betriebsgruppe. Zu Beginn standen vor allem Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Spitze der Betriebsgruppe.

stud. jur. Wolfgang Hildebrandt	1. Vorsitzender und politischer Leiter
stud. jur. Joachim Kuntze	2. Vorsitzender und Organisationsleiter
stud. päd. Hans-Jürgen Rubach	Hauptkassierer
stud. phil. Mia-Elisabeth Bresch	Schriftführerin

Tabelle 2.1: Vorstand der SED-Betriebsgruppe 03.12.1946

Zudem wurden anfänglich vier Fakultätsleiter (Krüger, Voss, Steffen und Pittelkau) eingeführt. Diese Fakultätsleiter, die zugleich auch politische Leiter der Fakultät waren, sollten alle Genossen in ihren Fakultäten namentlich erfassen.<sup>150</sup> Zur Unterstützung wurden ihnen je ein Organisationsleiter und ein Kassierer zur Seite gestellt.<sup>151</sup>

Bis Januar erfassten die Fakultätsleiter ungefähr 190 immatrikulierte Genossen. Im Mai 1947 konnten sie von 250 Parteimitgliedern (ohne Angestellte und Arbeiter) 218 in der Betriebsgruppe erfassen, darunter sogar 20 Lehrkräfte.<sup>152</sup>

Bei der vorliegenden Darstellung (Tabelle 2.2)<sup>153</sup> ist zu beachten, dass die Theologische Fakultät vermutlich nicht betrachtet wurde, da sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein SED-Mitglied unter den Studenten dieser Fakultät befand. Dieses Mitglied ist entweder außen vor gelassen oder in eine der Fakultätsgruppen eingeordnet worden.<sup>154</sup>

<sup>148</sup>Siehe dazu: Studentenstatistiken 1947, Stand: 15.02.1947.UAR. R/3169.

<sup>149</sup>Der Vorstand wurde bis 1948 für jeweils ein Semester auf einer Vollversammlung der Mitglieder der Betriebsgruppe gewählt. Aus: Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>150</sup>Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der Universitäts-Betriebsgruppe an den Kreisvorstand der SED, Abteilung Jugend Rostock.24.01.1947.Ebenda.

<sup>151</sup>Bericht über die Arbeit der Betriebsgruppe bis Mai 1947.UAR. UPL/137.

<sup>152</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe der Universität Rostock.UAR. UPL/207.

<sup>153</sup>Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der Universitäts-Betriebsgruppe an den Kreisvorstand der SED, Abteilung Jugend Rostock.24.01.1947.Ebenda.

<sup>154</sup>Studentenstatistiken 1947.Stand: 15.04.1947.UAR. R/3169.

Philosophische und Landwirtschaftl. Fakultät	81 Studenten
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät	49 Studenten
Medizinische Fakultät	35 Studenten
Pädagogische Fakultät	33 Studenten
Professoren und Dozenten	20

Tabelle 2.2: Erfassung der Parteimitglieder Mai 1947

Die Fakultätsgruppen wurden nach Seils in 10er und 50er Gruppen aufgeteilt. Da in den Quellenbeständen des Universitätsarchives Rostock keine Hinweise auf eine andere Einteilung vorliegen, übernehme ich diese Angabe von Seils.<sup>155</sup>

An Hand dessen wird ersichtlich, dass anfangs der Aufbau und die innere Festigung der Betriebsgruppe im Vordergrund standen. Die Betriebsgruppe sollte ihre Mitglieder erfassen, sich strukturell organisieren und Schulungspläne aufstellen. Das heißt die anwesenden Genossen mussten die Kreisparteischule besuchen, so dass sie wöchentlich Schulungsabende in der Fakultät abhalten konnten. Eine Schulung für die Betriebsgruppe selbst wurde monatlich durchgeführt, wobei aktuelle Themen der Politik und allgemeine Tagesfragen besprochen wurden. Des Weiteren sollten öffentliche Diskussionsabende über marxistisches Gedankengut für alle Studenten organisiert werden.<sup>156</sup>

Nach dem Motto „Mecklenburg geht mit gutem Beispiel voran!“ würdigte das ZK im Februar 1947 im Funktionärorgan „Neuer Weg“, dass die Landesparteiorganisationen als erste den Beschluss des Parteivorstandes zur Bildung von Parteischulen in den Kreisen erfüllt hatten. Im Januar waren in 18 Kreisen Parteischulen eröffnet worden, die letzten drei folgten Mitte des Jahres. Ernst Waterstraat, der damals die Schule der Kreisparteiorganisation Wismar auf der Insel Poel leitete, berichtete: *„Den vielen Genossen, die bereits Funktionäre der Partei waren oder es werden sollten, halfen wir in der Kreisparteischule, ihre ersten Schritte beim Studium des Marxismus-Leninismus und der Probleme der praktischen Parteiarbeit zu gehen.“*<sup>157</sup> Zur Popularisierung und Verbesserung der Teilnahme an diesen Bildungsabenden der SED-Funktionärschulung erschien bereits im März 1947 ein Artikel in der Landeszeitung.<sup>158</sup>

Zuweilen verliefen diese „Bildungsabende“ dennoch nicht nach den gewünschten Vorstellungen der Partei, da die Teilnehmerzahl im Verhältnis zur Gesamtstuden-

<sup>155</sup>Seils, Markus (1996). S.59.

<sup>156</sup>Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der Universitäts-Betriebsgruppe an den Kreisvorstand der SED, Abteilung Jugend Rostock.24.01.1947.UAR. UPL/207.

<sup>157</sup>Schreiner, Klaus u.a.Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952.Rostock.1986. S.296ff.

<sup>158</sup>Lau, Adolf. Mehr Wissen tut not: Bildungsabende der SED-Funktionärschulung. in: Landeszeitung.Rostock.2(07.03.1947)53. S.3.

tenschaft häufig sehr gering ausfiel. Der erhoffte Einfluss auf die Studenten blieb folglich aus.<sup>159</sup>

Im Mai 1947 fanden schließlich die ersten Mitgliederschulungen statt, wobei Dozenten und Studenten im Sommer verschiedene Parteischulen besuchten. Ab Ende September wurden bereits regelmäßige Schulungen der Partei-Funktionäre durchgeführt.<sup>160</sup>

Die Arbeiter und Angestellten standen anfangs nicht im Mittelpunkt, sondern nur „an der Peripherie des Hauptgeschehens“, da sie alle räumlich in den fünf verschiedenen Klinik-Komplexen sowie in der Universitätsverwaltung verteilt ihrer Beschäftigung nachgingen.<sup>161</sup>

Die Betriebsgruppe wurde als selbstständige Organisation direkt dem Kreisvorstand unterstellt und bekam einen eigenen Raum im Parteihaus.<sup>162</sup> Die nötigen Mittel zum Ausbau der Betriebsgruppe wurden durch den Landesvorstand gestellt.<sup>163</sup>

Mit der Unterstellung der Betriebsgruppe unter den Kreisvorstand „*missachteten die Rostocker Genossen die Resolution der Hallenser Tagung, die eine Unterstellung unter den jeweiligen SED-Landesvorstand vorgeschrieben hatte.*“<sup>164</sup>

Zu Beginn waren unter den Studenten, wie bereits erwähnt, kaum politisch aktive Mitglieder anzutreffen. „*An der Spitze war ein aktiver Kern der Partei, die mit viel Elan und Opferbereitschaft, aber oft auch (jedenfalls anfangs) unvermeidlich mangelhaften theoretischen Kenntnissen und praktisch-politischen Erfahrungen die Hauptlast der Arbeit trugen.*“ Die zunächst mangelhafte Organisation lag zum Teil an anscheinend unüberwindbaren Hindernissen. Zu diesen Hindernissen zählte u.a. nicht nur die Organisation der Studenten in den Betriebsgruppen, sondern auch in ihren Wohnbezirksgruppen. Weiterhin war eine große Zahl von ihnen in ihren Heimatorten (vorrangig in der SPD und schließlich der SED) gemeldet.<sup>165</sup>

Die Kliniken waren nicht dem Ministerium für Volksbildung unterstellt, sondern dem Gesundheitswesen, weswegen diese Mitglieder nicht in der Betriebsgruppe erfasst werden konnten. Die Erfassung aller Mitglieder der Betriebsgruppe war somit ein schwieriges Unterfangen.<sup>166</sup>

Martin Handschuck irrt bei seiner Feststellung zur Gründung der Betriebsgruppe mit einer Mitgliederzahl von 280, da sich diese Anzahl nicht auf die Fakultäten,

<sup>159</sup>Bericht der Betriebsgruppe über den Zeitraum vom 02.06.-08.06.1947.UAR. UPL/137.

<sup>160</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>161</sup>Ebenda.

<sup>162</sup>Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der Universitäts-Betriebsgruppe an den Kreisvorstand der SED.Abt. Jugend Rostock.24. 01.1947.Ebenda.

<sup>163</sup>Bericht über die Arbeit der Betriebsgruppe bis Mai 1947.UAR. UPL/137.

<sup>164</sup>Handschuck, Martin (2003). S.127.

<sup>165</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>166</sup>Ebenda.

Institute und Kliniken bezog. Diese Zahl bestimmt lediglich die Anzahl der SED-Mitglieder der Fakultäten, der Vorstudienanstalt und der Musikhochschule sowie den Angestellten und Dozenten der Universität, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt an der Universität waren. Die Kliniken sind in diesem Zusammenhang außen vor zu lassen. Dabei ist nun nicht gesagt, dass sie zur Zeit der Gründung der Betriebsgruppe von dieser bereits erfasst waren, wie im vorigen ersichtlich wurde.

Dennoch fanden 1947 Gründungsversammlungen im Universitätsblock und in einigen Kliniken statt. Dies führte jedoch noch nicht zu ihrem Anschluss an die Betriebsgruppe. Der Universitätsblock bezeichnet in diesem Kontext den engeren Universitätsbereich (unter Ausschluss der Kliniken), der später als Block VI bezeichnet wurde und die Universitätsinstitute (mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät) sowie die Universitätsverwaltung umfasste. Die SED-Mitglieder dieses Bereiches (außer Wissenschaftler) bildeten später die Angestelltengruppe.<sup>167</sup>

Auf der Gründungsversammlung vom 19. Juni 1947 wurde die Vorstudien-schule als eine Untergruppe neben den Fakultätsgruppen in die Betriebsgruppe eingegliedert. Zudem wurden der Politische Leiter, ein Organisationsleiter und ein Kassierer bestimmt.<sup>168</sup>

Die Vorstudien-schule basiert auf der Einrichtung eines Vorstudienkurses an der Universität Rostock im Mai 1946 zur Unterstützung der Arbeiter- und Bauernkinder. Nach Beendigung des Kurses mittels einer Sonderprüfung war es den Teilnehmern möglich, sich an der Universität immatrikulieren zu lassen. Aus diesen Kursen entwickelten sich noch im gleichen Jahr die Vorstudien-schulen, deren Eröffnung an den Landesuniversitäten im Herbst 1946 war. Sie waren jedoch erst durch Beschluss der Volksbildungsminister der SBZ vom 03. Dezember 1947 auch in rechtlicher Hinsicht ein Bestandteil der Universitäten und wurden „ohne Fakultäten zu sein“ in das Universitätsgefüge eingeordnet. Trotzdem waren die Vorstudien-schulen nicht als universitäre Einrichtung anerkannt, was sich auf den Lehrgängen der studentischen SED-Mitglieder zeigen sollte. Aufgrund dessen wurden die Vorstudien-schulen auf Geheiß der Zentralverwaltung im Mai 1949 zu den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten eingerichtet.<sup>169</sup>

Erster Prüfstein für die Betriebsgruppe waren die Studentenratswahlen vom 14. Mai 1947. Ziel war es, möglichst viele Genossen bei den bevorstehenden Studentenratswahlen als Kandidaten zu stellen.<sup>170</sup> Zusammenfassend gelang es der Partei, ein passables Vorergebnis in Bezug auf die aufzustellenden Kandidaten für die Studenten- und Fakultätsratswahlen zu erzielen, da von den 82 Kandidaten 41

<sup>167</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>168</sup>Informationsbericht der SED-Betriebsgruppe v. 16.06.-22.06.1947.UAR. UPL/137.

<sup>169</sup>Handschuck, Martin (2003). S.85ff.

<sup>170</sup>Zusammenfassender Bericht über die Arbeit der Universitätsbetriebsgruppe an den Kreisvorstand der SED, Abteilung Jugend Rostock. 24.01.1947.UAR. UPL/207.



SED-Mitglieder waren.<sup>171</sup>

Der Vorsitzende der Betriebsgruppe, Wolfgang Hildebrandt<sup>172</sup>, wurde zum Vorsitzenden des Studentenrates gewählt und legte daraufhin sein Amt als Vorsitzender der Betriebsgruppe nieder. Dadurch ergab sich eine Änderung der Zusammensetzung des Vorstandes. Die Studenten Karl-Heinz Friedrichs (stud. rer. pol.) und Ernst Gross (stud. jur.) übernahmen das Amt als gleichberechtigte Vorsitzende.<sup>173</sup>

Die Bestätigung der neuen Vorsitzenden Friedrichs und Gross erfolgte durch die Funktionäre auf der Funktionärssitzung am 29. Mai 1947.<sup>174</sup>

Da die Wahl des Vorstandes auf ein Semester beschränkt war, erfolgte im Wintersemester eine Neuwahl. Beide Vorsitzende wurden wieder gewählt, doch zu ihrer Entlastung übernahm stud. phil. Fritz Müller (nicht zu verwechseln mit dem Hochschullehrer Fritz Müller) von Januar bis April 1948 die kommissarische Leitung der Betriebsgruppe.<sup>175</sup>

Das Ergebnis schien für die SED-Betriebsgruppe ein voller Erfolg, denn neun von 17 Sitzen im Studentenrat gingen an Mitglieder ihrer Organisation über. Daraufhin beschlossen sie, eine Fraktion zu gründen und benannten Fritz Müller zum Fraktionssprecher. Dieser betrachtete es als wichtig, dass die Mitglieder „*nicht offen als Fraktion*“ auftreten, aber sich „*nichtsdestoweniger [...] stets durchsetzen*“ sollten. Dieses ausgeklügelte Vorgehen zur Machtgewinnung über den Studentenrat zeigte anfangs nicht die erhoffte Wirkung, da noch immer „*oppositionelle Kräfte*“ in der eigenen Fraktion existierten, welche die Bedürfnisse des Studentenrates vor denen der Betriebsgruppe sahen. Bspw. verhielt es sich so bei der Repräsentation der Studenten der Universität Rostock auf dem Studententag in Halle. Beschlossen von der Fraktion war, dass sich Müller und v. Appen als Repräsentanten des Studentenrates dort hinbegaben. Allerdings erhielten beide nur je vier bzw. fünf Stimmen innerhalb des Studentenrates, obwohl sieben der Genossen anwesend waren. Die darauffolgende Stichwahl ermöglichte wenigstens v. Appen die Fahrt nach Halle.<sup>176</sup>

Die 2. Studentenratswahlen bestätigten das Ergebnis vom Mai 1947. Von 96 nominierten Kandidaten für den Studenten- und Fakultätsrat waren 46 Mitglieder der SED. Von 21 gewählten Mitgliedern des Studentenrates waren elf von der SED. Mit Hans-Jürgen Peuss erhielt ein parteiloser Student den Vorsitz bis April 1948.

<sup>171</sup>Koch, Heinz. Artikel über die Gründung der SED-Betriebsgruppe aus DNU („Die neue Universität“) vom 26.10.1979. Heft 16. UAR. UPL/207.

<sup>172</sup>1949 wurde er vom Sowjetischen Militärtribunal (SMT) Schwerin zu 25 Jahren Zwangslager wegen angeblicher Spionage verurteilt und erst 1955 wieder entlassen. in: Bernitt, Hartwig u.a. Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten. Rostock. 1994. S.147.

<sup>173</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe. UAR. UPL/207.

<sup>174</sup>Informationsbericht über die Arbeit der Betriebsgruppe v. 26.05.-01.06.1947. UAR. UPL/137.

<sup>175</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe. UAR. UPL/207.

<sup>176</sup>Informationsbericht über die Arbeit der Betriebsgruppe v. 09.06.-15.06.1947. UAR. UPL/137.

Erst danach nahm wieder ein SED-Mitglied mit Kurt Hückel<sup>177</sup> (später Mitglied der UPL) diesen Platz ein. Von Juni 1948 bis Februar 1949 war mit Günter Goldenbaum erneut ein parteiloser an der Spitze des Studentenrates.<sup>178</sup>

Innerhalb der SED-Betriebsgruppe bildete sich am 26. September 1947 derweil eine Dozentengruppe unter der Leitung von Prof. Heinz Herz<sup>179</sup>. Diese bestand lediglich von September 1947 bis April 1948, da sie die Abgrenzung der Dozenten von den Studenten bedeutete und somit auch einige Probleme in der Organisation aufwarf. Daraufhin wurden die Lehrkräfte organisatorisch wieder in die Fakultätsgruppen eingeordnet. Aus den Mitgliedern der Dozentengruppe wurde ein marxistischer Dozentenkreis geformt, um die Dozenten trotz allem in einer Verbindung zu organisieren.<sup>180</sup>

Haiduk zufolge war *„Der Dozentenkreis [...] keine strukturelle Einheit, sondern eine zeitweilige Studieneinrichtung innerhalb der Partei. Studenten, Dozenten, Angestellte hatten eigene Parteigruppen.“*<sup>181</sup>

Der erste öffentliche Auftritt der Betriebsgruppe lässt sich mit dem Vortrag von Prof. Herz zum Thema „Die Akademiker und der Sozialismus“ auf den 26. November 1947 datieren. Weitere Veranstaltungen erfolgten jedoch erst ein Jahr darauf.<sup>182</sup>

Bereits am 02. Dezember 1946 ordnete der Oberste Chef der SMAD mit dem Befehl Nr. 333 die Gründung einer „Fakultät der Sozialwissenschaften“ an den Universitäten Rostock, Leipzig und Jena an. Die offizielle Eröffnung in Rostock fand Anfang Oktober 1947 statt, da es zu Schwierigkeiten bei der Findung der geeigneten Zusammensetzung des Lehrkörpers und der Studentenschaft kam. Es bestanden nach dem Befehl Nr. 333 spezielle Auswahlkriterien<sup>183</sup> für beide Sei-

<sup>177</sup>Kurt Hückel wurde am 22.05.1918 in Kiel geboren. Er studierte 1946-1949 an der Universität Rostock, war von 1949-1957 Dozent für Russisch-Unterricht und ab 1969 Professor für die Methodik des Russisch-Unterrichts. Er verstarb am 12.02.2007. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000855](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000855).

<sup>178</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.77/8.

<sup>179</sup>Heinz Paul Johannes Herz wurde am 24.06.1907 in Chemnitz geboren. 1947 wurde er als Professor und Prodekan an der neugegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät eingesetzt. Nach Auflösung dieser Fakultät 1951 wurde er Prof. an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, wobei er weiterhin Lehrveranstaltungen an der Philosophischen Fakultät hatte. Von 1953 bis 1957 übernahm er die Leitung der Universitätsbibliothek in Rostock. Danach ging er einer Professur in Jena nach, wo er am 01.11.1983 verstarb. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002208](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002208).

<sup>180</sup>Koch, Heinz. Artikel über die Gründung der SED-Betriebsgruppe aus DNU („Die neue Universität“) vom 26.10.1979. Heft 16. UAR. UPL/207./Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe der Universität Rostock. UPL/207.

<sup>181</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.109.

<sup>182</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe. UAR. UPL/207.

<sup>183</sup>Kriterien für Studienbewerber:

1. Eignungsprüfung zur ideologischen Konformität
2. schriftliche Erklärung über Beteiligung am Wiederaufbau

ten.<sup>184</sup>

Die Betriebsgruppe nutzte diesen Umstand der Neugründung zugleich und errichtete am 26. September 1947 in der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät<sup>185</sup>, die damals noch unter dem Namen Sozialwissenschaftliche Fakultät geführt wurde, eine neue Grundeinheit. Mit der Einbeziehung dieser Untergruppe war eine „hohe Anzahl hinzukommender SED-Mitglieder weitgehend auch politisch wirklich aktiver sowie bereits erfahrener Kräfte“ verbunden.<sup>186</sup>

Es bestanden somit ab 1948 fünf bzw. sechs Fakultätsuntergruppen, einschließlich der Vorstudien Schule<sup>187</sup>. Zudem besaßen diese eigene Vorstände und waren darüber hinaus in Zehner-Gruppen<sup>188</sup> eingeteilt. Bis Ende 1947 belief sich der Mitgliederstand auf 382 erfasste Mitglieder, die sich auf die folgenden Fakultätsgruppen verteilten.

1. Philosophische<sup>189</sup> (einschließlich Landwirtschaftliche) Fakultät
2. Juristische Fakultät<sup>190</sup>
3. Medizinische Fakultät
4. Pädagogische Fakultät<sup>191</sup>
5. Vorstudienanstalt
6. Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät

---

3. Ansicht über Kriegsverbrecher

4. Zustimmung einer Prüfungskommission unter Vorsitz von Grünberg

Lehrkörper:

1. vorhandene Habilitation, in Ausnahmefällen wegen des Mangels an Lehrkräften durch die Entnazifizierung auch Berufung Nichthabilitierter (häufig bei Päd. und Gewi. Fak. vorgekommen)
2. Zustimmung der Landesregierung und DVV in: Handschuck, Martin. S.101/2.

<sup>184</sup> Handschuck, Martin (2003). S.100ff.

<sup>185</sup> Diese Fakultät bestand bis Oktober 1950, wurde dann aufgelöst und in ein Gesellschaftswissenschaftliches Institut an der Philosophischen Fakultät umgewandelt.

<sup>186</sup> Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>187</sup> auch Vorstudienanstalt (VA) genannt

<sup>188</sup> Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>189</sup> In dieser Fakultät vereinen sich bis 1951 geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Institute. Am 28.07.1951 erfolgt auf Beschluss des Staatssekretariats für Hochschulwesen eine Teilung der Philosophischen Fakultät durch die Bildung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Aus: Handschuck, Martin (2003). S.234.

<sup>190</sup> Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung wurde am 12.10.1948 auf Anweisung von Grünberg aus der Juristischen Fakultät herausgelöst und in die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät eingebunden. Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät wird in die Juristische Fakultät umbenannt. Diese bestand bis zum 14.08.1950 und wurde erst 1991/2 wiedereröffnet. Aus: Ders. S.225ff.,372.

<sup>191</sup> Die Gründung geschah auf Befehl Nr. 205 von der Besatzungsmacht am 12.07.1946 und existierte bis 1952. Im Herbst desselben Jahres wurde es zu einem Pädagogischen Institut als selbstständiges, dem Rektor direkt unterstelltes Institut, das erst 1955 in die Philosophische Fakultät eingegliedert worden war. Aus: Ders. S.91./Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.167/8.

Die Leitung der SED-Betriebsgruppe bestand bis Herbst 1948 aus einem geschäftsführenden und einem „erweiterten“ Vorstand, in welchem sich neben den Vorstandsmitgliedern auch die Vorsitzenden der Untergruppen (Fakultätsleiter) befanden. Später kamen die Funktionäre der Massenorganisationen hinzu. Dieser „erweiterte“ Vorstand ist der Anfang des Aufbaus einer Universitätsparteileitung an der Universität Rostock. Der geschäftsführende Vorstand bezeichnet in diesem Kontext das spätere Sekretariat.<sup>192</sup>

Die Betriebsgruppe war nicht der einzige Weg, um Einfluss auf die Universitätsangehörigen auszuüben. In den ersten Jahren ging die SED mit einer Art Doppelstrategie vor. Auf der einen Seite die FDJ, welche ihren Mitgliederbestand von Jahr zu Jahr steigern sollte und auf der anderen Seite die Universitätsbetriebsgruppe der SED. Bis 1948 beruhte die Aktivität der FDJ noch nicht auf „sozialistischen Prinzipien“. Sie richtete ihre Politik zwar nach der SED aus, aber mehr auch nicht. Der Jugendverband galt somit als unabhängig. Die Studenten erkannten im Laufe der Zeit, dass es ohne Mitgliedschaft in einer Partei bzw. „demokratischen“ Massenorganisation schwierig war, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die Mitgliedschaft galt als „positive gesellschaftliche Tätigkeit“ und war insofern von zentraler Bedeutung für die Zulassung zum Studium. Vor der FDJ schreckten viele aufgrund der Tatsache zurück, dass dies eine „SED-Jugendorganisation“ war, die eine große Nähe zur SED aufwies. Des Weiteren handelte es sich dabei um keine anerkannte Studentenorganisation. Im Gegensatz dazu waren die Studenten auch nicht an politischer Arbeit interessiert. In den ersten Jahren existierten noch keine genauen Bestimmungen, was zu Auseinandersetzungen zwischen FDJ und Mitgliedern der SED-Betriebsgruppe führte. Dies erwies sich als nicht förderlich für den Ausbau der Befugnisse der Betriebsgruppe an der Universität.<sup>193</sup>

Eine große Zahl von Studenten nutzten ihre Mitgliedschaft in den Organisationen lediglich als „Tarnung“, um die daraus resultierenden Vorteile zu gebrauchen.<sup>194</sup>

<sup>192</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>193</sup>Seils, Markus (1996). S.60./König, René (2006). S.30.

<sup>194</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

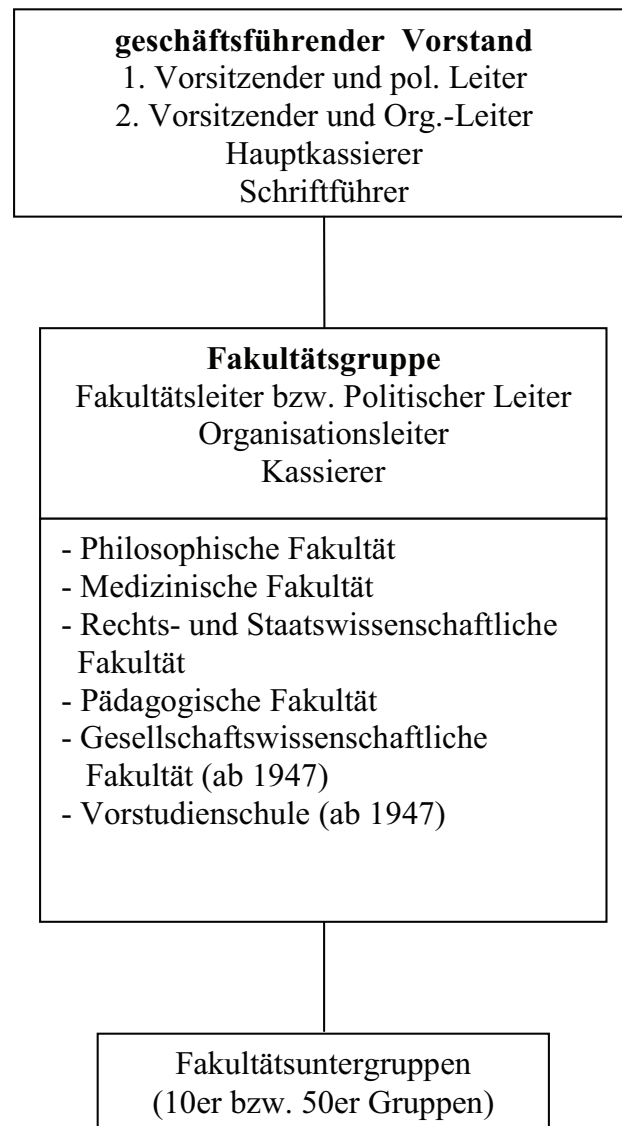


Abbildung 2.1: Organisationsaufbau 1946-1948



### 2.3.3 Reorganisation der Betriebsgruppe

Die Reorganisation kann als Prozess verstanden werden, da der Einfluss der Betriebsgruppe noch nicht die Ausmaße angenommen hatte, wie es ursprünglich vorgesehen war. Dies lag zum Teil an der Tatsache, dass bei der Gründung etwa nur ein Sechstel der Studenten an der Universität SED-Mitglieder waren. Entgegen gesetzt war es bei den fünf anderen Universitäten der SBZ (Dresden, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig). Demnach belief sich die Zahl der SED-Mitglieder unter den Studenten in Jena auf ein Drittel, Halle und Leipzig konnten sogar auf die Hälfte aller Studenten setzen. Die Rostocker Betriebsgruppe musste daher systematisch Mitglieder gewinnen, die ausschließlich in ihrer Betriebsgruppe organisiert waren. Zum damaligen Zeitpunkt stellte sich jenes als problematisch heraus, da keine eindeutigen Regularien in Bezug auf die Mitgliedschaften von Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen, FDJ und SED-Betriebsgruppe oder die Organisation der Betriebsgruppe an der Universität vorlagen. Aufgrund dieser bestehenden Schwierigkeiten war die Betriebsgruppe zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, sich in den Vordergrund des Universitätsgeschehens zu heben.<sup>195</sup>

Die Landesleitung reagierte 1948 darauf und formulierte einen Arbeitsplan, aus dem eine eindeutige Aufforderung zur Reorganisation der Betriebsgruppen zu entnehmen ist: *„Die Kreisvorstände in Rostock, Greifswald und Wismar sind dafür verantwortlich, daß die Hochschulbetriebsgruppen der SED aktiviert und zu wirklichen politischen Mittelpunkten der Hochschulen werden.“*<sup>196</sup>

Dieser Arbeitsplan ist auf eine Entschließung des zweiten Parteitagcs zurückzuführen, der die Landesleitung zur Überprüfung der Kulturarbeit und Arbeit unter den Intellektuellen anwies: *„Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Tätigkeit der Parteiorganisationen an den Hochschulen. Die Landesorganisationen werden verpflichtet, die in diesem Zusammenhang gefaßten Beschlüsse des Zentralsekretariats entschlossen durchzuführen.“*<sup>197</sup>

Bereits kurz zuvor, am 14. August 1947, gab das Zentralsekretariat der SED den Beschluss über die Bildung von SED-Betriebsgruppen bekannt. Darin enthalten waren eindeutig formulierte Statuten für die Betriebsgruppen an der Universität. Es wurde festgelegt, dass die Universitäten den Landesregierungen zu unterstellen seien, so dass diese von der DVV *„Weisungen erhalten und auf ihre Arbeit abstimmen“* sollten. Falls die Betriebsgruppe Vorschläge zu unterbreiten hatte, richtete sie diese direkt an den Landesvorstand. Letztgenannter musste dem ZK Meldung und Informationsberichte über die Lage an der Universität erstatten. In organisatorischer und politischer Hinsicht wurden die Betriebsgruppen dem Kreisvorstand unterstellt,

<sup>195</sup>Seils, Markus (1996). S.59./Vgl. König, René (2006). S.30.

<sup>196</sup>Arbeitsplan v. 11./12.02.1948.UAR. UPL/102.

<sup>197</sup>Entschließung des zweiten Parteitagcs vom 20.-24. September 1947.Ebenda.

wobei, wie bereits erwähnt, stets eine direkte Verbindung zur Landesleitung<sup>198</sup> bestand. Zudem wurden die Landesregierungen angewiesen, je einen Sekretär der Betriebsgruppen der SED an den Hochschulen anzustellen. Die Finanzierung war Aufgabe der jeweiligen Landesleitung. Die Wahl erfolgte auf Vorschlag des Landessekretariats.<sup>199</sup>

Daraufhin kam es im Sommersemester 1948 zur Reorganisation der Betriebsgruppe der SED und ein neuer Vorstand wurde gewählt. Es wurde auf der Vollversammlung der Mitglieder entschieden, dass in die Leitungspositionen der stud. gewi. Hans Wemmer (1. Vorsitzender) und stud. jur. Horst Rumohr (2. Vorsitzender) eingesetzt werden.<sup>200</sup>

Die vollständige Umsetzung des Beschlusses des ZK vom 14. August 1947 ließ noch bis Ende 1948 auf sich warten. Am 15. Oktober 1948 standen die Neuwahlen in der Leitung der Betriebsgruppe an. Die äußeren Bedingungen der Wahl der Vorsitzenden veränderten sich. Die Mitgliederversammlung als das Gremium zur Wahl des Vorstandes wurde durch die Delegiertenkonferenz<sup>201</sup> abgeschafft. Der auf dieser Konferenz gebildete Vorstand beinhaltete erstmals (unter interner Freistellung zum Studium) mit Hans Wemmer einen Betriebsgruppensekretär. Als 1. Vorsitzender neben Julius Kurz tauchte erstmals ein Dozenten-Vertreter mit Prof. Dr. Liebau in der Leitung auf. Innerhalb des Vorstandes bildete sich ein Sekretariat, wo Hans Wemmer provisorisch eingesetzt worden war.<sup>202</sup> *„In der Praxis wurde die Funktion des 1. Vorsitzenden der Betriebsgruppe [...] weitgehend von dem 1. Vorsitzenden für den studentischen Bereich ausgeübt.“*<sup>203</sup>

Am 26. Oktober 1948 wurde die Angestelltengruppe ausgegliedert und Hans Hennings als 1. Vorsitzender eingesetzt.<sup>204</sup>

Auf der Delegiertenkonferenz am 11. Februar 1949 wurde beschlossen, dass erstmals ein Vertreter der Vorstudienanstalt zum 1. Vorsitzenden (Studenten) mit stud. phil. Fritz Köhler gewählt wurde. Neben ihm ist Direktor Werner Neumann als Vertreter der Dozentenschaft benannt worden. Für die Angestelltengruppe übernahm Hans Hennings den Vorsitz durch Wiederwahl, den 2. Vorsitz hatte Julius Kurz inne. Das Büro des Vorstandes befand sich im Volkshaus auf dem Hopfenmarkt, wo sich der Sitz der Kreisleitung zur damaligen Zeit befand.<sup>205</sup>

Zudem wurde die Einsetzung eines Betriebsgruppensekretärs mit Hans-Georg

<sup>198</sup>Vgl. Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Landesleitung von 1946-1952.UAR. UPL/102.

<sup>199</sup>Beschluß des Zentralsekretariats der SED über die Bildung von SED-Hochschulgruppen vom 14. August 1947. in: Malycha, Andreas (2003a). S.188/9.

<sup>200</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>201</sup>Siehe Punkt 3.1.1.

<sup>202</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207./Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.48.

<sup>203</sup>Handschuck, Martin (2003). S.143.

<sup>204</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>205</sup>Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Universität Rostock. SS 49.UAR.

Uszkoreit durch den Landesvorstand durchgesetzt. Damit gelang es, den Beschluss des ZK vom 14. August 1947, ein Jahr nach seinem Erscheinen, durch die Landesregierung umzusetzen.<sup>206</sup>

Auf den Delegiertenkonferenzen vom 12. Juli und 20. Oktober 1949<sup>207</sup> wurden zwar noch Vorsitzende gewählt, doch diese noch eine zeitlang beibehaltene Funktion verlor gegenüber der des hauptamtlichen Sekretariats an Bedeutung.<sup>208</sup>

Somit wurden 1949 die letzten ehrenamtlichen Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes ernannt:

Vorsitzender der Dozentengruppe	Direktor Werner Neumann
Vorsitzender der Studentengruppe	stud.rer.pol. Karl-Heinz Friedrichs
Vorsitzender der Angestelltengruppe	Hans Hennings

Tabelle 2.3: Letzter ehrenamtlicher Vorstand der SED-Betriebsgruppe 20.10.1949

Im Zuge der Reorganisation wurde nun auch die Erstellung von sog. Arbeitsplänen gefordert, die den Landes- und Kreisleitungen vorgelegt werden mussten. Die Fakultätsgruppen wurden angewiesen, eigene Arbeitspläne aufzustellen, die dem Vorstand (ab 1948) zur Koordination der Betriebsgruppe zu übergeben waren. Dieser gab anschließend Informationsberichte bzw. die kontrollierten Arbeitspläne an die Kreisleitung weiter.

In dem ersten vorliegenden Arbeitsplan für das WS 48/49 werden die Interessen der Partei sehr deutlich formuliert. In den politischen Richtlinien fällt zum ersten Mal die Wortverbindung Schaffung einer *„Partei neuen Typus“*. Die Betriebsgruppe wurde aufgefordert, dass sie die *„marxistisch-leninistische Theorie [...] allen Mitgliedern, insbesondere den Funktionären, vermittelt und zum Leitmotiv ihres ganzen Handelns“* werden sollte. Ihr Vorhaben bestand darin, die Betriebsgruppe zum *„richtungsweisenden Organ für Organisationen und Institutionen [...] und [...] Kontrollorgan für die Fassung und Durchführung von Beschlüssen, Arbeitsplänen und dergleichen in den Organisationen und Institutionen im Universitätsbereich“* werden zu lassen.<sup>209</sup>

Bis Ende des Jahres 1948 konnte die Betriebsgruppe fast 500 Mitglieder (Dozenten, Studenten, Angestellte) für sich gewinnen. Zum Wintersemester 48/49 bestanden acht Fakultätsgruppen (einschließlich Vorstudienanstalt<sup>210</sup>), da die Philosophische Fakultät in den geistes- und den naturwissenschaftlichen Part aufgeteilt,

<sup>206</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>207</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz v. 20.10.1949.UAR. UPL/001.

<sup>208</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207./Vgl. Vorlesungsverzeichnis von SS 49-WS 49/50 unter Gesellschaftliche Organisationen.UAR.

<sup>209</sup>Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe WS 1948/49.UAR. UPL/038.

<sup>210</sup>Im Mai 1949 wurde die Vorstudienanstalt durch die DVV in „Arbeiter- und Bauernfakultät“ umbenannt. Die feierliche Eröffnung der Fakultät an der Universität Rostock erfolgte am 28.10.1949.

eine Angestelltengruppe und zwei sog. Stützpunkte, in denen die relativ geringe Zahl von Mitgliedern an der landwirtschaftlichen Fakultät sowie der Musikhochschule zusammengefasst waren, geschaffen wurden.<sup>211</sup>

Die Anzahl<sup>212</sup> der Mitglieder der einzelnen Fakultätsgruppen ergeben sich aus dem Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe. Die Richtigkeit dieser Angaben kann anhand der Studentenstatistiken belegt werden. Diese sagen aus, dass Anfang 1948 461<sup>213</sup> und zu Beginn des Jahres 1950 407 Studenten Mitglied der SED waren.<sup>214</sup> Somit liegt die Anzahl der in Tabelle 2.4 aufgelisteten Mitglieder der Betriebsgruppe zwischen den beiden Angaben. In diesem Kontext muss bedacht werden, dass 27 Dozenten und 33 Angestellte in dieser Anzahl (Siehe Tab. 2.4.) inbegriffen waren.<sup>215</sup>

<b>Fakultätsgruppe bzw. Stützpunkt</b>	<b>Anzahl</b>
Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät	97
Vorstudienanstalt	91
Pädagogische Fakultät	81
Medizinische Fakultät	68
Juristische Fakultät	36
Philosophische Fakultät(g)	37
Philosophische Fakultät(n)	33
Angestellte	33
Landwirtschaftliche Fakultät u. Musikhochschule	13 + 4

Tabelle 2.4: Mitgliederanzahl der Fakultätsgruppen, Stand: 20.12.1948

1949 betrug die Zahl der immatrikulierten SED-Studenten<sup>216</sup> sogar 611. Der rapide Abfall im Jahr 1950 lässt sich zum einen mit dem Abschluss des Studiums einiger Studenten und zum anderen mit der neueingeführten Personalpolitik der SED-Betriebsgruppe, welche im Späteren noch näher erläutert wird, erklären.<sup>217</sup>

Der Tabelle 2.4 ist weiterhin zu entnehmen, dass die „Hochburgen“ der Mitglieder der Organisation die Gesellschaftswissenschaftliche, die Pädagogische Fakultät und die Vorstudienanstalt waren. Sie vereinnahmten mehr als die Hälfte der gesamten SED-Betriebsgruppe in sich. Dabei gilt es zu bedenken, dass alle der drei „Hochburgen“ erst in den Nachkriegsjahren geschaffen wurden.

<sup>211</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>212</sup>ergibt sich aus Studenten und Dozenten (außer Angestelltengruppe).

<sup>213</sup>Studentenstatistiken 1948. Stand: 15.02.1948.UAR. R/3170.

<sup>214</sup>Studentenstatistiken 1950.Stand: 15.02.1950.UAR. R/3172.

<sup>215</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>216</sup>Studenten, die Mitglieder der SED waren.

<sup>217</sup>Studentenstatistiken 1949.Stand: 15.02.1949.UAR. R/3171.

Dieser rasche Anstieg der Betriebsgruppengröße ist des Weiteren dem Umstand zu verdanken, dass die Landesleitung die monierten Mängel in Bezug darauf, *„dass ein Teil von den Genossen Studenten in den Wohnbezirksgruppen und nicht in der Betriebsgruppe als Mitglied geführt wird“* aufhoben, indem sie sich *„...an den Kreisvorstand gewandt und ihn aufgefordert [haben], die Wohnbezirksgruppen anzuweisen, dass eine Ummeldung derjenigen Mitglieder unserer Partei zu erfolgen hat, die eigentlich zur Betriebsgruppe der Universität gehören.“*<sup>218</sup>

Ende März 1949 fasste die Landesleitung den Beschluss, die Angestellten in den Instituten und Kliniken, die in sog. Blöcke eingeteilt wurden, in die Betriebsgruppe aufzunehmen.<sup>219</sup> Am gleichen Tag wurde dieses Vorhaben auf der Vorstandssitzung der Betriebsgruppe bestätigt.<sup>220</sup>

Mit der Aufnahme der Kliniken in die Betriebsgruppe schlossen sich 170 neue Mitglieder an. Der Hauptbestandteil lag bei den Pflegekräften und Klinikarbeitern. Ärzte und Schwestern sind nur wenige hinzugekommen. Die Betriebsgruppe erreichte zu diesem Zeitpunkt eine Stärke von rund 700 Mitgliedern.<sup>221</sup>

Daraus folgend entstanden neue Untergruppen im System der Betriebsgruppe.<sup>222</sup>

Block I	(Zahn-, Chirurgische- und Kinderklinik, Medizinische Poliklinik, Wirtschaftseinrichtungen)
Block II	(Medizinische Klinik, Hautklinik)
Block III	(Frauen-, Augen- und HNO-Klinik)
Block IV	(Universitätsnervenklinik)
Block V	(Orthopädische Universitätsklinik)
Block VI	(Angestellte außer Kliniken)

Tabelle 2.5: Abteilungsgruppen der SED-Betriebsgruppe 1949

Bis zur Erneuerung der Parteistruktur im Zuge der II. Hochschulreform blieb die Aufteilung in die soeben aufgeführten Fakultäts- und Abteilungsgruppen, soweit die Fakultät nicht aufgelöst worden war, bestehen.

Die Angestelltengruppe (jetzt Block VI) wurde zwar als Angestelltengruppe bezeichnet<sup>223</sup>, behielt jedoch den Charakter einer selbstständigen eigenen Untergruppe ähnlich den bestehenden Fakultätsgruppen.<sup>224</sup>

<sup>218</sup>Schreiben an die Betriebsgruppe der Universität von der Landesleitung, Abteilung Kultur und Erziehung v. 05.04.1949.UAR. UPL/102.

<sup>219</sup>Ebenda.

<sup>220</sup>Protokolle der Sitzungen der UPL v. 1948-1950.UAR. UPL/045.

<sup>221</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.

<sup>222</sup>Siehe dazu: Findbuch: Universitätsparteileitung 1946-1989.UAR. S.37-40.

<sup>223</sup>Vgl. Vorlesungsverzeichnis SS 49-WS 49/50.

<sup>224</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.



Aufgrund der neuen Einteilung bzw. Vergrößerung durch den Mitgliederzulauf sollte die Betriebsgruppe „zum führenden Faktor an der Universität werden“.<sup>225</sup>

Dennoch konnte die Betriebsgruppe diese Forderung nicht vollständig umsetzen. Nach Einsatz des hauptamtlichen Sekretärs Uszkoreit war dieser außerdem für die Kommunikation mit den übergeordneten Leitungen zuständig. In einem Bericht prangerte er die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen an. *„Die Universität ist bisher Schauplatz bewegter politischer Situationen gewesen. Ein Außenstehender könnte meinen, es herrschte hier ein unruhiger Geist [...] Wir haben politische und taktische Fehler gemacht. Aber ein Vorwurf, dass wir die Fehler nicht selbstkritisch bei unserer Parteilarbeit suchen, ist nur zu einem kleinen Teil berechtigt. Die Genossen der übergeordneten Leitungen erschienen mit Rat und Tat meist erst dann, wenn es irgendwo brannte.“*<sup>226</sup>

Die der Betriebsgruppe übergeordneten Instanzen reagierten anders als erwartet. Sie benannten die Arbeits- und Vorgehensweise der Betriebsgruppe als Ursache für die derzeitige Lage. Daher beschlossen sie eine weitere Reorganisation im Juli 1949. Uszkoreit schlug bei der Neuwahl der UPL eine neue Form vor, so dass der Vorstand der Parteistruktur angeglichen wurde.

Der zuvor geschäftsführende Vorstand wurde nunmehr zum Sekretariat mit neuer Besetzung umgewandelt. Die Zusammensetzung des „erweiterten“ Vorstands ergab sich aus dem Sekretariat und den Vorsitzenden der Fakultätsgruppen. Dieses Leitungskollektiv wird als Universitätsparteilitung bezeichnet, die zunächst aus 15 bis 20 Mitgliedern bestand.<sup>227</sup>

Vorsitzender	Karl-Heinz Friedrichs
Betriebsgruppensekretär	Hans-Georg Uszkoreit
Referent Schulung und Massenorganisation	stud.phil. Werner Jahn
Personalreferent	Höhn
Vertreter der Dozentenschaft (Rektor oder Studentendekan)	
Vorsitzender des Studentenrates	stud.rer.pol. Karl Lucko
Verbindungsman zu den Massenorganisationen	

Tabelle 2.6: Vorgeschlagener geschäftsführender Vorstand der SED-Betriebsgruppe Juli 1949

Die vorgemerkten Personen (Siehe Tab. 2.6) waren für die jeweiligen Stellen vorgesehen. Jedoch ließ die Umsetzung des Vorhabens noch bis Herbst 1949 auf sich warten.

<sup>225</sup>Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1949.UAR. UPL/38.

<sup>226</sup>Handsuck, Martin (2003). S.144.

<sup>227</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung v. 01.07.1949.UAR. UPL/45.

Auf der Delegiertenkonferenz vom 20. Oktober 1949 wurde Friedrichs, wie von Uszkoreit vorgesehen, zum 1. Vorsitzenden der Betriebsgruppe gewählt. Des Weiteren bestimmten die Delegierten die neuen Richtlinien für die Arbeit der Betriebsgruppe. Darin wurde festgehalten, dass die Vorstände der Fakultätsgruppen ständigen Kontakt mit dem Sekretariat zu halten hatten. Außerdem musste jede Mitgliederversammlung der Fakultätsgruppen von einem Vorstandsmitglied besucht werden und die Lenkung der Arbeit der Massenorganisation durch den neuen Vorstand mit in den Vordergrund rücken.<sup>228</sup>

Einige Wochen später wurde das Sekretariat für dieses Semester in einer Vorstandssitzung bestimmt.

Vorsitzender	Karl-Heinz Friedrichs
Betriebsgruppensekretär	Hans-Georg Uszkoreit
Referent Schulung und Massenorganisation	Gerhard Resch
Personalreferent	Hans Nosty
Vertreter der Dozentenschaft (Studentendekan)	Ulrich Seemann
Vertreter des Studentenrates	Manfred Krüger
Verbindungsmann zu den Massenorganisationen	Erich Jawinski

Tabelle 2.7: Sekretariat der UPL 08.11.1949

Auf der gleichen Zusammenkunft wurde den Fakultäts- und Abteilungsgruppen noch je ein Verantwortlicher aus dem „erweiterten“ Vorstand zugewiesen.<sup>229</sup>

In jeder Fakultät setzten sie ihre Mitarbeiter ein, mit dem Unterschied, dass diese ab 1949 regelmäßig in Sitzungen zusammentrafen.<sup>230</sup> Zudem waren die Abteilungs- und Fakultätsgruppen angehalten, 14tägig eine Mitgliederversammlung durchzuführen, wobei die Fakultätsgruppenleiter zum 25. jeden Monats ihren Arbeitsplan beim Sekretariat vorlegen mussten.<sup>231</sup>

Die Befugnisse bzgl. der Führung der Betriebsgruppe gingen nach und nach von den ehrenamtlichen Vorsitzenden (Studenten-, Dozenten- und Angestelltengruppe) zu dem Betriebsgruppensekretär, zur damaligen Zeit Uszkoreit, über. Dieser war das einzige Vorstandsmitglied, welches hauptamtlich durch den Landesvorstand eingesetzt worden war.

Zur Verdeutlichung der Ausmaße des Einzugsgebietes der Parteileitung der Universität Rostock dient die Tabelle 2.8. Im Folgenden werden die Mitglieder der Fakultätsgruppen nicht länger betrachtet, da sich der Parteiapparat zunehmend vergrößerte und eine weitere Ausführung dieser Thematik den Rahmen der Arbeit

<sup>228</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz v. 20.10.1949.UAR. UPL/001.

<sup>229</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 08.11.1949.UAR. UPL/45.

<sup>230</sup>Vgl. Protokolle der Sitzungen der UPL.UAR. UPL/45.

<sup>231</sup>Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1949 v. 05.04.1949.UAR. UPL/038.

überschreiten würde.

<b>Abteilungs- und Fakultätsgruppen</b>	<b>Verantwortlicher</b>
Block I	Gerhard Resch
Block II	Hans Hennings
Block III	Rudolf Kempe
Block IV	Hein
Block V	Walter Stark
Block VI	Ernst Blümer
Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät	Heinz Schwander
Arbeiter- und Bauernfakultät	stud.rer.pol Manfred Krüger
Juristische Fakultät	Höhn
Pädagogische Fakultät	stud.rer. Erich Jawinski
Philosophische Fakultät	Hans-Georg Uszkoreit
Landwirtschaftliche Fakultät	Assistent Ulrich Seemann
Medizinische Fakultät	Prof. Werner Hartke

Tabelle 2.8: Auflistung der Abteilungs- und Fakultätsgruppen mit dem zugehörigen Vorstandsmitglied 08.11.1949

Von April bis Juni 1950 trug Uszkoreit sogar die Verantwortung für die Position des 1. Vorsitzenden und des Betriebsgruppensekretärs. Die neue Zusammensetzung des Sekretariats gestaltete sich folgendermaßen: Hein (Landes-Agronom in Schwerin), Erich Jawinski (Lungenkrankheit) und Manfred Krüger (delegiert nach Forst Zinna) schieden aus dem Vorstand aus.<sup>232</sup>

Hans-Georg Uszkoreit	1. Vorsitzender und Betriebsgruppensekretär
Hochfeld, Siegfried	Referent Kaderarbeit
Siegfried Görs	Politischer InstruktEUR für Arbeiter und Angestellte
Ulrich Seemann	Studentendekan
stud.rer.pol. Horst Klemm	Vorsitz der FDJ-Hochschulgruppe
Prof. Dr. Struck	Rektor
Gerhard Resch	Verteter der Studentenfraktion

Tabelle 2.9: Zusammensetzung des Sekretariats der UPL April-Juni 1950

<sup>232</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 04.06.1950.UAR. UPL/002.

Weitere Vorstandsmitglieder waren: Höhn, Heinz Dombrowsky, Prof. Werner Hartke<sup>233</sup>, Heinz Schwander, Ernst Blümer, Walter Stark, Rudolf Kempe, Karl-Heinz Friedrichs und Hans Hennings. *„Die politische Anweisung und Kontrolle, sowie die Verantwortung für die gesamte Parteiarbeit [lag] beim Sekretariat des Betriebsgruppenvorstandes.“*<sup>234</sup>

Der Arbeitsstil des Betriebsgruppensekretärs Uszkoreit wurde von den Mitstreitern als sehr schlecht bewertet, da er *„oft in politischer Kleinarbeit erstickte“*.<sup>235</sup>

Ferner war sein Umgang mit bürgerlichen Parteimitgliedern seinen Kritikern nach zu tolerant. In Folge dessen wurde er im Juni 1950 ausgetauscht und durch den Werkzeugmacher<sup>236</sup> Willi Bonnen ersetzt. Mit Bonnen übernahm erstmals eine Person die Leitung der Betriebsgruppe, welche über keine universitäre Ausbildung verfügte. Uszkoreit verblieb dennoch Mitglied des Sekretariats.<sup>237</sup>

In diesem Zusammenhang wurde der Gen. Kempe bestimmt, der Uszkoreit bis zur Neuwahl und somit bis zum Eintreffen des neuen Betriebsgruppensekretärs Bonnen von der Landesparteischule behilflich sein sollte, um die Arbeitsfähigkeit des Vorstandes zu gewährleisten.<sup>238</sup>

In der Frage nach Stärke und Zusammensetzung des Vorstandes wurde beschlossen: *„Der Vorstand hat aus 15 Genossen und Genossinnen zu bestehen, die außer den Sekretariatsmitgliedern mit wechselnden politischen Aufgaben betraut werden.“*<sup>239</sup> Der 1. und 2. Sekretär wurden hauptamtlich vom Landesvorstand benannt.<sup>240</sup>

Wie in der Darstellung 2.10 ersichtlich wird, waren die verschiedenen Sekretariatsmitglieder für unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Auf die speziellen Aufgabenbereiche des 1. Parteisekretärs wird im weiteren Verlauf dieser Ausarbeitung noch eingegangen, da dieser eine besondere Stellung innerhalb der UPL genoss und die Gesamtverantwortung für die politische Arbeit trug.

<sup>233</sup>CPR: Werner Hartke wurde 1907 geboren. Ab 1939 war er Dozent der klassischen Philologie an der Universität in Königsberg. Nach Ende des Krieges wurde er Assistent an der Universität Göttingen. 1948 folgte er dem Ruf nach Rostock und amtierte dort von 1948 bis 1951 als Dekan der Philosophischen Fakultät. 1955 ging er nach Berlin. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002284](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002284). / Handschuck, Martin. S.387.

<sup>234</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 15.04.1950./Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1950.UAR. UPL/38.

<sup>235</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 14.06.1950.UAR. UPL/45

<sup>236</sup>Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteioorganisation v. 12./13.12.1953.UAR. UPL/006.

<sup>237</sup>Handschuck, Martin (2003). S.145. / Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 14.06.1950.UAR. UPL/45.

<sup>238</sup>Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung der UPL v. 06.06.1950.UAR. UPL/45.

<sup>239</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 14.06.1950,23.06.1950 / Protokoll der Vorstandssitzung v. 04.11.1950.UAR. UPL/45.

<sup>240</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.53.

Die neue Zusammensetzung des Sekretariats sah wie folgt aus:

Wilhelm Bonnen	1. Sekretär, Organisationsinstrukteur
Hochfeld, Siegfried	Sekretariatsmitglied (SM) für Kaderfragen, Vorsitzender der Gesamtleitung
Gerhard Gill ab 28.03.1951	
Hans-Georg Uszkoreit Siegfried Görs ab 23.02.1951	SM für Massenagitation
Karl-Heinz Friedrichs	SM für Propaganda (Kultur, Erziehung, Schulung)
Hans-Jürgen Friederici ab 31.10.50	
Kurt Hückel ab 28.03.1951	
Siegfried Görs Ernst Blümer ab 28.03.1951	SM Verwaltung (2. Sekretär)
Ulrich Seemann	SM Studentendekan
stud.rer.pol. Horst Klemm	SM der FDJ
Prof. Ernst Struck	SM Rektor

Tabelle 2.10: Zusammensetzung des Sekretariats der UPL 14.06.1950

Darüber hinaus wurden einem Sekretariatsmitglied die Bereiche Propaganda<sup>241</sup>, Schulung und Kultur zugewiesen. In den einzelnen Fakultätsgruppen wurden Propagandisten ausgewählt und ausgebildet. Zu ihren Aufgaben gehörte es, die Schulungsräume der Bildungsabende und später des Parteilehrjahres auszugestalten, rechtzeitige Einladungen zu den Veranstaltungen zu verschicken, Literatur unter den Parteimitgliedern zu überprüfen und die Parteischulung zu überwachen. Diese letztgenannte Pflicht meint, dass sie die Berichte (alle acht Wochen) der Fakultätsgruppenleitungen zur Parteischulung durcharbeiten und dazu Stellung beziehen sollten. Des Weiteren waren sie für die Terminabsprachen für die Schulungen zuständig. Das Sekretariatsmitglied für Propaganda stand an der Spitze dieses Betätigungsfeldes und war für die Überwachung sowie die Aufgabenverteilung auf die zuständigen Leiter für Propaganda in den Fakultätsgruppenleitungen zuständig.<sup>242</sup>

Der Bereich der Massenagitation umfasste Agitationsschulung und -einsatz, Parteiinformation, Presse und Sichtwerbung. Das Sekretariatsmitglied, welches

<sup>241</sup> „According to a well-known definition, propaganda ist the deliberate and systematic attempt to shape perceptions, manipulate cognitions, and direct behavior to achieve a response that furthers the desired intent of the propagandist.“ Aus: Riegert, Kristina u.a. From the Persian Gulf to Cosovo - War Journalism and Propaganda. in: European Journal of Communication. Volume 15.No. 3.2000. S.384.

<sup>242</sup> Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1951.UAR. UPL/038.



diesen Posten inne hatte, war mit den für Agitation<sup>243</sup> verpflichteten Vorstandsmitglieder der Fakultätsgruppen verantwortlich, dass Agitatoren für den Einsatz auf einer Veranstaltung in den einzelnen Fakultätsgruppen benannt und geschult wurden. Bis zum 05. Mai 1950 sollten bspw. in jeder Grundeinheit mindestens drei solcher geschulten Agitatoren vorhanden sein.<sup>244</sup>

Die Kaderarbeit nahm eine besondere Stellung in der Hierarchie der Parteiarbeit ein. Zur Ausbildung des qualifizierten Nachwuchses unter den Studenten war es Aufgabe des Sekretariatsmitgliedes Kader auszuwählen, wer für den späteren Einsatz im Parteiapparat geeignet schien. Daraus folgend wurden Karteikarten zu den einzelnen Universitätsangehörigen<sup>245</sup> angelegt und ausgewertet. Dazu hatte er Auswahlkriterien festzulegen, Schulungen durchzuführen und die geforderten Kontingente an Kadern nach Plan zu erfüllen.<sup>246</sup>

Zur Förderung der Kaderarbeit befand sich der Studentendekan im Sekretariat. Dessen Aufgabenbereiche bezogen sich hauptsächlich auf den wissenschaftlichen Nachwuchs, das Studienwesen und die Zulassungen der Studenten.<sup>247</sup>

Der Studentendekan war eine durch die VAO von 1949 (§ 21) neu geschaffene Position im Universitätsgefüge. Die Besetzung erfolgte ohne Mitspracherecht der Hochschulen durch den Volksbildungsminister des Landes.<sup>248</sup>

Da sich an der Universität mittlerweile mehrere Massenorganisationen gebildet hatten und die UPL immer „*das Ohr bei den Massen*“ aufrecht erhalten wollte, erhielt ein Verbindungsmann zu den Massenorganisationen ein Anrecht auf einen Platz im Sekretariat. Dieser sollte die Beschlüsse der UPL an die Massenorganisationen herantragen und über die gegenwärtige Lage in diesen berichten.<sup>249</sup>

Der 2. Sekretär, Görs, war zuständig für den Bereich Verwaltung. Dieser gliederte sich in Organisation und Beitragskassierung auf. Somit musste er sämtliche Veranstaltungen der Partei, Massenorganisationen, Ausschüsse usw. koordinieren.

<sup>243</sup> Agitation ist eine intensive Form der Propaganda [Arndt, Julia u.a. Der Brockhaus in fünf Bänden. Achte Neubearbeitete Auflage. Leipzig. 1993. S.41.] und beschreibt die aggressive Tätigkeit zur Beeinflussung anderer, die politische Aufklärungsarbeit und die Werbung für bestimmte politische oder soziale Ziele. [Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.). Der kleine Duden. Fremdwörterbuch. Ein Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch. Mannheim. 1991. S.20.] Der Unterschied zur Propaganda besteht hauptsächlich darin, dass Propaganda oft Propaganda für etwas (z.B. ein Regime) ist, Agitation hingegen Agitation gegen irgendwelche Misstände oder ihre (vermeintlichen) Verursacher. [Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.). Duden. Das große Fremdwörterbuch. Herkunft und Bedeutung. Mannheim. 1994. S.50/1123.]

<sup>244</sup> Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1950. UAR. UPL/038.

<sup>245</sup> Vgl. vorhandene Karteikarten von Parteimitgliedern und anderen Universitätsangehörigen. in: Personalangelegenheiten, Parteiverfahren von 1949-1965. UAR. UPL/536. / Bsp. siehe Anhang.

<sup>246</sup> Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1951. UAR. UPL/038.

<sup>247</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.06.1950. UAR. UPL/045.

<sup>248</sup> Rudolph, Hedwig/Husemann, Rudolf (1984). S.44.

<sup>249</sup> Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1950. UAR. UPL/038.

Des Weiteren sollte er durch monatliche Besprechungen mit den Organisationsleitern in sämtlichen Abteilungs- und Fakultätsgruppen den Veranstaltungsplan optimieren.<sup>250</sup>

Wie bereits erwähnt, blieb Uszkoreit auch weiterhin Mitglied des Sekretariats. Kurze Zeit nach dieser Entscheidung wurde er beschuldigt, den Fragebogen<sup>251</sup> der Partei nicht korrekt beantwortet zu haben. Sein Vater sei, der Meinung einer Genossin aus seinem Heimatort zufolge, Mitglied in der NSDAP gewesen. Daraufhin legte Uszkoreit seine Tätigkeit im Sekretariat nieder.<sup>252</sup> Bezüglich dieser Anschuldigung liegen mir derzeit keine detaillierteren Informationen vor, so dass der Konflikt an dieser Stelle nicht aufgeklärt werden kann.

Die soeben beschriebene Struktur der Universitätsparteileitung hielt sich bis zur Erneuerung der Parteirichtlinien im Zuge der II. Hochschulreform 1951. Die Aufgabengebiete der Mitglieder der UPL wurden nicht verändert. Sie erweiterten sich höchstens durch Beschlüsse der oberen Instanzen. Lediglich die personelle Besetzung des Sekretariats und des Vorstandes unterlag Veränderungen u.a. durch Mandatsniederlegung, Examina sowie Krankheit. Eine Ausnahme stellte hier die Position des hauptamtlichen 1. Parteisekretärs Willi Bonnen dar.

Die lose Verbindung, die vom Sekretariat zu den Genossen des Senats und damit des Lehrkörpers seit Frühjahr 1950 durch die Sekretariatsmitgliedschaft des Rektors (und etwas früher schon des Studentendekans) bestanden hatte, wurde mit dem Beschluss vom 26.10.1950 erweitert. In diesem wurde die Führung der Parteileitung gegenüber den Parteimitgliedern des Senats eindeutig gesichert. Der Rektor war nun angehalten, jede angesetzte Sitzung des Senats zu melden und mit dem 1. Sekrär sog. Senatsvorbesprechungen durchzuführen. Diese wurden in den Räumlichkeiten der Betriebsgruppe abgehalten.<sup>253</sup>

Bereits vor dem Erlass dieses Beschlusses kam es zu einem Disput zwischen Rektor Struck<sup>254</sup> und dem damaligen Parteisekretär Uszkoreit. Der Grund der Auseinandersetzung war in den unterschiedlichen Sichtweisen der beiden begründet. Der Ansicht des Rektors nach war er es, der den Vorsitz im Senat inne hatte. Uszkoreit widersprach dem und erklärte, dass der Senatsfraktion der Partei der „Vorsitz“

<sup>250</sup>Arbeitsplan der SED-Betriebsgruppe SS 1950.UAR. UPL/038./Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.06.1950.UAR. UPL/045.

<sup>251</sup>Siehe Anhang: rekonstruierter, anonymisierter Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED. S.121ff. Aus: Personalangelegenheiten, Parteiverfahren von 1949-1965.UAR. UPL/536.

<sup>252</sup>Brief von Hans-Georg Uszkoreit an das Sekretariat der SED-Parteileitung der Universität Rostock.UAR. UPL/045.

<sup>253</sup>Sekretariatsvorlage vom 26.10.1950.Ebenda.

<sup>254</sup>Ernst Struck wurde 1890 geboren. 1930 trat er der SPD bei. Ab 1946 übernahm er die Geschäfte des Dekanats der Pädagogischen Fakultät der „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ Greifswald. 1948 wurde er vom Volksbildungsminister zum Dekan der Pädagogischen Fakultät der Universität Rostock ernannt und darauffolgend zum Rektor gewählt. Im Oktober 1952 ging er an die Leipziger Universität. Aus: Handschuck, Martin. S.393.

zustehen würde.<sup>255</sup>

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass im Zuge der VAO von 1949 drei neue Senatsmitglieder als Vertreter der Nichtordinarien<sup>256</sup> und Dozenten in den Senat gewählt wurden. Diese drei wurden vom Rektor vorgeschlagen und mussten vom Landesministerium bestätigt werden. Ein weiteres Mitglied des Senates war der Studentendekan, der zugleich „Direktor der Arbeiter- und Bauernfakultät“ und Vertrauensmann der BGL war und zudem ununterbrochen der SED angehörte. Auf diese Weise versuchte die SED, ihre Mitglieder auch hier zu integrieren bzw. einzuschleusen.<sup>257</sup>

Die SED konnte nun in allen Fakultäten, Abteilungen und bis hinauf in die oberen Instanzen der Universität ihren Einfluss durch Einsatz ihrer Mitglieder manifestieren. Die Parteileitung der Universität Rostock war in diesem Zusammenhang das zentrale Verwaltungsorgan der Partei vor Ort. Es lieferte Informationen über die gegenwärtige Lage an der Bildungseinrichtung und ermöglichte somit den oberen Parteifunktionären einen tiefen Einblick in die Hochschulpolitik. Die Beschlüsse des ZK, der Landesregierung und der Kreisleitung wurden zunächst an dieses Gremium bzw. den 1. Parteisekretär, welcher für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich war, geleitet. Es handelte sich um eine Art „Nebenregierung“ mit stetig wachsendem Einfluss, die hier an der Universität Rostock geschaffen worden war. Oder war es vielleicht doch mehr als nur eine „Nebenregierung“?

---

<sup>255</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 04.06.1950.UAR. UPL/002.

<sup>256</sup>Ordinarius: ordentlicher Professor an einer Hochschule. Aus: Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.).Der kleine Duden.Fremdwörterbuch.Ein Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.Mannheim.1991. S.294.

<sup>257</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.26./Richert, Ernst. „Sozialistische Universität“.Die Hochschulpolitik der SED.Berlin.1967. S.81.



Abbildung 2.2: Organisationsaufbau 1949-1951

### 2.3.4 „Ausmerzung“ des Studentenrates

Im Wintersemester 1946/47 fanden die ersten Wahlen für den späteren Studentenrat statt. Der SED gelang es nicht, wie bereits geschildert, die Mehrheit zu erringen, da die Kandidaten der verschiedenen Gruppen noch immer getrennt aufgestellt und gewählt wurden.<sup>258</sup>

Der Anteil der gewählten SED-Mitglieder lag bei 43%. Dem ersten Anschein nach war dies ein beachtlicher Erfolg. Dennoch erreichten sie nicht die absolute Mehrheit, um ihre Interessen vollständig durchsetzen zu können. Des Weiteren bestanden sehr unterschiedliche Ansichten unter den einzelnen SED-Studenten des Studentenrates. Somit konnte zwar eine Mehrheit in Bezug auf die Anzahl der SED-Mitglieder gegenüber den anderen Parteien erzielt, jedoch nicht alle Forderungen durchgesetzt werden.<sup>259</sup>

Die zweiten Studentenratswahlen wiesen eine deutliche Verbesserung auf, da von den insgesamt 21 Mitgliedern des Studentenrates elf Mitglieder der SED angehörten. Dennoch ergab sich folgendes Fazit: *„Obwohl die SED-Mehrheit besteht, so ist der ideologische Zustand einiger dieser Genossen oder besser gesagt, Mitglieder so schlecht, dass bei geheimen Abstimmungen oft die einfache Mehrheit fraglich ist.“* Dies lag daran, dass *„im Studentenrat noch immer die mehr oder weniger ausgesprochene Ansicht, in erster Linie Vertreter der Studentenschaft und dann die Partei besteht. [...] In dieser Hinsicht ist es [...] nicht gelungen, dass nur die Partei die tatsächlichen studentischen Belange vertreten kann.“*<sup>260</sup>

Die 1947 gebildete SED-Fraktion innerhalb des Studentenrates verfehlte somit bis 1949 ihre Wirkung. Ab 1947 kristallisierte sich immer deutlicher eine oppositionelle Fraktion unter der Führung von Arno Esch heraus. Auf dessen Initiative hin bildete sich 1947 die LDP-Hochschulgruppe an der Universität. Deren Wirkungsgrad war dennoch ebenso gering, wie der der CDU-Hochschulgruppe. Trotzdem gelang es dem Jurastudenten Arno Esch eine Vielzahl von Studenten von seinem Standpunkt zu überzeugen, indem er *„in polemischen Wandzeitungsartikeln und Diskussionsbeiträgen mißliebige staatliche Verordnungen und Reglementierungen“* angriff. Die Staatsmacht reagierte mit verschärften Maßnahmen auf die oppositionelle Haltung Eschs und seiner Mitstreiter, so dass es im Wintersemester 1948/49 zu einem sprunghaften Anstieg der Verhaftungen der Universitätsangehörigen kam.<sup>261</sup>

Günther Ruddies, der zu diesem Zeitpunkt die Stellung des 3. Vorsitzenden im Studentenrat einnahm,<sup>262</sup> legte sein Amt nieder und floh aus Angst vor der Ver-

<sup>258</sup>Ammer, Thomas (1969). S.13.

<sup>259</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.76./Ammer, Thomas (1969). S.13.

<sup>260</sup>Einschätzung der Stellung und Arbeit des Studentenrates vom 03.11.1949.UAR. R/3368.

<sup>261</sup>Handschuck, Martin.Studentische Opposition an der Universität Rostock von 1945 bis 1955. in: Zeitgeschichte regional.Bd.6.Heft 1.Rostock.2002. S.31.

<sup>262</sup>Studentenratssitzung vom 03.10.1948.UAR. R/3369.



haftung, da „*der Studentenrat immer mehr von einem Selbstverwaltungsorgan zu einer Befehlsempfängerzentrale herabgesunken sei.*“<sup>263</sup>

Ab 1949 sollte nichts mehr dem Zufall überlassen werden. Es wurden Fraktionssitzungen der SED-Mitglieder des Studentenrates anberaumt und durchgeführt. Die Funktionäre kamen hier zu Beratungen zusammen, um die politische Linie auf der darauffolgenden Studentenratssitzung zu bestimmen. So wurde am 14. Juli 1949 beschlossen, dass alle Entscheidungen, die im Studentenrat zu treffen seien, bereits im Vorfeld abgeklärt und auch die Wortführer bei allen Abstimmungen zuvor ausgewählt werden sollten. Die SED versuchte somit, den Studentenrat „gefügt“ zu machen.<sup>264</sup>

Neben der SED gab es mit der CDU und der LDP noch weitere Fraktionen, die ebenfalls Fraktionssitzungen abhielten. „*Es ging also zu wie in einem bürgerlichen Parlament. [...] Manchmal verließ eine Fraktion die Sitzung, um den Studentenrat beschlußfähig zu machen. Das änderte sich erst beim letzten Studentenrat, dem Studentenrat der Nationalen Front.*“<sup>265</sup>

Um das Vorhaben - Kontrolle über den Studentenrat - nicht zu gefährden, wurde bereits vorab angeordnet, dass sämtliche Entschuldigungen für das Fernbleiben von Studentenratssitzungen lediglich im Sekretariat der SED-Betriebsgruppe möglich waren. Des Weiteren war jeder Genosse des Studentenrates verpflichtet, Berichte politischen Charakters über die anderen Mitglieder des Studentenrates zu verfassen und dem 1. Sekretär der Betriebsgruppe zu übergeben. Da ab Februar 1949 stets ein SED-Mitglied den Vorsitz über den Studentenrat inne hatte, wurde außerdem der Beschluss gefasst, dass, wenn der erste Vorsitzende den Abschluss der Debatten beantragte, keine Diskussionsbeiträge mehr vorgetragen werden sollten.<sup>266</sup>

In den Versammlungen der SED-Fraktion sprachen sie nicht nur die politische Linie ab, sondern wählten außerdem Kandidaten aus ihren Reihen, welche die Positionen der Vorsitzenden im Studentenrat einzunehmen hatten. Aufgrund dessen erschienen auf den SED-Fraktionssitzungen neben den SED-Studentenratsmitgliedern weitere Mitglieder der SED-Betriebsgruppenleitung (darunter der Betriebsgruppensekretär Hans-Georg Uszkoreit), welche die Erfüllung dieser Maßnahmen überwachten. Die vorgeschlagenen Kandidaten für die führenden Stellungen des Studentenrates im Oktober 1949 waren:<sup>267</sup>

<sup>263</sup>Bericht der Betriebsgruppe v. 18.12.1948.UAR. UPL/137.

<sup>264</sup>SED-Fraktionssitzung des Studentenrates v. 14.07.1949.UAR. R/3379.

<sup>265</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.111.

<sup>266</sup>SED-Fraktionssitzung des Studentenrates v. 23.05.1949.UAR. R/3379./Vgl. Auflistung der Zusammensetzung des Studentenrates von Februar 1949 bis Februar 1950. in: Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.81.

<sup>267</sup>SED-Fraktionssitzung v. 05.10.1949.UAR. R/3379.

stud.rer.pol. Günter Grabosch (SED)	1. Vorsitzender
stud.rer.pol. Manfred Krüger (SED)	2. Vorsitzender
stud.päd. Gerhard Roger (SED)	Schriftführer
stud.phil. Wolfgang Sellin (parteilos)	Kassenwart

Tabelle 2.11: Kandidaten der Leitung des Studentenrates nach der Fraktionssitzung der SED 05.10.1949

Die tatsächliche Konstellation der geschäftsführenden Leitung des 3. Studentenrates nach den Wahlen im Oktober 1949 glich exakt den Vorentscheidungen der SED-Mitglieder. Die SED-Betriebsgruppe bzw. -leitung in Person des Betriebsgruppensekretärs hatte den Studentenrat unter ihre Kontrolle gebracht.<sup>268</sup>

Die Mittel und Wege, die Studentenratsmitglieder aus ihren Positionen zu drängen, erreichten am 20. Juni 1949 ihren Höhepunkt. In einer SED-Fraktionssitzung wurde darüber verhandelt, auf welchem Wege der zu dieser Zeit amtierende Schriftführer stud. jur. Gerhard Völz seines Amtes enthoben werden konnte, und beschlossen, dass Manfred Krüger seinen Posten übernehmen sollte.

Den Fraktionsmitgliedern wurden zwei mögliche Wege eröffnet:

1. Persönliche Aussprache mit Völz zur Niederlegung seines Mandats oder
2. Angriff der Fraktion auf Völz zur Niederlegung seines Mandats auf der folgenden Studentenratssitzung.

Die Entscheidung fiel denkbar knapp mit 5:8 unter einer Stimmenthaltung aus, woraufhin Völz unter starken Diffamierungen seines Postens enthoben wurde.<sup>269</sup> Dieses Vorgehen sollte ein Nachspiel haben. Einige LDP-Mitglieder prangerten die Vorgehensweise im Fall Völz öffentlich an. Arno Esch berief umgehend eine Zusammenkunft der Hochschulgruppen am 23. Juni ein, wobei er die SED-Mitglieder in ihrem fehlerhaften Vorgehen offensichtlich anklagte. Die SED-Mitglieder konnten seine Argumente in keinsten Weise entkräften.<sup>270</sup>

In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1949 wurden Esch und viele seiner studentischen Anhänger verhaftet. Im Juli 1950 wurde er vom Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Schwerin verurteilt, nach Russland deportiert und ein Jahr später erschossen.<sup>271</sup>

Ab Herbst 1948 war die SED bemüht, den Herrschaftsanspruch auf die FDJ durchzusetzen. Die FDJ sollte unter Kontrolle der SED die Vertretung der Studenten

<sup>268</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.81.

<sup>269</sup>SED-Fraktionssitzung des Studentenrates v. 20.06.1949.UAR. R/3379.

<sup>270</sup>Handschock, Martin (2002). S.32.

<sup>271</sup>Ders. S.32.

und somit „*das Instrument zur Mobilisierung der jungen Generation*“ darstellen.<sup>272</sup> Bis Juni 1949 entwickelte sich die FDJ zu einer Massenorganisation der SED. Ohne die SED zu nennen, ordnete sie sich durch die neu formulierten „Grundsätze und Ziele“ der Einheitspartei unter.<sup>273</sup>

An der Universität trat neben der FDJ eine zweite größere Massenorganisation mit dem FDGB in Erscheinung. Problematisch war der Umstand, dass sich deren Zielvorstellungen mit denen der FDJ überschneiden und aufgrund dessen befanden sich beide Organisationen in einer Art Konkurrenzsituation zueinander. Demzufolge erließ das Sekretariat des ZK am 08. April 1949 neue Richtlinien. *„Die besonderen Aufgaben der FDGB-Hochschulgruppen liegen auf dem sozialen und wirtschaftlichen Gebiet. [...] Die Aufgaben der FDJ liegen besonders auf gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet.“*<sup>274</sup>

1950 wurde die FDJ als Nachfolger des Studentenrates bestimmt. Nach den neuen Richtlinien für die Studentenratswahlen wurde vom Politbüro des ZK vom 22. November 1949 folgendes beschlossen: *„Vorschlagsberechtigt für die Studenten- und Fakultätsräte sind die demokratischen Massenorganisationen: FDJ, FDGB, Kulturbund (KB) und Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF).“*<sup>275</sup>

Am 08. Februar 1950 fanden die letzten Studentenratswahlen statt. Von den 30 aufgestellten Kandidaten wurden 23 Mitglieder mit der höchsten Stimmenanzahl für den Studentenrat gewählt. Von diesen 23 nominierte die FDJ und der FDGB 15. Es entstand ein „FDJ-Studentenrat“.<sup>276</sup>

Die Politisierung der Universitäten wird an der Teilnahme der Rostocker Studenten an der Wahl zum Studentenrat ersichtlich. Etwa 94,5% der Studenten beteiligten sich.<sup>277</sup>

Der Studentenrat verlor zunehmend an Bedeutung, die FDJ hingegen gewann stetig an Bedeutung. 1951 endete die Amtsperiode des letzten Studentenrates an der Universität Rostock mit der endgültigen Übernahme durch die FDJ.<sup>278</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Studentenrat als neues indirektes Sprachorgan der SED-Leitung der Betriebsgruppe genutzt wie bspw. im „Kampf um den Frieden“. Der Studentenrat verpflichtete sich auf Beschluss der UPL bspw. am 03. Juni 1951 bis 12 Uhr ein *„ja - gegen Remilitarisierung in Westdeutschland abzugeben“*. Die Losung wurde an ihrem Gebäude zur deutlichen Sichtwerbung

<sup>272</sup>Skyba, Peter. Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961. Köln u.a. 2000. S.47.

<sup>273</sup>Ders. S.56.

<sup>274</sup>König, René (2006). S.30.

<sup>275</sup>Grunwald, Sabine (1993). S.838.

<sup>276</sup>Hoffmann, Horst u.a. (1969). S.85.

<sup>277</sup>Bernitt, Hartwig (1999). S.38.

<sup>278</sup>Dies. S.39.

veröffentlicht.<sup>279</sup>

Im selben Jahr auf einer Leitungssitzung der UPL gab der Parteisekretär bekannt, dass von da an keine Studentenratswahlen mehr durchgeführt werden. Der Studentenrat sollte dennoch weiterhin bestehen, um den Kontakt zu den westdeutschen Studentenausschüssen aufrecht zu erhalten.<sup>280</sup>

„Er ist im Grunde „eingeschlafen“.“<sup>281</sup>

---

<sup>279</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 23.05.1951.UAR. UPL/046.

<sup>280</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 26.07.1951.Ebenda.

<sup>281</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.110.

### 3 Ausbau der Betriebsgruppe zur Parteiorganisation 1948-1954

#### 3.1 Organisation und Arbeitsweise

Die SED-Betriebsgruppe bzw. SED-Parteiorganisation hatte kein eigenständiges Statut, so dass für die Binnenstruktur häufig die überarbeiteten zentralen Parteistatuten Anwendung fanden. Die Arbeit der Parteileitung vollzog sich in Vorstands- (später Leitungs-) und Sekretariatssitzungen, Delegiertenkonferenzen sowie Parteiaktivtagungen.

##### 3.1.1 Sitzungen der SED-Universitätsparteileitung

In den ersten Jahren fanden die Sitzungen der Parteileitung unregelmäßig statt. Zudem war die Aktenführung unvollständig. Dies änderte sich Anfang der 50er Jahre, in denen begonnen wurde, eine akkurate Unterlagenführung umzusetzen. Die Unterlagen weisen seitdem eine minutiöse Genauigkeit auf. Dies ist besonders bei den Protokollen der Vorstands- und Sekretariatssitzungen erkennbar. Oft wurden diese als wörtliche Mitschriften geführt, um Auseinandersetzungen innerhalb der Gremien zu dokumentieren und sie gegebenenfalls als Beweismittel für spätere Parteiverfahren zu verwenden. Es zeigt sich, dass die Akteure dabei „kein Blatt vor den Mund nehmen“ und deshalb die ideologischen Angriffe und Diffamierungen in einer eher „unappetitlichen“ Art und Weise zum Ausdruck gebracht wurden. Prof. Dr. Haiduk bezeichnet die Sitzungen als offene Diskussionen, in denen es aber auch davon abhängig war, wie stark dogmatische Einstellungen dominierten.<sup>1</sup>

Mit dem Wintersemester 1948/49 wurden erstmals organisatorische Richtlinien für die Betriebsgruppe erlassen, welche ein regelmäßiges Zusammentreffen des Vorstandes und Sekretariats vorschrieben.<sup>2</sup>

In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass die Sekretariatssitzungen alle acht und die Vorstandssitzungen alle 14 Tage stattfinden sollten. Zudem waren je zwei Vollversammlungen sowie eine öffentliche Versammlung pro Semester angesetzt. Die Aufgabe des Sekretariats war es, regelmäßig Protokolle anzufertigen.<sup>3</sup>

An der Umsetzung haperte es jedoch, da zu diesem Zeitpunkt noch keine Richtlinien für den Aufbau der Protokolle existierten, weshalb diese sehr unstrukturiert erscheinen. Ein Grund für diesen Umstand sind, wie bereits dargelegt, die wörtlichen Mitschriften in den Protokollen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.112.

<sup>2</sup> Arbeitsplan Wintersemester (WS) 1948/49.UAR. UPL/038.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Siehe dazu: Protokolle der Sitzungen der UPL.UAR. UPL/045.



Erst ab dem Sommersemester 1950 wurde diesem Zustand Abhilfe geschaffen, indem eindeutige Richtlinien für die Protokollführung herausgegeben wurden. Demnach gab es vier entscheidende Punkte, die jedes Protokoll zu enthalten hatte:

1. Tagesordnung
2. Anwesenheit und Abwesenheit (namentlich)
3. Beschlussfassung und Abstimmungsergebnis
4. Unterschrift des verantwortlichen Genossen für die Sitzung bzw. Versammlung

Dadurch wurde zum einen jedes noch so kleine Detail des Sitzungsverlaufs festgehalten und zum anderen eine ständige Erfassung der Mitglieder der Vorstände durchgeführt. Es entstand eine Art Kontrollwesen über die Teilnahme an den Versammlungen der Parteigenossen, da diese Richtlinien auch für die Sitzungen der Fakultätsgruppenvorstände maßgebend waren. Die Fakultätsleiter waren angewiesen, dem Sekretariat jeden Monat Informationsberichte sowie Arbeitspläne zukommen zu lassen. Die UPL verschaffte sich somit einen Überblick über die derzeitige Lage in den Fakultätsgruppen und konnte die Arbeit innerhalb der Grundeinheiten kontrollieren sowie Maßnahmen gegen Abwesenheit von Mitgliedern ergreifen. Bei der Auflistung der nicht anwesenden Mitglieder wurde zudem dokumentiert, ob diese entschuldigt oder unentschuldigt fehlten. Es musste ein gewichtiger Grund für die Abwesenheit vorliegen, denn andernfalls würden Strafen erlassen werden, die bis zum Parteiausschluss eines Mitgliedes reichten.

Die Übermittlung von Informationen und Stimmungsberichten gehörte zu den vier Aufgabengebieten der Massenagitation (Agitationsschulung sowie -einsatz, Parteiinformation, Presse und Sichtwerbung). Die Parteiinformation stellte keinen mystischen Nachrichtendienst dar, sondern hatte laut *„bolschewistischer Forderung: Das Ohr bei den Massen ...“*. Ein Parteiinformator meldete dem Vorstand die Stimmung in den Abteilungs- und Fakultätsgruppen, wobei dieser *„auch krasse Beispiele reaktionärer Ausfälle oder fortschrittlichen Handelns namentlich kennzeichnen..., herrschende Stimmung in seiner Umgebung ungefärbt den Parteileitungen (Fakultätsgruppenvorstände) vermitteln“* musste.<sup>5</sup>

Die Fakultätsgruppenvorstände leiteten diese Informationen an den 1. Sekretär der UPL zur Abzeichnung weiter. Der wiederum überließ die Auswertung im Anschluss dem jeweils zuständigen Sekretariatsmitglied. Dieser verarbeitete die Informationen aus den Protokollen über die Versammlungen, den Schulungsabenden, die Vorstandssitzungen usw. und berichtete dem Sekretariat bzw. Vorstand darüber. In den Sitzungen wurde daraufhin über das weitere Vorgehen beraten.<sup>6</sup>

Der Vorstand wurde immer mehr zu einem Beschlussorgan, der seine Zu-

<sup>5</sup>Arbeitsplan Sommersemester (SS) 1950.UAR. UPL/038.

<sup>6</sup>Bericht über die Organisationsarbeit der Betriebsgruppe v. 26.07.1950.UAR. UPL/128.

stimmung zu den einzelnen ausgearbeiteten Beschlüssen des Sekretariats gab. Von 1950 an waren auch die Beschlüsse des Sekretariats „bindend“. *„Die politische Anweisung und Kontrolle, sowie die Verantwortung für die gesamte Parteiarbeit liegt beim Sekretariat des Betriebsgruppenvorstandes.“* Die Sekretariatssitzungen fanden seitdem dreimal wöchentlich statt. Des Weiteren wurde eine Parteischulung mit der Einführung des Parteilehrjahres<sup>7</sup> durchgeführt, um *„eine ständige Kontrolle ausüben zu können, inwieweit die Parteiliteratur bewusst von den Genossen verarbeitet worden ist“*. Dabei musste *„der jeweilige Referent auf wichtige Aufsätze und Veröffentlichungen des Parteivorstandes in seminaristischer Form eingehen.“*<sup>8</sup>

Die Übermittlung von Aufgaben für die einzelnen Parteimitglieder erfolgte vorerst über die Beschlüsse der Versammlungen der Leitung der SED-Betriebsgruppe sowie der einzelnen Fakultätsgruppenvorstände. Somit wurde die politische Vorgehensweise im Sekretariat ausgearbeitet bzw. beschlossen, zumeist dem Vorstand zur Bestätigung und Diskussion übergeben und daraufhin an die verantwortlichen Mitglieder der Fakultäts-, Abteilungsgruppen und Massenorganisation weitergegeben, die dann zur Umsetzung schritten. Das eigentliche politische Leben vollzog sich demnach in den Grundeinheiten des Parteiapparates.<sup>9</sup>

Des Weiteren wurden für spezielle Themengebiete Kommissionen gebildet, die die Beschlüsse umzusetzen hatten. Aufgrund der großen Anzahl von gebildeten Kommissionen werde ich lediglich auf eine Auswahl von Kommissionen eingehen. Eine genauere Betrachtung der Arbeit der Kommissionen wird im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen.

Zu besonderen Anlässen wurden durch die Universitätsparteileitung Agitationskommissionen gegründet. So geschah es bspw. zur Vorbereitung der Studenten- und Fakultätsratswahlen bzw. zur Vorbereitung der Volkswahlen 1950. Demzufolge wurde eine Agitationskommission zur Anleitung der Volkswahlen, bestehend aus zwei Vorstandsmitgliedern mit Resch und Friedrichs, einem Genossen aus der FDJ und einem Genossen aus der Nationalen Front<sup>10</sup> gegründet. Diese sollten alle Studenten auffordern, das Wahlprogramm der SED in ihren Heimatorten zu verbreiten. Um dieses zu gewährleisten, wurde die Agitationskommission mit Siegfried Görs um ein weiteres Sekretariatsmitglied erweitert.<sup>11</sup>

Die Kommission gründete Agitationsgruppen in den Grundeinheiten der Be-

---

<sup>7</sup>Siehe Punkt 3.2.3.

<sup>8</sup>Arbeitsplan SS 1950.UAR. UPL/038.

<sup>9</sup>Vgl. Müller, Marianne und Egon Erwin. „...stürmt die Festung Wissenschaft!“.Berlin.1994. S.137/8.

<sup>10</sup>bezeichnet den Zusammenschluss der Parteien (SED, LDPD, CDU, DBD, NDPD) und Massenorganisationen (FDJ, KB, FDGB, DFD, VdgB) in der DDR in: Richter, Michael.Die DDR in den achtziger Jahren. in: Informationen zur politischen Bildung.Geschichte der DDR.Heft 231. 2. Quartal.1991. S.27.

<sup>11</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 21.07.1950.UAR. UPL/45.

triebsgruppe. Ziel war es, dass alle Universitätsangehörigen an der Wahl teilnahmen und gleichzeitig festgestellt wurde, ob „*Feindmaterial*“ jeglicher Form gesichtet worden ist. Zur Umsetzung dieser Forderung wurde ein Aufklärungslokal im Universitätshauptgebäude eingerichtet, wo die Agitatoren ihren Einfluss auf die weiteren Universitätsangehörigen ausüben sollten.<sup>12</sup>

Nach der Volkswahl bestand die Aufgabe der Fakultätsgruppenvorstände darin, Mitgliederversammlungen einzuberufen, um „Nichtwahlteilnehmer“ herauszufiltern. Das heißt schlechte Parteimitglieder, die ihrer Pflicht nicht nachkamen und ihre Partei in der Wahl nicht mit ihrer Stimme unterstützten, ausfindig zu machen und die betreffenden Personen mit einer Parteistrafe zu belegen.<sup>13</sup>

Zur Unterstützung der Sichtwerbung der Partei wurde eine Wandzeitungskommission gegründet, die im Wandkasten des Universitätshauptgebäudes laufend Stellungnahmen der Genossen zu Tagesfragen und wichtigen Themen der Politik veröffentlichte. Die politische Richtlinie wurde dabei von der Parteileitung der Universität vorgegeben, welche ihre Politik an der der SED und den Beschlüssen der oberen Instanzen orientierten.<sup>14</sup>

Ab Anfang 1951 kristallisierte sich eine neue Methode zur Durchführung von Beschlüssen der Partei heraus, nämlich die Erteilung von Parteiaufträgen. Ein Parteiauftrag ist ein Mittel zur Umsetzung von Beschlüssen, indem er genau festlegt, welche Aufgaben das jeweilige Mitglied oder der Kandidat zu erfüllen hatte, um den Beschluss durchzusetzen. Dadurch wurde eine genaue Trennung zwischen aktiven und passiven Mitgliedern vollzogen. Die Teilnahme am Parteilehrjahr und an den Mitgliederversammlungen wurde nicht als Parteiauftrag gewertet. Diese galten für jedes Mitglied und alle Kandidaten als Pflichtveranstaltungen. Der Parteiauftrag musste auf die jeweiligen Fähigkeiten des Mitgliedes oder Kandidats zugeschnitten sein. Ganz nach dem Prinzip der Optimierung waren *„Die Mitarbeiter so auf die Plätze zu verteilen, dass sich jeder am richtigen Platz fühle, dass jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmaß leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist.“* Mit der Erfüllung dieser speziellen Aufgaben im Rahmen des Parteiauftrages nahmen die Mitglieder und Kandidaten aktiv an der Parteiarbeit teil.<sup>15</sup>

Für die Vergabe von Parteiaufträgen in den oberen Instanzen der Universität war die UPL zuständig. Ansonsten waren die führenden Leiter der Fakultätsgruppenvorstände, welche auf Beschluss der UPL handelten, dafür verantwortlich.<sup>16</sup>

Die Kompetenzerweiterung der Aufgabengebiete der UPL erreichte mit dem

<sup>12</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 23.06.1950.UAR. UPL/45.

<sup>13</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 13.10.1950.Ebenda.

<sup>14</sup>Arbeitsplan SS 1950.UAR. UPL/038.

<sup>15</sup>Sekretariatsbericht von Görs auf Sekretariatssitzung vom 07.12.1950.UAR. UPL/045. / Erteilung von Parteiaufträgen.UAR. UPL/128.

<sup>16</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 23.02.1951.UAR. UPL/46.

Beschluss des ZK über die Planstellen vom 08. Februar 1951 eine ganz neue Dimension. Durch diesen unterlagen die Planstellen der Universität der Bestätigung des Sekretariats der SED-Betriebsgruppe. Das heißt, alle Entlassungen und Einstellungen forderten eine Zustimmung des Sekretariats. In Folge dessen kam eine Überwachung und Steuerung des Lehrkörpers zustande. Die UPL reichte Informationen über die jeweilige Lehrkraft weiter und das ZK beschloss dann bzgl. eines weiteren Verbleibs.<sup>17</sup>

Weiterhin berieten und bestimmten sie die Vorstände der Massenorganisationen. Erkenntlich wird dies beispielsweise in der Bestimmung des Vorstands des Kulturbundes. Es wurden Vorschläge unterbreitet und verschiedene Möglichkeiten durchgesprochen, um die geeigneten Personen für den jeweiligen Vorstand zu bestimmen.<sup>18</sup>

Die UPL überschritt bei der Ausführung ihrer Funktionen häufig bestimmte Grenzen in den Aufgabenbereichen. Zumeist übernahm die Parteileitung noch einzelne Verwaltungsaufgaben, anstatt die Genossen in der Verwaltung anzuleiten. Dies bezeichnete die Landsleitung als eine Schwäche der Parteileitung.<sup>19</sup>

Durch die neuen Parteirichtlinien von 1951 wurde das Sekretariat vollständig in die Parteileitung integriert. Es existierten bis Ende 1953 ausschließlich Leitungssitzungen der Parteileitung der Parteiorganisation der Universität Rostock, das aus einem Leitungskollektiv von 15 bis 17 Mitgliedern<sup>20</sup> bestand. Somit entfielen die Sekretariatssitzungen vorerst. Das Leitungskollektiv hingegen tagte einmal wöchentlich. Die Aufgabengebiete der ehemaligen Sekretariatsmitglieder fielen auf Mitglieder dieses Leitungskollektives, wobei sich die personelle Besetzung im Grunde genommen nicht änderte.<sup>21</sup>

Die Leitungen der Grundorganisationen<sup>22</sup> mussten nun in der ersten monatlichen Leitungssitzung der UPL zur Berichterstattung erscheinen und die Massenorganisationen bis zum 25. jeden Monats einen Arbeitsplan zur Kontrolle vorlegen.<sup>23</sup>

Eine Erweiterung dieses Systems der Berichterstattung erfolgte mit der Rechtfertigung der Wissenschaftler über ihre wissenschaftliche Arbeit vor der Parteileitung. Demzufolge wurden monatlich einige Wissenschaftler von der Parteileitung eingeladen, um die Universitätsangehörigen verstärkt in die politische Mitarbeit

---

<sup>17</sup>Beschluss über alle Planstellen vom 08.02.1951 (+ Auflistung aller Stellen vorhanden).UAR. UPL/46.

<sup>18</sup>Protokoll der Leitungssitzung v. 28.10.1952.UAR. UPL/47.

<sup>19</sup>Entschließung der 11. Tagung der SED Mecklenburg vom 02. und 03. November 1951.UAR. UPL/102.

<sup>20</sup>Siehe S.76ff.

<sup>21</sup>Vgl. Protokolle der Sitzungen der UPL von 1951-1954.UAR. UPL/46-48.

<sup>22</sup>ähnlich den Fakultätsgruppenvorständen; diese Veränderung war im Zuge der II.Hochschulreform getätigt worden. Vgl. Punkt 3.2.1.

<sup>23</sup>Bericht der Parteiorganisation v. 15.10.1952.UAR. UPL/128.

einzu beziehen.<sup>24</sup>

Des Weiteren war der Verwaltungsdirektor der Universität verpflichtet, dem Sekretariat der UPL den von ihm aufgestellten Monatsplan zur Bestätigung vorzulegen.<sup>25</sup>

Dieses Sekretariat wurde Ende 1953 bzw. Anfang 1954 reaktiviert, um die Beschlüsse für die UPL vorzubereiten und der UPL zur Bestätigung bereitzulegen.<sup>26</sup>

### 3.1.2 Delegiertenkonferenzen

Anfangs wurde der Vorstand der Betriebsgruppe auf einer Vollversammlung aller Mitglieder gewählt, die Vorstände der Abteilungs- bzw. Fakultätsgruppen im Gegensatz dazu auf den Mitgliederversammlungen der betreffenden Abteilung bzw. Fakultät. Dies änderte sich ab 1948 mit der Einführung der Delegiertenkonferenz. Die UPL wurde nun auf diesen Konferenzen von ausgesuchten Delegierten der Abteilungs- und Fakultätsgruppen, der Kreis- und Landesleitung sowie anderen Vertretern des Parteiapparates gewählt. Die Wahl der Vorstände der Abteilungs- und Fakultätsgruppen wurde weiterhin auf den Mitgliederversammlungen durchgeführt.<sup>27</sup>

1. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	15.10.1948
2. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	11.02.1949
3. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	12.07.1949
4. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	20.10.1949
5. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	04.06.1950
6. Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe	01./02.12.1951
7. außerordentliche Delegiertenkonferenz	18.12.1952
8. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation	10.05.1952
9. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation	12./13.12.1953

Tabelle 3.1: Delegiertenkonferenzen 1948-1954

Auf der Delegiertenkonferenz vom 15. Oktober 1948 wurde zum ersten Mal ein Betriebsgruppensekretär bestimmt.<sup>28</sup> Jedoch liegt für die ersten drei Delegiertenkonferenzen keinerlei Aktenmaterial vor. Aufgrund dessen sind sie nur hilfreich,

<sup>24</sup>Protokoll der Leitungssitzung v. 19.08.1954.UAR. UPL/050.

<sup>25</sup>Bericht des Sekretariats über die Periode 14.07.-18.08.1954.Ebenda.

<sup>26</sup>Vgl. Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteiorganisation der Universität von Jan.-Juni 1954.UAR. UPL/089. / Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteiorganisation von Juli bis Dez. 1954.UAR. UPL/090.

<sup>27</sup>Vgl. Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.115.

<sup>28</sup>Entwicklungsbericht der Betriebsgruppe.UAR. UPL/207.



um den anfänglichen Wahlrhythmus zu rekonstruieren.

In dem zu betrachtenden Zeitraum wurden neun Delegiertenkonferenzen<sup>29</sup> abgehalten, wobei die erste in den Akten überlieferte Konferenz, die vom 20. Oktober 1949 darstellt.

Die neuerlich eingeführten Delegiertenkonferenzen sind in diesem Zusammenhang hilfreich zur Rekonstruktion der Besetzung der UPL. Bei genauerer Betrachtung wird erkennbar, dass die ersten Delegiertenkonferenzen semesterweise veranstaltet wurden. Die Amtsperiode bis zur Neuwahl der UPL betrug also ein Semester.

Dieser Umstand änderte sich ab Mitte 1950 und die Legislaturperiode der gewählten UPL wurde auf zwei Semester festgelegt.<sup>30</sup> Die Vorstände in den Abteilungen und Fakultäten wurden weiterhin semesterweise neu durch die Mitgliederversammlung bestimmt.<sup>31</sup>

Im Zuge der II. Hochschulreform 1951 wurde veranlasst, die Leitung der Partei der Universität Rostock auf zwei Studienjahre beizubehalten. Die 1952 einberufene außerordentliche Delegiertenkonferenz ist auf den Umstand zurückzuführen, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine zu hohe Zahl von Abgängen aus der UPL zu verzeichnen war und eine Neuwahl notwendig erschien.<sup>32</sup>

Zum allgemeinen Verständnis wird im Folgenden der Ablauf einer Delegiertenkonferenz näher betrachtet: Vor jeder Delegiertenkonferenz wurden sog. Delegiertenkarten<sup>33</sup> als Einladungen versandt. Diese berechtigten zur Teilnahme an der Konferenz und dienten als „Eintrittskarte“. Die Anzahl der Delegierten auf den Konferenzen bewegte sich zwischen 70 und 180 Delegierten. Eingeladen wurden Delegierte und Gastdelegierte, jedoch nahmen zumeist nicht alle diese Einladung wahr. Die Delegierten waren Mitglieder der eigenen Betriebsgruppe, wobei Vertreter aus der Landes- bzw. Bezirksleitung, den Kreisleitungen, dem Zentralkomitee und prominente Persönlichkeiten aus dem Parteiapparat als Gastdelegierte aufgeführt wurden.

Des Weiteren bestand die Partei ab 1949 aus Mitgliedern und Kandidaten, die sich einem Aufnahmeverfahren<sup>34</sup> unterziehen mussten. In Folge dessen gab es Delegierte mit beratender und beschließender Stimme. Kandidaten hatten die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der Partei, über ein Stimmrecht

<sup>29</sup>Delegiertenkonferenzen der SED-Betriebsgruppe bzw. -Parteiorganisation. UAR. UPL/001-006.

<sup>30</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 15.04.1950.UAR. UPL/45.

<sup>31</sup>Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 03.05.1951.UAR. UPL/046.

<sup>32</sup>Protokoll der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 18.12.1952. UAR. UPL/004.

<sup>33</sup>Siehe Anhang: Delegiertenkarte S.120. Aus: Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe vom 01. und 02.12.1951. UPL/003.

<sup>34</sup>Siehe Punkt 3.1.5.

verfügten sie jedoch nicht.<sup>35</sup>

<b>Delegiertenkonferenz</b>	<b>Delegierte</b>	<b>Gastdelegierte</b>	<b>Gesamt</b>
20.10.1949	139	38	177
04.06.1949	111	45	156
01./02.12.1950	69	45	114
18.12.1952	62	30	92
10.05.1952	52	27	79
12./13.12.1953	109	36	145

Tabelle 3.2: Anzahl der Delegierten und Gastdelegierten auf den jeweiligen Delegiertenkonferenzen

Zu Beginn jeder Konferenz wurde ein Präsidium zur Leitung der Konferenz bestimmt, eine Mandatskommission zur Überprüfung der Mandate, eine Redaktionskommission zur Verfassung der Beschlüsse und eine Wahlkommission zur Auszählung und Kontrolle der Wahl der Parteileitung.<sup>36</sup>

Der 1. Parteisekretär eröffnete die Veranstaltung und erteilte den Genossen zur Unterbreitung der Vorschläge für das Präsidium das Wort. Dieses wurde offen gewählt. Das Präsidium bestimmte einen Genossen aus seinen Reihen, welcher für die Leitung der Versammlung zuständig war. Außerdem gab der Leiter die Tagesordnung bekannt und ließ über diese abstimmen. Danach tätigten die Mitglieder Vorschläge für die soeben benannten Kommissionen und es erfolgte ebenfalls eine offene Abstimmung über deren Einsetzung.<sup>37</sup>

Daraufhin wurde der Rechenschaftsbericht von der bisherigen Verwaltungseinheit (UPL) vorgetragen, was zumeist der amtierende Parteisekretär übernahm. In späteren Delegiertenkonferenzen wurden neben dem Rechenschaftsbericht weitere spezielle Berichte betreffend aktueller Ereignisse, wie bspw. der Einführung des 10-Monate-Studienjahrs oder der Überprüfung der Parteimitglieder, referiert.<sup>38</sup>

Im Anschluss an die abgehaltenen Berichte verlas der Versammlungsleiter den Entschließungsentwurf für die neuen Vorgehensweisen. Diese lag jedem Anwesenden schriftlich vor. Daraufhin wurden das Referat und der Entwurf zur Disposition gestellt. Die Änderungsvorschläge auf den Delegiertenkonferenzen nahm die Redaktionskommission vor. Im Folgenden wurde abgestimmt und die Entschlie-

<sup>35</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.111.

<sup>36</sup>Siehe dazu u.a.: Protokoll der Delegiertenkonferenz v. 20.10.1949, 04.06.1950.UAR. UPL/001/2.

<sup>37</sup>Vgl. Delegiertenkonferenzen von 1949-1954.

<sup>38</sup>Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13.12.1953.UAR. UPL/006.

vollzogen.<sup>39</sup>

Kurz darauf wurde über die Stärke der neu zu wählenden Parteileitung (3, 5, 7, 9, 11 oder 15), die Einbringung der einzelnen Vorschläge der Kandidaten für die neue Parteileitung bei eventueller Vorstellung derselben und Beantwortung an sie gestellter Fragen abgestimmt. Anschließend erfolgte der Antrag auf Abschluss der Kandidatenliste aus der Konferenz und es kam zu einer offenen Abstimmung zur Bestätigung der Kandidatenliste.<sup>40</sup>

Nun wurde die Parteileitung in einer geheimen Wahl bestimmt und das Ergebnis durch die Wahlkommission präsentiert. Leitungsmitglieder mussten in diesem Zusammenhang mindestens 50% aller Stimmen vorweisen, ansonsten erfolgte eine Stichwahl. Dasselbe Vorgehen kam bei Stimmengleichheit mehrerer Kandidaten zur Anwendung. Eine Erhöhung der Anzahl der Leitungsmitglieder aufgrund von Stimmengleichheit war nicht zugelassen.<sup>41</sup>

Die Delegiertenkonferenz wählte die Parteileitung, die ab 1951 wiederum den 1. Parteisekretär bestimmte. Die Leitungen der Abteilungs- und Fakultätsgruppen, später Grundorganisationen, wurden weiterhin auf den jeweiligen Mitgliederversammlungen gewählt.<sup>42</sup>

Zusammenfassend ist anzumerken, dass es sich bei Delegiertenkonferenzen um Foren für die Vorgabe der neuen Richtlinien der Parteipolitik, die Besprechung der begangenen Fehler der zuletzt amtierenden UPL sowie der Wahl der neuen Parteileitung handelte.

### 3.1.3 Parteiaktivtagungen

Unter Parteiaktivtagungen sind „kleinere Delegiertenkonferenzen“ der Partei an der Universität Rostock zu verstehen. Dabei traf sich ein Kreis von Parteimitgliedern zu einer Versammlung bzw. zur Vollversammlung, um über aktuelle Tagesfragen der Politik zu debattieren und neue Parteirichtlinien im Kreise der Parteimitglieder der Universität zu diskutieren. Sie wurden in regelmäßigen Zeitabständen einberufen. Somit stellt es ein Organ zur Lösung vorhandener Probleme durch Diskussion verschiedener Vorschläge dar. Bis 1953 dienten Parteiaktivtagungen ausschließlich zur Beratung und Informationsweitergabe.<sup>43</sup>

Dieser Umstand änderte sich auf Beschluss der Delegiertenkonferenz von 1953 hin. Demnach hatte das Parteiaktiv der Parteiorganisation der Universität

<sup>39</sup>Vgl. Anleitung und Hilfe für die Durchführung der Mitgliederversammlungen in den Grundorganisationen zur Vorbereitung des IV. Parteitages v. 21.10.1953.UAR. UPL/103.

<sup>40</sup>Ebenda.

<sup>41</sup>Ebenda.

<sup>42</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.115/6.

<sup>43</sup>Parteiaktivtagungen der SED-Parteiorganisation von 1948-1954.UAR. UPL/024.

Rostock das Recht, Beschlüsse zu fassen und sie durchzuführen.<sup>44</sup>

Das Parteiaktiv der Parteiorganisation bestand aus 50 Genossen. In dieser Zahl enthalten, waren die Mitglieder der UPL sowie die führenden Mitglieder der Vorstände der Fakultäten und Abteilungen.<sup>45</sup>

Des Weiteren wurde ein Parteilosenaktiv aus den Angehörigen des Lehrkörpers unter der Losung *„die Unklaren und Schwankenden“* von der Politik der Partei zu überzeugen gegründet.<sup>46</sup>

Die Einführung des Parteilosenaktivs für die Studenten folgte wenig später. Den Protokollen der Leitungssitzung ist zu entnehmen, dass es ein *„zwangloses Zusammennehmen“* und sich Unterhalten sein sollte, *„damit sie [Nichtmitglieder der SED (Studenten und Dozenten)] in unsere Bahnen gelenkt werden“*.<sup>47</sup>

Zudem wurden weitere Parteiaktive in den einzelnen Fakultäten geschaffen. Nach Walter Ulbricht war die Bildung von Parteiaktiven *„die gegenwärtig wichtigste [Aufgabe] in der gesamten innerparteilichen Arbeit.“* Diese Parteiaktive sollten zur Durchführung der Politik der Partei eingesetzt werden. Ziele der Einführung waren:

1. passiven Mitgliedern zur marxistisch-leninistischen Einstellung verhelfen
2. feindliche Elemente in Diskussionen entlarven
3. *„Kampf gegen alle Äußerungen bürgerlicher Ideologie“* führen
4. Informationsberichte über Methoden der feindlichen Elemente an die Parteileitung versenden
5. Auseinandersetzung mit feindlichen Elementen in allen Abteilungen durchsetzen
6. Beratungen über die wichtigsten Beschlüsse der Partei und Regierung führen<sup>48</sup>

Die Kreisleitung bat den Parteisekretär daraufhin, gewissenhafte Leitungsmitglieder abzustellen, um auf Kreisebene ein neues Parteiaktiv aufzubauen.<sup>49</sup>

Bonnen stellte daraufhin die Leitungsmitglieder Heinz Dombrowsky und Ernst Blümer sowie drei weitere SED-Mitglieder zur Unterstützung dieses Parteiaktives ab.<sup>50</sup>

Dadurch wurde nicht nur ein Parteiaktiv in der Stadt Rostock aufgestellt,

<sup>44</sup>Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13.12.1953.UAR. UPL/006.

<sup>45</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 05.05.1954.UAR. UPL/49.

<sup>46</sup>Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13.12.1953.UAR. UPL/006.

<sup>47</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 10.02.1954.UAR. UPL/49.

<sup>48</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 24.10.1953.UAR. UPL/48.

<sup>49</sup>Schreiben der Kreisleitung an die Leitung der Grundorganisation Universität Rostock v. 20.10.1953.UAR. UPL/123.

<sup>50</sup>Protokoll der Sekretariatssitzung v. 24.10.1953.UAR. UPL/047.

sondern es wurden auch die Kontakte zur Kreisleitung weiter ausgebaut, um im Gegenzug bei Problemen Hilfestellung von dieser zu erhalten.

### 3.1.4 Parteisekretäre

Nach dem Übergang von einem geschäftsführenden Vorstand bestehend aus ehrenamtlichen Vorsitzenden zu einer Art „Sekretariatsverfassung“ rückte die Position des 1. Parteisekretärs immer weiter in den Vordergrund des politischen Geschehens. In Bezug auf die UPL ist die Betrachtung dieser Stellung im Parteiapparat der Universität unumgänglich. Aus diesem Grund wird es im Folgenden zu einem kurzen Diskurs über die Personen und deren Aufgaben in dieser Position kommen.

Der 1. Parteisekretär stellte den Dreh- und Angelpunkt der politischen Verbindungen zu den übergeordneten Leitungen und der UPL dar. Er war somit zuständig für die Zusammenarbeit mit der Landesleitung<sup>51</sup> bzw. später der Bezirksleitung<sup>52</sup>, der Kreisleitung<sup>53</sup> und dem ZK<sup>54</sup>. Er hielt ständigen Kontakt mit diesen Institutionen und erhielt von diesen die weiteren Richtlinien der Politik, welche er an die UPL und die UPL wiederum an die Leitungen der Grundorganisationen weitergab. Anschließend verteilten diese die Richtlinien an alle Parteimitglieder innerhalb ihrer Organisation. Nach dem Prinzip der doppelten Unterstellung musste eine untere Einheit einer Grundorganisation auch direkt Anweisungen von der UPL entgegennehmen. Dies wird u.a. daran erkenntlich, dass ab 1950 alle Schriftstücke, die vom Büro des Sekretariats an Abteilungs- und Fakultätsgruppen bzw. übergeordnete Leitungen versandt wurden, die Unterschrift des verantwortlichen Sekretärs für den jeweiligen Aufgabenbereich und des 1. Parteisekretärs tragen mussten.<sup>55</sup>

Er eröffnete die Delegiertenkonferenzen<sup>56</sup> und die Sitzungen der UPL und hielt auf den Parteiaktivtagungen<sup>57</sup> zumeist mindestens einen Vortrag über die politische Lage an der Universität bzw. bestehende Tagesprobleme.

Der Parteisekretär stand aufgrund dessen an der Spitze der Leitung der UPL. Er war im Allgemeinen verantwortlich für:

---

<sup>51</sup>Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Landesleitung von 1946-1952. UAR. UPL/102.

<sup>52</sup>Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Bezirksleitung von 1952-1955. UAR. UPL/103.

<sup>53</sup>Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Kreisleitung Rostock-Stadt von 1950-1954. UAR. UPL/123.

<sup>54</sup>Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit dem Zentralkomitee von 1947-1955. UAR. UPL/093.

<sup>55</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 23.06.1950. UAR. UPL/45.

<sup>56</sup>Vgl. Protokolle der Delegiertenkonferenzen von 1949 bis 1953. UAR. UPL/001-006.

<sup>57</sup>Vgl. Parteiaktivtagungen der SED-Parteiorganisation von 1948-1954. UAR. UPL/024.



1. Information der Leitungsmitglieder über Parteibeschlüsse und andere wichtige Probleme
2. Vorbereitung der Leitungssitzungen
3. gründliche Auswertung und kollektive Beratung der Beschlüsse des ZK, der Informationen und Direktiven der Parteiführung, der Hinweise der Kreis-, Landes- bzw. Bezirksleitungen
4. kollektive Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Arbeitspläne
5. Koordinierung der massenpolitischen Arbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen und der staatlichen Leitung
6. Zusammenarbeit mit den Leitern und den Funktionären der Massenorganisationen (FDJ, DSF, GST, KB)<sup>58</sup>
7. für Sekretärberatungen (ab 1951), also regelmäßige Zusammenkünfte mit den Parteisekretären der Grundorganisationen oder ihren Beauftragten<sup>59</sup>
8. *„Kampf gegen die faschistische Untergrundbewegung und die Agenten des Ost-Büros“*
9. *„Aufbau einer starken, kampfkraftigen Parteiorganisation in der Universität“*<sup>60</sup>

Neben der Stellung des Parteisekretärs hatte jeder 1. Parteisekretär ab 1953 die Position des Parteiorganisators zu übernehmen. Somit war der Parteisekretär als Parteiorganisator offiziell Beauftragter des ZK.

Das gab ihm das Recht mit dem ZK zu verkehren, wobei er für seine Tätigkeit dem ZK jedoch in vollem Umfang rechenschaftspflichtig war. Demzufolge musste eine ständige Kommunikation zwischen diesen beiden Instanzen stattfinden. Die vorgesehene Form waren für das Quartal angelegte ständige Berichte des Parteiorganisators an das ZK.

Die Parteiorganisatoren konnten nur mit Genehmigung des Sekretariats des ZK von ihrer Funktion abgezogen oder beurlaubt werden. Dabei legte nun das ZK fest, wann sich ein Parteiorganisator des ZK in seiner Parteiorganisation zur Wahl stellen musste. Der Parteiorganisator blieb somit auch nach der Wahl Parteiorganisator des ZK, was die Wahl des Parteisekretärs innerhalb der Parteileitung in eine eindeutige Richtung drängte. Die Stadtbezirks-, Kreis- und Bezirksleitung waren verpflichtet, die Arbeit des Parteiorganisators anzuleiten und gegebenenfalls zu

<sup>58</sup>Kretzschmar, Otto u.a. Handmaterial für den Parteisekretär. Berlin. 1968. S. 11 ff.

<sup>59</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S. 114.

<sup>60</sup>Direktive des Sekretariats des ZK über den Einsatz von Parteiorganisatoren v. 02.12.1953. UAR. UPL/128.

kontrollieren.<sup>61</sup>

In dem zu betrachtenden Zeitraum wurde die Position des 1. Parteisekretärs von zwei hauptamtlich eingesetzten Parteimitgliedern (ausgenommen Hans Wemmer (Student) als 1. Betriebsgruppensekretär) besetzt - 1. Hans-Georg Uszkoreit<sup>62</sup> und 2. Wilhelm Bonnen<sup>63</sup> - was die Stellung des 1. Parteisekretärs zu einer konstanten Größe in der Parteileitung machte.<sup>64</sup>

Uszkoreit stellte in diesem Zusammenhang den ersten Betriebsgruppensekretär, der durch den Landesvorstand bestimmt wurde, dar. Er war sehr gründlich in seiner Arbeitsweise, doch eben diese Genauigkeit sollte sein Verhängnis sein, da er *„oft in politischer Kleinarbeit“* versank und zu tolerant gegenüber „bürgerlichen“ Personen war. Dies war nach Meinung der obersten Funktionäre des Parteiapparates keine Einstellung für einen Parteisekretär. Der 1. Parteisekretär musste sich aufgrund seiner „Vorbildfunktion“ strikt an die Parteilinie halten und durfte nicht im geringsten davon abweichen.<sup>65</sup>

Willi Bonnen wirkte Haiduk zufolge stets sehr ausgleichend. Das bedeutet, er hatte sich strikt an den Parteirichtlinien orientiert und war kein Sektierer. Demzufolge ging er nicht mit Beschimpfungen und Hetze gegen „bürgerliche“ Universitätsangehörige vor, sondern versuchte sie von seinen Ansichten zu überzeugen.<sup>66</sup>

Aufgrund dieser Tatsache kam es zu Mahnungen, dass *„Bonnen und die Genossen Sekretäre der Grundorganisationen mit viel größerer Härte gegen die Genossen vorzugehen [haben], die sich immer wieder weigern, Aufträge der Partei durchzuführen bzw. Beschlüsse ignorieren.“*<sup>67</sup>

<sup>61</sup>Direktive des Sekretariats des ZK über den Einsatz von Parteiorganisatoren v. 02.12.1953.UAR. UPL/128.

<sup>62</sup>Hans-Georg Uszkoreit wurde 1926 geboren. Er studierte Musikwissenschaft an der Universität Königsberg bis zu seiner Einziehung zur Wehrmacht. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft setzte er sein Studium an der Berliner Universität fort. Von 1948 bis 1951 gehörte er der Betriebsgruppe als 1. Betriebsgruppensekretär (1948-1951) und Vorsitzender (April 1950-Juli 1950) an. 1951 wechselte er in das Ministerium für Kultur der DDR, wo er bis 1963 erst Mitarbeiter und später als Abteilungsleiter fungierte. Anschließend war er bis 1968 Rektor der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ in Dresden. in: Handschuck, Martin (2003). S.394.

<sup>63</sup>Wilhelm Bonnen wurde 1925 geboren. Er trat 1947 der SED bei. 1949 übernahm er die Leitung der Abteilung Parteipropaganda der Kreisleitung Malchin. Nach Besuch mehrerer Parteischulen bestimmte das Sekretariat der Landesleitung ihn am 15. Juni 1950 als Nachfolger von Hans-Georg Uszkoreit und ernannte ihn zum 1. Parteisekretär der Universität Rostock. Diese Funktion übte er bis 1956 aus und wurde dann 1. Sekretär der UPL an der Universität zu Halle. Dort wurde er 1961 seines Amtes „wegen Entstellung der Parteilinie in der Arbeit mit der Intelligenz“ enthoben. Er verstarb 1988. in: Handschuck, Martin (2003). S.384.

<sup>64</sup>Vgl. Vorstände bzw. Parteileitungen von 1948 bis 1954. Siehe Punkt 2.3.3, 3.2.2.

<sup>65</sup>Protokoll der Vorstandssitzung der UPL v. 14.06.1950.UAR. UPL/45.

<sup>66</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.113/4.

<sup>67</sup>Bericht der Parteiorganisation v. 15.10.1952.UAR. UPL/128.

In den ersten Jahren wurden die 1. Parteisekretäre der Betriebsgruppe bzw. Parteiorganisation der Universität Rostock aus dem Parteiapparat gestellt. Später wurden Hochschullehrer gewählt, die dieser Arbeit in der Regel für eine Wahlperiode nachgingen und sich anschließend wieder auf ihre Forschungstätigkeit konzentrierten.<sup>68</sup>

### 3.1.5 Mitglieder

Anfangs schnellten die Mitgliederzahlen der SED-Betriebsgruppe mit raumgreifenden Schritten nach oben. Während der Anteil der SED im SS 1946 noch bei 10,3% lag, steigerte er sich bis zum SS 1950 auf rund ein Viertel der gesamten Studentenzahl. Diesen Umstand erklärt sich König in seinen Ausführungen durch *„eine wesentlich bevorzugte Immatrikulation derjenigen Studenten, die das SED-Parteibuch besaßen.“*<sup>69</sup> Die weitere Steigerung der SED-Mitglieder stand ab 1948 im Konflikt mit den neu eingeführten Aufnahmekriterien. Dabei mussten die Mitglieder, bevor sie ein Teil der Partei werden durften, eine Art Kandidatenstatus durchlaufen.<sup>70</sup>

Die Parteileitung erkannte bereits im Oktober 1948, dass sich viele SED-Mitglieder der Universität eher passiv verhielten: *„Um diese Passivität eines Teiles der Mitgliedschaft zu überwinden, kommt neben der intensiven Schulungs- und Erziehungsarbeit vor allem der personalpolitischen Arbeit erhöhte Bedeutung zu.“* Durch Beschluss der Zentralverwaltung war es von nun an Aufgabe, *„eine sorgfältige Registrierung aller Aktivisten mit dem Ziel ihrer Beobachtung, Förderung, Vewendung und Werbung durchzuführen.“* Mit anderen Worten: es sollte eine Art Kontrollwesen errichtet werden, um die SED-Betriebgruppe besser überschauen zu können und gegebenenfalls die aktivsten Parteimitglieder zu fördern, um wissenschaftlichen Nachwuchs zu erzielen.<sup>71</sup>

*„Für die Aufnahme in die Partei [bedurfte] es in Zukunft der Empfehlung von zwei Parteimitgliedern. Für jedes neue Mitglied, wie nunmehr auch für alle Mitglieder der Partei, [wurde] ein Personalfragebogen eingeführt, der es der personalpolitischen Abteilung ermöglichen [sollte], die Mitgliedschaft gründlich zu prüfen.“*<sup>72</sup>

Ab 1949 entwickelte sich daraus ein Kontrollsystem aus Personalreferenten (PR), Personalausschüssen der Fakultätsgruppen (PA), einer Personalpolitischen

<sup>68</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.116.

<sup>69</sup>König, René (2006). S.29/30.

<sup>70</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.111/2.

<sup>71</sup>Rundschreiben von der UPL an alle Fakultätsleitungen v. 03.10.1948.UAR. UPL/128.

<sup>72</sup>Ebenda.

Abteilung der Betriebsgruppe (PPA) und der Personalpolitischen Kommission der Betriebsgruppe (PPK).<sup>73</sup>

Die Personalreferenten wurden angewiesen, innerhalb ihrer Fakultätsgruppe einen Personalausschuss, bestehend aus drei und höchstens sechs „*klassenbewussten, politisch gefestigten Genossen*“, zu bilden. Diese Zusammensetzung musste durch den Vorstand der Fakultät und den PPA bestätigt werden. Der PR berief zweimal monatlich Sitzungen des PA ein, leitete sie und war für ihre weitere Tätigkeit zuständig. Um den Gesprächsverlauf und die Personalentscheidungen nachvollziehen zu können, fertigte ein als Schriftführer benanntes Mitglied des PA Protokolle von den Sitzungen<sup>74</sup> an. Diese wurden an den PPA weitergereicht. Des Weiteren hatte der PR eine Liste von parteilosen Studenten anzufertigen, welche „*für die Partei auf individuellem Wege geworben werden*“ sollten. Die Massenwerbung wurde abgeschafft.<sup>75</sup>

Für den Eintritt in die Partei waren folgende Kriterien zu erfüllen:

1. Anmeldeantrag
2. Zwei Empfehlungen von Parteimitgliedern, die mindestens zwei Jahre Mitglied waren
3. Personalfragebogen<sup>76</sup>
4. Lebenslauf
5. Bestätigungserklärung des Austritts, falls die Person zuvor Mitglied einer anderen Partei war

Die ausgefüllten Materialien wurden dem jeweiligen Fakultätsgruppenvorstand vorgelegt, der auf einer Mitgliederversammlung über die Aufnahme des Kandidaten abstimmte. Das Ergebnis der Abstimmung wurde auf der Rückseite des Anmeldebogens notiert und dem PPA übergeben. Mit der Abstimmung war der Antragssteller offiziell Kandidat und hatte die gleichen Rechte und Pflichten mit Ausnahme des aktiven Stimmrechts.<sup>77</sup>

Der Kandidatenstatus blieb für zwei Jahre bestehen, bei Arbeitern für ein Jahr. Danach konnten sie offiziell Mitglied der Partei werden. In dieser Zeit erhielten die Kandidaten spezielle Aufträge, welche nach einer gewissen Zeit „abgerechnet“ werden mussten.<sup>78</sup>

Die PPK setzte sich aus Mitgliedern der UPL zusammen. Diese überwachte

<sup>73</sup>Arbeitsanweisung v. 27.11.1949.UAR. UPL/128.

<sup>74</sup>Vgl. Richtlinien für Protokolle. Siehe Punkt 3.1.1.

<sup>75</sup>Arbeitsanweisung v. 27.11.1949.UAR. UPL/128.

<sup>76</sup>Siehe Anhang: Anonymisierter Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED. S.121ff. Aus: Personalangelegenheiten, Parteiverfahren 1949-1965.UAR. UPL/536.

<sup>77</sup>Ebenda.

<sup>78</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.111.

und kontrollierte die Arbeit der unteren Instanzen. In der PPK enthalten waren der Parteisekretär, der Personalreferent und der Kaderreferent. Die geeignetsten Kandidaten, die nach der Einführungszeit zu Mitgliedern wurden, konnten später zu Leitungsmitgliedern der Fakultätsgruppen (später Grundorganisationen) bzw. UPL aufsteigen.

Neben diesen Aufnahmekriterien wurden personenbezogene Daten der Angehörigen der Universität auf Karteikarten<sup>79</sup> festgehalten. Auf diesen waren folgende Details zu vermerken: Name, Geburtsdatum, Familie, Mitglied der Partei seit, Zugehörigkeit vor und nach 1945 und 1933, Schulbildung, Mitglied der Massenorganisation, Auszeichnung nach 1945 und Charakteristik.<sup>80</sup>

Des Weiteren wurden alljährlich „Parteisäuberungen“ getarnt als Überprüfungen durch den Umtausch der Parteidokumente vorgenommen. Dies diente bspw. der Herausfilterung von „Agenten“, die nur zur „Tarnung“ vorgaben Mitglied der Partei zu sein. In Folge dessen ergaben sich einige Parteiausschlüsse.<sup>81</sup>

Auf diese Sachverhalte wird im Folgenden jedoch nicht näher eingegangen, da sich diese Untersuchung ausschließlich auf die Universitätsparteileitung bezieht.

Bis Ende 1949 hatte die Betriebsgruppe ungefähr 700 Mitglieder. In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zahl der Mitglieder nicht weiter. Dies lag zum einen an den Studenten, die die Universität verließen (z.B. Abschluss, Exmatrikulation etc.) und zum anderen an dem neuen Aufnahmeverfahren der Partei. Zum Ende des hier beschriebenen Zeitraums belief sich die Mitgliederzahl auf 730. Davon waren 528 Mitglieder und 202 Kandidaten.<sup>82</sup>

Damit die verbleibenden Mitglieder und Kandidaten einer guten Parteischulung unterlagen, wurden mit der Entschließung des Parteivorstandes der SED vom 03. Juni 1950 die Schulungsabende abgeschafft und das Parteilehrjahr eingeführt. Die Parteimitglieder wurden in Zirkeln eingeteilt, ein spezieller Schulungsplan wurde beschlossen. Ziel war es, den Mitgliedern tiefgründiges ideologisches Wissen zu vermitteln. Daraufhin wurden sie von der Partei in Anfänger- und Fortgeschrittenenkurse eingeteilt und in regelmäßigen Veranstaltungen zu ausgewählten Themengebieten des Marxismus-Leninismus geschult.<sup>83</sup>

Die UPL war für die Umsetzung des Parteilehrjahres zuständig, indem sie Leitungsmitglieder bestimmte, die die Schulungen übernahmen und Schulungspläne

<sup>79</sup>Siehe Anhang: Karteikarten 1 und 2. S.130. Aus: Personalangelegenheiten, Parteiverfahren von 1949-1965.UAR. UPL/536.

<sup>80</sup>Personalangelegenheiten, Parteiverfahren von 1949-1965.UAR. UPL/536.

<sup>81</sup>Siehe dazu: Bestätigung einiger Parteiausschlüsse mit Begründung v. 31.05.1949. S.128/9. Aus: Überprüfung der Mitglieder und Umtausch der SED-Mitgliederbücher von 1949-1970.UAR. UPL/156.

<sup>82</sup>Schreiben an die Kreisleitung I der SED v. 04.01.1954.UAR. UPL/204.

<sup>83</sup>Schulungsplan v. 30.06.1950.UAR. UPL/181.



aufstellten.<sup>84</sup>

Das Parteilehrjahr war nicht nur eine Schulung der Parteimitglieder. „*In das Parteilehrjahr wurden alle Angehörigen der Bildungseinrichtungen einbezogen, angefangen mit den Professoren bis zur letzten Sekretärin.*“ Alle Angehörigen der Universität konnten in Zirkeln neue Erkenntnisse über die Theorien des Marxismus und Leninismus sammeln. Somit war das Parteilehrjahr auch eine Art „*Stimmungs- und Gesinnungsüberwachung*“. Hauptziel des Parteilehrjahres war es, „*zu indoktrinieren, zu disziplinieren und zu observieren.*“ Dabei durfte das Parteilehrjahr in seinen Ausführungen nicht mit dem durch die II. Hochschulreform neu eingeführten „marxistischen Grundstudium“ kollidieren.<sup>85</sup> Der Aufbau, die Durchführung und die Beteiligung am Parteilehrjahr werden in dieser Ausarbeitung nicht näher betrachtet.

## 3.2 II. Hochschulreform und weitere Entwicklungen

Die II. Hochschulreform brachte einschneidende Veränderungen in Bezug auf das Studium an der Universität mit sich. Sie verlangte weiterhin eine Veränderung in den Parteirichtlinien der Betriebsgruppe, damit die Bestimmungen der Reform durchgesetzt werden konnten.

### 3.2.1 Einschneidende Veränderungen im Zuge der II. Hochschulreform 1951

Einer der wesentlichen Aspekte der Reform war die Herstellung einer „Exekutiven in Hochschulfragen“ mit der Schaffung des Staatssekretariats für Hochschulwesen unter Leitung des Leipziger Physikers und Professors Dr. Gerhard Harig.<sup>86</sup>

Dies wurde auf der IV. Sitzung des ZK der SED im Februar 1951 durch den Beschluss „*über die nächsten Aufgaben an den Universitäten und Hochschulen*“ beschlossen. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen mit eigenem Geschäftsbereich stellte vorerst das Ende des Zentralisierungsprozesses der Hochschulpolitik dar.<sup>87</sup>

Die Zentralisierung betraf auch die Parteiorganisation der Universität, da sie nicht mehr von Kreis- oder Landesleitungen, sondern direkt dem ZK unterstellt worden war. Des Weiteren war sie nicht für Verwaltungsarbeiten zuständig, so dass sie „*keinen Staat im Staate*“ darstellen sollte. In wie weit sie dieser Forderung

<sup>84</sup>Beschluss des Sekretariats der Betriebsgruppe Oktober 1950.UAR. UPL/045.

<sup>85</sup>Mehlig, Johannes.Das „Parteilehrjahr“ an den Universitäten der DDR. in: Grigat, Felix (Hrsg.).Zeitzeugen Berichten.Wie die DDR die Universitäten unterdrückte.Bonn.1999. S.133ff.

<sup>86</sup>Richert, Ernst (1967). S.86.

<sup>87</sup>Wohlgemuth, Franz.Tradition und Wirklichkeit der Studienreform. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock.Festschrift für Professor Dr. jur. Dr. phil. h.c. Erich Schlesinger zu seinem 75.Geburtstag.Jahrgang 5.Sonderheft.1955/1956. S.113.

jedoch nachkamen, ist eine andere Frage!<sup>88</sup>

Der durch die VAO 1949 eingeführte Studentendekan, welcher von der Landesregierung zur „Entlastung“ des Rektors eingesetzt wurde, und die Berufung dreier Nichtordinarien in den Senat waren nur der Anfang eines zentralen Eingriffs in das System der einzelnen Universitäten und Hochschulen.<sup>89</sup>

Bereits auf der Delegiertenkonferenz am 04. Juni 1950 wurde angemahnt, dass im Senat der Universität Rostock zu dieser Zeit lediglich drei Genossen von zwölf Senatsmitgliedern vorhanden waren. Dem musste schnell Abhilfe geschaffen werden.<sup>90</sup>

Dies war u.a. ein Grund für die Entscheidung zur Einführung von vier Prorektoren, die dem Rektor weitere „Entlastung“ verschaffen sollten. Richert bezeichnet diese in seinen Ausführungen als „*Fremdkörper in der Hochschule*“, da sie nicht, wie der Rektor, vom Senat gewählt, sondern „*praktisch vom Staatssekretariat oktroyiert*“ wurden. In der Regel waren somit drei von vier Prorektoren SED-Mitglieder, was in Verbindung mit dem Beschluss über die Führung der Parteileitung gegenüber den Parteimitgliedern des Senats der UPL ganz neue Möglichkeiten der Entscheidungsbeeinflussung ermöglichte.<sup>91</sup>

Folgende Prorektoren wurden bestimmt:

- Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium sowie Vorlesungen in russischer und deutscher Sprache und Literatur
- Prorektor für die Studentenangelegenheiten, die Studienordnung und die Berufspraktika (ehemals Studentendekan)
- Prorektor für Forschungsangelegenheiten und Fragen des Abend- bzw. Fernstudiums
- Prorektor für die wissenschaftliche Aspirantur

Nach § 2 der dritten Durchführungsbestimmung der Hochschulreform wurde der Rektor bei Abwesenheit vom Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium vertreten.<sup>92</sup>

Für die Studenten bedeutete die Reform<sup>93</sup> weitere einschneidende Veränderungen in einem Ausmaß, welches ihnen bisher noch nicht bekannt war. Die Haupt-

<sup>88</sup>Protokoll der Parteiaktivtagung v. 28.01.1951.UAR. UPL/024.

<sup>89</sup>Richert, Ernst (1967). S.80.

<sup>90</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz v. 04.06.1950.UAR. UPL/002.

<sup>91</sup>Richert, Ernst (1967). S.92.

<sup>92</sup>Vgl. dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens: Einsetzung v. Prorektoren f. besondere Aufgabengebiete v. 21.05.1951.UAR.RIII. R/28.

<sup>93</sup>Auf den genauen Wortlaut der Durchführungsbestimmungen des Hochschulsekretariats im Zuge der II. Hochschulreform wird in diesem Zusammenhang nicht eingegangen, jedoch sind diese Durchführungsbestimmungen zum Teil im UAR erhalten. Vgl. Die II.Hochschulreform.UAR.RIII. R/28.

veränderungen lagen in der Einführung des/der:

1. obligatorischen 10-Monate Studienjahres<sup>94</sup>
2. obligatorischen staatlichen Seminargruppe (Mit Studienbeginn erfolgte eine Einordnung der Studenten in eine Seminargruppe unter Leitung eines Seminargruppensekretärs für die gesamte Studienzeit.)
3. Zwischenprüfungen
4. festen Studienplans mit zumeist mehr als 30 Wochenstunden<sup>95</sup>
5. Anwesenheitskontrolle bei Pflichtveranstaltungen durch den Seminargruppensekretär
6. Systems obligatorischer Berufspraktika
7. obligatorischen dreijährigen marxistisch-leninistischen Grundstudiums (Grundlagen Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie sowie Dialektischer und Historischer Materialismus)
8. Pflichtveranstaltungen mit Russisch, Deutsch und Hochschulsport<sup>96</sup>

Auf die weiteren Besonderheiten der einzelnen Durchführungsbestimmungen wird anschließend eingegangen.<sup>97</sup>

### 3.2.2 Erneuerung der Parteirichtlinien und Zusammensetzung der UPL von 1951 bis 1954

Zur Bewältigung der durch die II. Hochschulreform getätigten Veränderungen wurden Neuwahlen an den Universitäten nach neuartigen Parteirichtlinien durchgeführt.<sup>98</sup>

Die Parteimitglieder an der Universität bildeten von nun an die Parteiorganisation Universität Rostock. Daraufhin sollten kleinere Parteileitungen in allen Bereichen der Universität entstehen, die einem Leitungskollektiv (UPL) unterstanden. Bereits auf der Delegiertenkonferenz von 1950 wurde festgestellt, dass die ständige Arbeit des Sekretariats, den Vorstand bzw. Leitung (UPL) zu stark außen

<sup>94</sup>Vgl. Schemata zur Struktur der Studienzeit während eines 4,5 jährigen Studiums an den Universitäten. in: Schulz, Hans-Jürgen. Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick. Berlin. 1980. S.112.

<sup>95</sup>Vgl. Studentenafel der Fachrichtung Verfahrenstechnik. in: Ders. S.108-111.

<sup>96</sup>Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter. Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961. Köln. 1994. S.50.

<sup>97</sup>Siehe Punkt 3.2.3.

<sup>98</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951. UAR. UPL/003.

vor ließ.<sup>99</sup>

Daraufhin wurde das Sekretariat 1951 abgeschafft und es sollte nur noch eine Parteileitung aus 15 Leitungsmitgliedern einschließlich des Parteisekretärs bestehen. Unter den Mitgliedern der Parteileitung der Universität (UPL) mussten sich nach den vorgegebenen Richtlinien für die Wahl der Parteileitungen in den Universitäten und Hochschulen folgende Universitätsangehörige befinden:<sup>100</sup>

1. Rektor der Universität, sofern er Genosse ist (sonst ein Genosse Prorektor)
2. Prorektor für Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium
3. Vorsitzender der FDJ-Hochschulgruppe
4. Mitglied der BGL

Tabelle 3.3: Geforderter Mitgliederbestand der UPL vom ZK ab 1951

Zudem wurde eine neue Parteistruktur für die Parteiorganisation (PO) eingeführt. Demnach untergliederte sich die Universität nun in Fakultäten bzw. Abteilungen, Fachrichtungen, Studienjahre bzw. Klassen und Institute. Weiterhin wurden die Studienjahre nach Seminargruppen und nach Abteilungen des Instituts gebildet, wobei Seminargruppen den Klassengruppen für die einzelnen Klassen der ABF entsprachen. Allen Organisationseinheiten wurden eine Parteigruppe, eine Grundorganisation (GO) oder eine der GO übergeordneten PO, welche in diesem Fall die UPL war, zugeordnet. Dementsprechend war eine Organisationseinheit für eine Fakultät bzw. Abteilung eine GO, wobei die Fakultäten auch aus mehreren GO bestehen konnten.<sup>101</sup>

Die zuvor bestehende Angestelltengruppe (außer Kliniken) gliederte sich in die Grundorganisation Verwaltung ein.

Bestand eine Fakultät bzw. Abteilung aus nur einer Fachrichtung, untergliederte sie sich unmittelbar in Parteigruppen der Studienjahre bzw. Klassen und Institute. Dies traf bspw. auf die ABF zu. Falls eine Fakultät aus mehreren Fachrichtungen (z.B. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät in Mathematik, Biologie, Chemie etc.) bestand, wurde sie zunächst in Fachrichtungen aufgeteilt. Diese Fachrichtungen hatten die gleichen Rechte wie die Grundorganisation. Anschließend wurde nach dem gleichen Muster, wie oben dargestellt, verfahren.<sup>102</sup>

Ab 1953 bildete die ABF zwei Grundorganisationen (Studenten, Dozenten). Dies war möglich, wenn die Fakultät bzw. Abteilung aus lediglich einer Fachrichtung mit mehr als 200 Parteimitgliedern bestand, so dass weitere Grundorganisatio-

<sup>99</sup>Plan und Richtlinien für die Wahl der Parteileitungen in den Universitäten und Hochschulen.UAR. UPL/003.

<sup>100</sup>Richtlinien für die Auswahl und Aufstellung der Kandidaten für neue Parteileitungen.Ebenda.

<sup>101</sup>Richtlinien für den Aufbau und Untergliederung der PO.Ebenda.

<sup>102</sup>Ebenda.

nen innerhalb der Fakultät gebildet werden konnten.<sup>103</sup>

Des Weiteren gründete sich auf Beschluss der UPL im Institut für Gesellschaftswissenschaften 1953 auch eine Grundorganisation<sup>104</sup>, die mit Martin Polzin (Oberassistent), Ernst Waterstraat (Dozent) und Ulrike Seemann (Dozentin) besetzt worden war.<sup>105</sup>

Insgesamt bildeten sich im Zuge der Hochschulreform 1951 14 Grundorganisationen an der Universität Rostock heraus, welche ab 1953 auf 16 erweitert wurden.

Verwaltung
Pädagogische Fakultät, später Pädagogisches Institut
Medizinische Fakultät
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Philosophische Fakultät
Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (Studenten) (ABF)
Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (Dozenten) (ABF)
Schiffbautechnische Fakultät
Landwirtschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Gesellschaftswissenschaftliches Institut
Block I
Block II
Block III
Block IV
Block V

Tabelle 3.4: Grundorganisationen ab 1951 mit Erweiterung 1953

Bezüglich der Besetzung Polzins im Gesellschaftswissenschaftlichen Institut ist die Feststellung von Wockenfuß nicht unerheblich. Er fand heraus, dass Martin Polzin 1954 unter dem Decknamen „Wolf“ zu einem „Inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) benannt worden war und es Auseinandersetzungen mit SED-Professoren, wie bspw. die Intrige gegen Prof. Heinz Herz, sowie anderen Universitätsangehörigen gegeben hat. Somit eröffnete sich eine weitere Möglichkeit, Informationen über die Universitätsangehörigen und speziell über die eigenen Parteimitglieder zu erhalten. Dabei handelt es sich um

<sup>103</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 21.10.1953.UAR. UPL/048./Richtlinien für den Aufbau und Untergliederung der PO.UAR. UPL/003.

<sup>104</sup>Protokoll der Leitungssitzung v. 08.10.1953.UAR. UPL/048.

<sup>105</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13.12.1953.UAR. UPL/006.



eine „Kontrolle einer Kontrollinstanz.“ Diese Auseinandersetzungen sind jedoch nicht Gegenstand der weiteren Ausführungen, da weitere Nachforschungen über die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ an der Universität Rostock erforderlich sind.<sup>106</sup>

Durch die Umwandlung der Pädagogischen Fakultät in ein Pädagogisches Institut gliederte sich die vorher bestehende GO dieser Fakultät in die GO der Philosophischen Fakultät mit ein.<sup>107</sup>

Die einzelnen Grundorganisationen wurden nach dem gleichen Muster wie die Parteileitung zusammengesetzt. Jedoch sollten diese Leitungen in der Regel aus sieben bis elf Genossen bestehen, je nach Größe der betreffenden Grundeinheit. Die geforderte Anzahl an Parteimitgliedern in einer Leitung konnte dennoch geringer ausfallen. Die Leitung des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts bspw. bestand aus drei Parteimitgliedern, einschließlich dem Parteisekretär. Zudem lagen bestimmte Kriterien für den Eintritt in eine Parteileitung vor, welche die Mitglieder ausnahmslos zu erfüllen hatten.

Diese waren zum einen personeller und zum anderen positionsbezogener Natur. Vom ZK wurde gefordert, dass ausschließlich aktive und politisch klare Parteimitglieder für die Leitungen auszuwählen waren. Die politische Klarheit der Mitglieder wurde u.a. mit Hilfe der Informationen aus dem Karteikartensystem ermittelt. Für die Studenten war es vor allem wichtig, ein gutes Ergebnis in den Zwischenprüfungen des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums als eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme in eine Parteileitung zu leisten.<sup>108</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt bestand das Gros der Parteileitung bzw. der Vorstände der Fakultätsgruppen aus Studenten. Dieser Zustand sollte sich mit der Neueinteilung des Parteiapparates ändern, denn Ziel war es, dass sich mindestens ein Drittel der Parteileitungen aus Professoren, Dozenten sowie Aspiranten zusammensetzten.<sup>109</sup>

Unter den Mitgliedern der Parteileitung der Fachrichtung mussten sein: 1. der Fachrichtungsleiter, sofern er Genosse war, sonst ein anderer Genosse, der ein führendes Mitglied des Lehrkörpers der Fachrichtung war und 2. ein Verantwortlicher der FDJ aus der Fachrichtung.

Unter den Mitgliedern der Parteileitung der Grundorganisationen wurde gefordert: 1. der Dekan bzw. Direktor, sofern er Genosse war, sonst ein anderer Genosse, der ein führendes Mitglied des Lehrkörpers war, 2. der Vorsitzende der FDJ-Gruppe, sofern er Genosse war, sonst ein anderer Genosse, der eine führende

<sup>106</sup>Wockenfuß, Karl. Die Universität im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale. Rostock. 2003. S. 72, 83ff.

<sup>107</sup>Vgl. Auflistung bei Wahl der Leitungen der Grundorganisationen in: Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13. 12. 1953. UPL/006.

<sup>108</sup>Richtlinien für die Auswahl und Aufstellung der Kandidaten der neuen Parteileitungen, UAR. UPL/003.

<sup>109</sup>Ebenda.

Position der Gruppenleitung der FDJ einnahm. Innerhalb der Parteileitungen der Grundorganisationen wurde ein 1. Parteisekretär der Grundorganisation unter den Leitungsmitgliedern bestimmt, der ständigen Kontakt mit dem 1. Parteisekretär der UPL, Wilhelm Bonnen, der Parteiorganisation Universität Rostock hielt.<sup>110</sup>

Die kleinste Struktureinheit in diesem System war die Parteigruppe. Wer nun denkt, dass sich die Parteigruppe ausschließlich auf die neu eingeführten Seminargruppen bezog, verkennt das Ausmaß, welches hinter ihrer Einführung stand.

In jeder Einrichtung wurden Parteigruppen aufgebaut. Da zur Universität weitere Institutionen wie die Bibliothek, Mensa, Druckerei usw. gehörten, wurden selbst in diesen Bereichen der Universität Parteigruppen gegründet. Hauptsächlich beinhaltete eine Parteigruppe eine Mindestanzahl von drei Parteimitgliedern. Dadurch konnte die Parteileitung auf einen ausgeklügelten Informationsapparat zurückgreifen, der selbst aus den „entlegensten Ecken“ der Universität stets die aktuellsten Nachrichten zusammentrug.<sup>111</sup>

Anschließend wird auf das Wahlsystem eingegangen. Die Wahl der Parteileitungen der Grundorganisationen erfolgte auf zwei Mitgliederversammlungen. Die noch bestehende UPL berief eine Delegiertenkonferenz ein, an der u.a. die auf den zuvor durchgeführten Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen gewählten Delegierten teilnahmen. Die Grundorganisationen wählten dabei dieselben Delegierten für die Delegiertenkonferenz der Universität als auch für die Delegiertenkonferenz der Fakultät. Falls die Grundorganisation nur aus einer Fachrichtung bestand, so wurde ihre Leitung durch die Mitgliederversammlung gewählt.<sup>112</sup>

Die Wahl der Parteileitung der Universität erfolgte auf der Delegiertenkonferenz der Universität. Die Grundorganisationen wählten dann auf einer erneut für ihre jeweilige Fakultät einberufenen Delegiertenkonferenz ihre Parteileitung unter Aufsicht einiger Leitungsmitglieder der Parteileitung. Die Zahl der Delegierten sollte nicht weniger als 100, aber auch nicht mehr als 300 Delegierte betragen. Des Weiteren sollten davon 20% aus dem Lehrkörper und 25% Genossinnen sein.<sup>113</sup>

Der Mitgliederbestand der Parteileitungen der Grundorganisation wird in den weiteren Betrachtungen außen vor gelassen.

Bei der Aufstellung der Listen für die einzelnen Parteileitungen wurden folgende Punkte zur Begutachtung aufgeführt: Name, Vorname, Geburtsdatum, soziale Herkunft, Beruf, Militärzeit/Dienstgrad, Gefangenschaft, an Lagerkursen teilge-

<sup>110</sup>Richtlinien für die Auswahl und Aufstellung der Kandidaten der neuen Parteileitungen.UAR. UPL/003.

<sup>111</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.114/5.

<sup>112</sup>Politische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Parteileitungen.UAR. UPL/003.

<sup>113</sup>Ebenda.

nommen, Parteieintritt, Massenorganisationen, Parteischulen/Parteilehrjahr/Kreis- und Landesparteischule.

Jedes der anwesenden Mitglieder der UPL musste in mindestens zwei Massenorganisationen an der Universität vertreten sein. Einige organisierten sich sogar in beinahe allen. Zudem wird erkennbar, dass der Besuch der Parteischule für ein Leitungsmitglied ein entscheidendes Aufnahmekriterium für die Aufstellung zur Wahl war.

Die UPL setzte sich somit aus Teilen der gesamten Universitätsverwaltung zusammen - angefangen bei der Mitgliedschaft der Prorektoren bis hin zu einzelnen auserwählten Studenten.

Die neue UPL präsentierte sich in folgender Besetzung<sup>114</sup>:

Wilhelm Bonnen	1. Sekretär
Ernst Blümer	Organisationsleiter
Dr. Erhard Albrecht	Dozent
Hilde Christel	BGL-Vorsitzende
Günther Bossow	Student
Heinz Doll	Student
Betty Dombrowsky	Studentin
Anita Fudzinsky	Studentin
Dr. Herbert Luck	Prorektor für gewi. Grundstudium
Kurt Hückel	Dozent ABF
Edith Pannwitz	Studentin
Prof. Günther Rienäcker	Prorektor für Forschungsangelegenheiten
Anneliese Runge	Dozentin ABF
Heinz Scheithauer	Assistent gewi. Institut
Birkner, Fred	1. Sekretär FDJ-Hochschulgruppe
ab 13.1.1952 Thum	1. Sekretär FDJ-Hochschulgruppe

Tabelle 3.5: Universitätsparteileitung ab Dezember 1951

Im Laufe der Jahre nahm die Zahl der Dozenten in der UPL zu. Die Neueinführung der Posten der Prorektoren ließ die Einflussmöglichkeiten auf den Senat weiter ansteigen. Die Ursache dafür war, wie bereits erwähnt, dass drei der vier Prorektoren häufig SED-Mitglieder waren und die UPL zudem durch den Beschluss des ZK über das Bestimmungsrecht der Parteigruppe Senat verfügte. Die UPL avancierte immer mehr von einer Nebenregierung zu einer im Hintergrund stehenden Hauptregierung der Universität. Sie überschritt des Öfteren ihre Kompetenzen und übernahm Aufgaben der Verwaltung, für die sie ursprünglich nicht zuständig war.

<sup>114</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951.UAR. UPL/003.

Heutzutage ist der Senat für alle Angelegenheiten in Forschung, Kunst, Lehre und Studium verantwortlich, welche die Universität in ihrer Gesamtheit betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind. Dazu zählen u.a. der Erlass von Ordnungen, die nicht nur für einzelne Fachbereiche gelten, und die Beschlussfassung über Berufungsvorschläge der Fachbereiche. Zu dieser Zeit war es dem Senat gestattet, Berufungsvorschläge zu unterbreiten, doch für die Besetzung der Stellen brauchten sie die Zustimmung der UPL.

Die Legislaturperiode der UPL belief sich bekannterweise auf zwei Studienjahre. Dennoch wurden für den 18. Dezember 1952 aufgrund einer großen Anzahl von Austritten einiger Leitungsmitglieder aus der UPL Nachwahlen anberaumt.

Demzufolge fand die Nachnominierung in einer Ergänzungswahl statt.<sup>115</sup>

Dr. Erhard Albrecht	Als Prorektor nach Greifswald berufen
Günther Bossow	Diplom
Heinz Doll	Examen
Betty Dombrowsky	Universität verlassen
Edith Pannwitz	Ausschluss von der ABF aufgrund ihrer Haltung
Prof. Dr. Rienäcker	Überlastung des Chemischen Instituts

Tabelle 3.6: Abgelöste Leitungsmitglieder 1952

Vorgeschlagen als Ersatz für die entfallenen Leitungsmitglieder und dahingehend gewählt wurden:

Erich Biester	
Gerhard Burzan	
Hans Ohls	
Margarete Katzmann	
Wolfgang Henk	1. Sekretär FDJ-Hochschulgruppe
Paul Krebs	Universitätsverwaltung, Abt. Personal
Günther Kleiber	

Tabelle 3.7: Nachwahl einiger Leitungsmitglieder für die UPL 18.12.1952

Der große neue Verwaltungsaufwand stellte die UPL vor enorme Schwierigkeiten, da sie nun alleine für die Erstellung und Durchführung der Beschlüsse zuständig war.

Nach zwei Jahren wurde auf Beschluss des ZK vom 28. April 1953 über *„die Maßnahmen zur Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei“* innerhalb der UPL erneut ein Sekretariat gebildet. *„Infolge der unterschiedlichen Aufgabenstellung zu Industriebetrieben [erhielten] die Sekretariate der unterschiedlichen*

<sup>115</sup>Protokoll der Delegiertenkonferenz v. 18.12.1952.UAR. UPL/004.

*Parteileitungen an den Hochschulen, Universitäten und Institutionen eine neue Zusammensetzung und Verantwortlichkeit“:*

1. Sekretär	Verantwortlich für die gesamte politische Arbeit sowie für Lehre und Forschung, Arbeit mit dem Lehrkörper
2. Sekretär	Verantwortlich für Kader und Organisationsfragen
Sekretär	Verantwortlich für Propaganda, Agitation und Kultur

Tabelle 3.8: Aufgabenbereiche der Sekretäre des neu gebildeten Sekretariats

Das Sekretariat war der UPL in vollem Umfang rechenschaftspflichtig, wobei letztgenannte noch immer die Hauptverantwortung für die Arbeit der Parteiorganisation trug. Die Aufgabe des Sekretariats war die *„operative Anleitung und Kontrolle der Grundorganisationen.“*<sup>116</sup> Die Umsetzung dieser Tätigkeit erfolgte in Sekretariats-sitzungen, zu welchen auch die Sekretäre der einzelnen GO geladen wurden.<sup>117</sup>

Die Einführung des Sekretariats ließ eine schnelle und unbürokratische Durchführung der Aufgaben, welche durch die Parteileitung fesselegt wurden, zu. Des Weiteren war es für die Vorbereitung der Sitzungen der UPL verantwortlich. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Kandidaten sowie die Erteilung von Parteistrafen konnte nur durch die Leitung bestätigt werden. Aufgrund dessen war das Sekretariat verpflichtet, regelmäßig Berichte über die Arbeit in der Leitungssitzung zu präsentieren.<sup>118</sup>

Beschlüsse sollten in der Regel nicht vom Sekretariat durchgeführt werden. Falls dies dennoch in bestimmten Situationen vorkam, war der gefasste Beschluss nur dann gültig, wenn die Parteileitung der UPL ihn im Nachhinein bestätigte.<sup>119</sup>

Hinzu kam, dass die Parteileitung den GO nicht mehr alle Entscheidungen abnehmen sollte, insbesondere die der Verwaltung nicht. Durch das Parteiaktiv wurde beschlossen, dass in den Leitungssitzungen jeder Genosse der Leitung eine Stellungnahme zu einem Beschluss abzugeben hatte, *„denn die Hebung der innerparteilichen Demokratie ist auch fest mit dem Prinzip der kollektiven Entscheidung verbunden. [...] Kollektives Leiten bedeutet, zu allen Fragen die zur Entscheidung stehen, die Meinungen zusammentragen, dann gemeinsam beschließen und auch gemeinsam diesen Beschluss durchführen.“* Um dieses Vorhaben umzusetzen, mussten von nun an nicht nur die Sekretäre zu persönlichen Absprachen herangezogen werden, sondern die komplette Leitung der jeweiligen GO. Nicht selten kam es in

<sup>116</sup>Aufgabe und Arbeitsweise der Sekretariate. in: Richtlinien des ZK für die Organisation zur Vorbereitung und Durchführung von öffentlichen Versammlungen v. 16.09.1953.UAR. UPL/128.

<sup>117</sup>Vgl. Protokolle der Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteiorganisation der Universität.UAR. UPL/089,090.

<sup>118</sup>Aufgabe und Arbeitsweise des Sekretariats.UAR. UPL/128.

<sup>119</sup>Ebenda.



Folge dessen zu verlängerten Beratungszeiten hinsichtlich einzelner Beschlüsse der UPL aufgrund des auftretenden „Meinungsstreites“. Zur Arbeitsoptimierung war das Sekretariat für die Ausarbeitung der Beschlüsse zuständig. Demzufolge war das Sekretariat im Endeffekt trotzdem wieder zur treibenden Kraft in der Beschlussfassung geworden.<sup>120</sup>

Das Sekretariat wurde, wie aus den vorherigen Leitungen bereits bekannt, durch die Parteileitung auf einer Leitungssitzung gewählt. Es setzte sich aus folgenden Personen zusammen:<sup>121</sup>

Wilhelm Bonnen	1. Sekretär
Ernst Blümer	2. Sekretär
Heinz Dombrowsky	Sekretär
Mohrdieck	Sekretär
Herbert Luck	Sekretär

Tabelle 3.9: Sekretariat der UPL 08.10.1953.

Die gewählte Parteileitung von 1951 wurde gegen Ende ihrer Legislaturperiode 1953 erneut ergänzt, da bis zu diesem Zeitpunkt fünf Leitungsmitglieder der UPL ausschieden: Scheithauer (nach den Prüfungen Versetzung nach Berlin), Fudzinsky (fachlich nicht ausreichend kompetent), Burzan (kein pflichtbewusstes Leitungsmitglied), Ohls (Ende des Studiums an der ABF) und Mohrdieck (1. FDJ-Sekretär der ABF).<sup>122</sup>

Bonnen forderte bei der Neubesetzung der zukünftigen Leitung eine Aufstockung von 15 auf 17 Leitungsmitglieder, um die zwischenzeitlichen Abgänge der einzelnen Leitungsmitglieder zu kompensieren. Die dafür vorgesehene Leitung sollte folgende Zusammensetzung haben: drei Sekretäre, drei Angehörige des Lehrkörpers, fünf Studenten und sechs Arbeiter sowie Angestellte.<sup>123</sup> Die Umsetzung dieser Forderung erfolgte nicht.

Dr. Luck lehnte seine Kandidatur schon im Vorfeld der Wahl ab. Dies wurde ihm durch die Partei in Person des 1. Parteisekretärs Wilhelm Bonnen allerdings nicht gestattet, da die Richtlinien vorschrieben, dass bei Abgabe des Mandats des Prorektors der Rektor nachzurücken habe. Der Rektor, zu dieser Zeit Prof. Erich Schlesinger, war kein Parteimitglied. Dementsprechend blieb Herbert Luck keine andere Möglichkeit, als sein Mandat fortzusetzen und sich zur Wahl bereit zu

<sup>120</sup>Parteiaktivtagung v. 03. und 04.09.1953.UAR. UPL/024.

<sup>121</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 08.10.1953.UAR. UPL/048.

<sup>122</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 18.11.1953.Ebenda.

<sup>123</sup>Auswahl der Kader für die Leitungen in: Protokoll der 3. Sekretariatssitzung der UPL v. 24.10.1953.Ebenda.

stellen.<sup>124</sup>

Die neue Leitung wurde nur knapp zwei Wochen später auf der Delegiertenkonferenz gewählt, wobei die neue Konstellation der UPL der Tabelle 3.10 zu entnehmen ist.<sup>125</sup>

Neben der Eingliederung von Prof. Fritz Müller<sup>126</sup> nach dem Austritt von Anneliese Runge wurde außerdem Prof. Werner Hartke als Prorektor für Forschungsangelegenheiten eingesetzt. Somit waren ab 1951 von den vier neu eingeführten Prorektoren mindestens zwei innerhalb der Parteileitung und der dritte SED-Mitglied.<sup>127</sup>

Wilhelm Bonnen	1. Sekretär der PO
Heinz Dombrowsky	2. Sekretär der PO
Ernst Blümer	Sekretär der PO
Rudi Böhm	Sekretär der PO
Dr. Herbert Luck	Prorektor für gewi. Grundstudium Sekretär
Wolfgang Henk	Student, 1. Sekretär FDJ-HGL
Manfred Haiduk ab 01.09.1954	1. Sekretär FDJ-HGL
Erich Biester	Student
Gerda Frels	Studentin
Kurt Hückel	Prorektor für Studentenangelegenheiten
Ursula Schulz	Aspirantin
Anneliese Runge	Dozentin
Prof. Fritz Müller ab 25.02.1954	Institutsdirektor Päd. Institut
Margarete Katzmann	Assistent gewi. Institut
Franz Seuthe	Arbeiter (Heizen)
Richard Winterfeldt	Nachtwächter
Ursula Will	unbekannt

Tabelle 3.10: Universitätsparteileitung ab Dezember 1953

<sup>124</sup>Kadervorschläge für die neue Leitungssitzung in: Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 02.12.1953.Ebenda.

<sup>125</sup>Protokoll der V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 12. und 13.12.1953.UAR. UPL/006.

<sup>126</sup>Fritz Müller wurde am 28.11.1900 in Elbing (Westpreußen) geboren. 1949-1966 war er Professor mit Lehrstuhl für Geschichte der Pädagogik an der Universität Rostock. Darüber hinaus war er von 1949 bis 1952 Dekan der Pädagogischen Fakultät und von 1952 bis 1958 Institutsdirektor. Er verstarb 1973. CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002297](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002297).

<sup>127</sup>Protokoll der Leitungssitzung v. 25.02.1954.UAR. UPL/049.

Auf der ersten absolvierten Leitungssitzung wurde zudem das neue Sekretariat bestimmt, welches sich wie folgt zusammensetzte.<sup>128</sup>

Wilhelm Bonnen	1. Sekretär
Heinz Dombrowsky	2. Sekretär
Ernst Blümer	Sekretär
Rudi Böhm	Sekretär
Dr. Herbert Luck	Sekretär

Tabelle 3.11: Sekretariat der UPL 13.12.1953.

---

<sup>128</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL vom 13.12.1953.UAR. UPL/048.

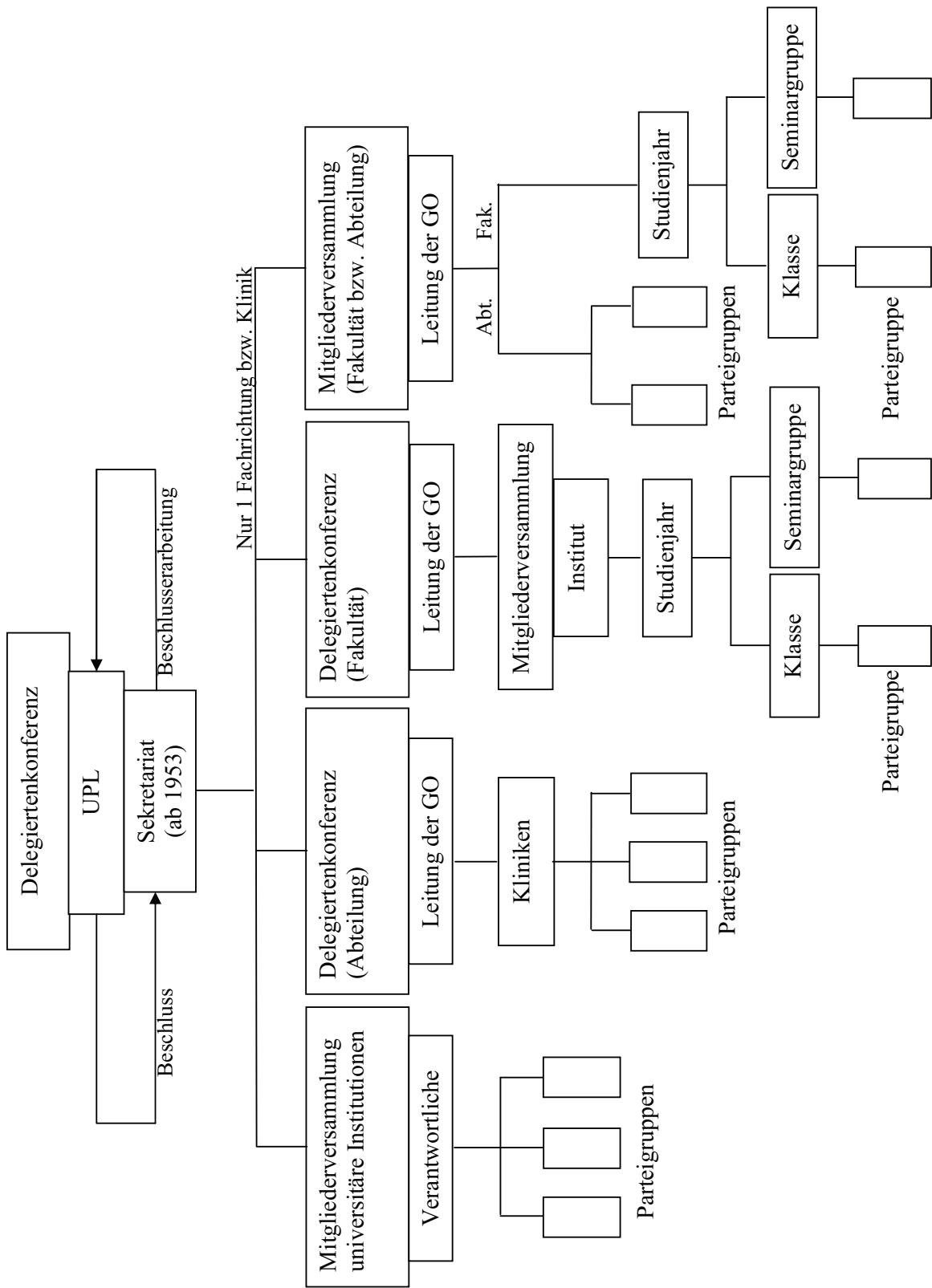


Abbildung 3.1: Organisationsaufbau ab 1951

### 3.2.3 Maßnahmen zur Umsetzung der Reform und Kontrolle der Beschlüsse

Die Maßnahmen zur Umsetzung der Reform waren sehr vielseitig. Demzufolge wird in diesem Abschnitt ein kurzer Diskurs über einige Maßnahmen der II. Hochschulreform geführt.

Das 10-Monate-Studienjahr löste die Semestereinteilung auf. Ein Studienjahr ergab sich aus:

1. Herbstsemester (16 Wochen)
2. Winterferien (3 Wochen)
3. Frühjahrssemester (17 Wochen)
4. Prüfungsabschnitt (2 Wochen)
5. Berufspraktikum (6 Wochen)<sup>129</sup>

Die Neuregelung des Studienverlaufs löste Veränderungen innerhalb des Parteiapparates aus, wie oben erwähnt, um die Studenten und Dozenten von der Durchführung des Studienjahres zu überzeugen und die Durchführung von diesem zu gewährleisten.

Durch die Einführung der Seminargruppe als Organisationsform des akademischen Unterrichts wurde innerhalb dieser ein Seminargruppenssekretär bestimmt. Er war das Bindeglied zwischen Lehrkörper und Studenten. Der Seminargruppenssekretär fungierte als ein aktiver Helfer der Wissenschaftler beim Klären organisatorischer Fragen und als Kontrolleur hinsichtlich der Anwesenheit der Studenten bei Pflichtveranstaltungen. Vorgeschlagen wurde er von der FDJ und anschließend vom Fachrichtungsleiter bestätigt. Ferner wurde innerhalb jeder Seminargruppe eine Parteigruppe gegründet, so dass die Seminargruppen zu einem bestimmten Teil aus SED-Mitgliedern bestanden.<sup>130</sup>

Der Seminargruppenssekretär avancierte zu einer neuen Informationsquelle für die UPL und gliederte sich in das Informationssystem ein. Demnach kontrollierte er die Mitglieder der Gruppe, die Fakultätsleitungen der FDJ kontrollierten den Seminargruppenssekretär und die HGL kontrollierte die Fakultätsleitungen.<sup>131</sup> Da die FDJ der SED untergeordnet war, unterstand der Seminargruppenssekretär indirekt der UPL.

*„Die Freiheit des Vorlesungsbesuchs war durch den Seminarbetrieb eingeschränkt; eine zeitliche Begrenzung des Studiums gab es [in der alten Universität]*

<sup>129</sup>Zweite Durchführungsbestimmung zur Neuorganisation des Hochschulwesens; Rahmenzeitplan für das 10-Monate-Studienjahr vom 04.05.1951 in: Die II. Hochschulreform.UAR.R III. R/28. / Vgl. Vorlesungsverzeichnisse ab 1951/52.

<sup>130</sup>Bericht über das 10-Monate-Studienjahr. in: Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951.UAR. UPL/003.

<sup>131</sup>Müller, Marianne/Müller, Egon (1994). S.276.



nicht.“<sup>132</sup> Demzufolge waren Veränderungen notwendig, die durch eine genaue zeitliche Einteilung nach Studienplan und damit durch eine eindeutige Vorgabe der zu besuchenden Veranstaltungen festgelegt und durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang wurden eine Reihe obligatorischer Pflichtveranstaltungen eingeführt, speziell, was das Erlernen von Fremdsprachen betraf. Jeder Student sollte von der gleichen Basis ausgehend sein Fachstudium vertiefen.<sup>133</sup>

Die „*Einheit der Wissenschaft*“ sollte durch eine einheitliche, weltanschauliche Grundlage, die Einführung des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, gegeben werden.<sup>134</sup> „*Das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium hat die Aufgabe, den Studierenden die Einsicht in die Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft zu vermitteln und sie zu unermüdlichen Kämpfern für [...] den Fortschritt der Menschheit zu erziehen. Es bildet die Grundlage des Studiums.*“ Ohne wissenschaftliches Studium des Marxismus ergab sich auch keine wissenschaftliche Arbeit.<sup>135</sup>

Die marxistisch-leninistische Theorie stellte folglich die gemeinsame philosophische Grundlage für alle Wissenschaftsgebiete dar. Dies ermöglichte erst „*die planmäßige Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens.*“<sup>136</sup>

Demnach wurde von den Studenten verlangt, den Marxismus-Leninismus auf ihre spezielle Fachwissenschaft anzuwenden und dies später im Beruf umzusetzen. Nebenher wurden die SED-Studenten im Parteilehrjahr geschult, um zum einen „ideologisch“ sicher zu sein und zum anderen den Marxismus-Leninismus so zu verinnerlichen, dass aus ihnen guter wissenschaftlicher Nachwuchs heranwachsen konnte.<sup>137</sup>

Zur Verbesserung der Lehre fanden Aussprachen der Parteileitungen der Grundorganisationen mit den Dozenten des Gesellschaftswissenschaftlichen Studiums an der jeweiligen Fakultät statt. Weiterhin waren Diskussionen auf Parteiveranstaltungen angesetzt, um das 10-Monate-Studienjahr auszuwerten. Alle SED-Mitglieder wurden aufgefordert, gute und wissenschaftlich qualifizierte Studenten für die Tätigkeit als Hilfsassistent in Absprache mit den Seminargruppen ausfindig zu machen.<sup>138</sup>

Des Weiteren wurden sie angehalten, Aus- bzw. Absprachen mit Genossen sowie bürgerlichen Professoren und Dozenten über die Verbesserung des Studiums

<sup>132</sup> Wohlgemuth, Franz (1955/6). S.115.

<sup>133</sup> Vgl 2.3.1.

<sup>134</sup> Wohlgemuth, Franz (1955/6). S.115.

<sup>135</sup> Rechenschaftsbericht der UPL in: Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951.UAR. UPL/003.

<sup>136</sup> Wohlgemuth, Franz (1955/6). S.118/9.

<sup>137</sup> Rechenschaftsbericht der UPL in: Protokoll der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951.UAR. UPL/003.

<sup>138</sup> Beschluss der UPL (Vertraulich!) v. 05.04.1952.UAR. UPL/047.

zu führen.<sup>139</sup>

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass ein großes Zeitdefizit entstanden war, da *„der traditionelle Stoff und sein Umfang als gegeben unverändert übernommen [und die] neu hinzukommenden Disziplinen [...] zu diesem Stoff addiert“* wurden.<sup>140</sup>

Dieser Umstand war mitunter sehr problembehaftet, da sich die Studienpläne aufblähten und in einigen Fächern nicht nur die „SWS“ in die Höhe schnellten, sondern auch die Lehrkräfte einer immensen Überlastung gegenüberstanden.<sup>141</sup>

Diese Problematik in den Veränderungen betraf zudem auch die Funktionäre der Parteiorganisation sowie die des höchsten Gremiums der Partei vor Ort, der UPL. Neben den neuen Anforderungen des Stoffs mussten diese das Parteilehrjahr besuchen bzw. mit vorbereiten und die regelmäßigen Parteiveranstaltungen wahrnehmen. Zur Veranschaulichung dieses Zustandes ein Beispiel aus den Akten: Gerhard Resch (Sekretariatsmitglied der UPL 1949) weigerte sich, die russische Sprache zu lernen, da dieses weitere Fachstudium zu viel Zeit in Anspruch nahm. Aufgrund dessen wurde er zur Rede gestellt und musste sich daraufhin sogar im „Mensa-Funk“ für seine Ansichten offiziell entschuldigen, denn ein Mitglied der Partei sollte seine „Vorbildfunktion“ in keiner Weise vernachlässigen.<sup>142</sup>

Die Parteileitung war in der Pflicht, in allen Fakultäten Aussprachen über die Erfahrungen und Lehren des ersten 10-Monate-Studienjahres durchzuführen. Die Informationen gaben sie weiter an das ZK und daraus folgend wurden Vorschläge zur Lösung der bestehenden Umsetzungsprobleme der Reform besprochen und entwickelt.<sup>143</sup>

Die Auswertung des ersten offiziellen Studienjahres durch die Mitglieder der UPL ergaben einige Mängel. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Hauptproblem im Umfang einiger Studienpläne lag und deshalb viele obligatorische Vorlesungen nicht gehalten werden konnten, da einige Professoren, Dozenten und Studenten stark überlastet waren. Demzufolge wurden bereits anfangs Hilfsassistenten als Helfer der Professoren und Dozenten eingeführt. Von den Parteimitgliedern wurde gefordert, *„sich so zu qualifizieren, daß sie für Hilfsassistentenstellen, Assistentenstellen und Aspirantenstellen vorgeschlagen werden“* konnten. Dementsprechend war die Möglichkeit gegeben, dass der Einfluss der Parteimitglieder auf die Universität eine ganz neue Dimension erreichen konnte, da dies die weiteren Besetzungen der SED-Mitglieder in die gehobenen Positionen der Universität zur Folge hat-

<sup>139</sup>Beschluss der UPL (Vertraulich!) v. 05.04.1952.UAR. UPL/047.

<sup>140</sup>Wohlgemuth, Franz (1955/6). S.121.

<sup>141</sup>Ders. S.121.

<sup>142</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 20.02.1952.UAR. UPL/047.

<sup>143</sup>Festlegung für die Universität Rostock durch das ZK v. 04.04.1952. in: II. Hochschulreform. UAR.R III. R/28.

te.<sup>144</sup> „Die Festung Wissenschaft wurde gestürmt.“

Eine Verlängerung der Studienzeit schien eine Option, wurde jedoch nicht in Betracht gezogen, da sie den „*produktiven Lebensabschnitt zu weit hinausschieben*“ würde. Daraufhin wurde eine Straffung des Lehrstoffes und die zeitliche Begrenzung der obligatorischen Vorlesungen vorgesehen. Des Weiteren sollte den Studenten mehr die Möglichkeit für das Selbststudium gegeben werden.<sup>145</sup>

Um dem Zeitverlust entgegen zu wirken, sollte ein Vorlesungsprogramm der Hauptstudienfächer ausgearbeitet werden, wobei die Studenten zu Beginn des Studienjahres Studienmaterial erhielten, um genug Zeit für die Vorbereitung zu haben. Zudem wurden Literaturlisten angefertigt, so dass dem Student bekannt war, was er für die Vorlesung „*zu studieren habe*.“<sup>146</sup>

Der Vortragende (Dozent) wurde somit zum Vorleser, da es häufig linientreue FDJ-Funktionäre im Publikum gab, die bezugnehmend auf sein erarbeitetes Konzept Abweichungen dokumentierten. Ferner stellte die Vorgabe einer Liste zur behandelnden Literatur keine Anregung zur Findung neuer Quellen dar. Eher das Gegenteil war der Fall, denn die „genaue Literaturangabe“ sollte eben dies verhindern.<sup>147</sup>

Zur Umsetzung des neu eingeführten Berufspraktikums für Studenten wurden sog. Freundschaftsverträge mit Großbetrieben wie bspw. der Maschinen-Ausleih-Station (MAS) Roggentin oder der Warnow-Werft erstellt, um zum einen Praktikumsplätze für Studenten zu gewährleisten und zum anderen „*die Arbeiterklasse und die Intelligenz*“ zusammenzuführen.<sup>148</sup>

Die Einführung der Berufspraktika erscheint zunächst als sehr fortschrittlich, da sie die Möglichkeit boten, Erfahrungen in dem angestrebten Beruf zu sammeln und den Verdienst aufzubessern. Gleichwohl dienten sie auch zur Filterung der Studentenschaft, da dem Studenten bei Fehlverhalten der Ausschluss von der Bildungseinrichtung drohte.<sup>149</sup>

Für die Kontrolle der Arbeit über die eingeleiteten Maßnahmen und zur Zerschlagung der „gegnerischen Tätigkeit“ an der Universität wurden sog. Brigaden gebildet. Sie bestanden aus drei bis vier Parteimitgliedern, hauptsächlich Leitungsmitgliedern. Ihre Aufgabe war es, die Arbeit der einzelnen Grundorganisation und die Teilnahme der Studenten beim Berufspraktikum zu kontrollieren. Die

<sup>144</sup>Auswertung der II. Hochschulreform. in: Protokoll der IV. Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation v. 10.05.1952.UAR. UPL/005.

<sup>145</sup>Wohlgemuth, Franz (1955/6). S.121/2.

<sup>146</sup>Information für die Sekretäre der GO: Bericht von W. Bonnen über die Arbeitsbesprechung der Parteisekretäre der Universitäten und Hochschulen beim ZK am 30.01.1953.UAR. UPL/093.

<sup>147</sup>Müller, Marianne/Müller, Egon (1994). S.270.

<sup>148</sup>Protokoll der erweiterten Sitzung der BGL.UAR. UPL/045./Protokoll der Sekretariatssitzung der UPL v. 25.01.1951.UAR. UPL/046.

<sup>149</sup>Müller, Marianne/Müller, Egon (1994). S.276f.

Brigaden hatten außerdem einen positiven Aspekt, da sie die Behandlung und Arbeitsbedingungen der Studenten am Praktikumsort durch die entsprechenden Verantwortlichen kontrollierten. Das bedeutet, falls der Praktikumsbetrieb die dort anwesenden Studenten nicht anstandsgemäß behandelte, konnte es passieren, dass dieser Betrieb im nächsten Jahr keine Studenten-Praktikanten erhielt. Die Brigaden sollten zudem das Verhalten der Studenten in den Betrieben gegenüber den Arbeitern und Angestellten, die Diskussionen mit diesen und deren Auftreten untersuchen. Abschließend sollte *„eine Liste derjenigen, die von der Universität entfernt werden müssen“*, zusammengestellt werden.<sup>150</sup>

Weitere Betrachtungen werden außen vor gelassen. Für weitere Informationen über die Unterrichtsformen an der Universität zur damaligen Zeit empfehle ich Müller und Müller „...stürmt die Festung Wissenschaft!“ und den Artikel von Franz Wohlgemuth „Tradition und Wirklichkeit der Studienreform“, der in seinen Ausführungen die wichtigsten Aspekte der Hochschulreform näher erläutert und Gründe ihrer Einführung sowie ihre Schwächen aufdeckt.

### 3.3 Volkswahl in der DDR

Die Volkswahl 1954 stellt kein unmittelbares Ereignis der Universitätsgeschichte dar. Sie wird in den Verlauf der Arbeit aufgenommen, da die Beeinflussung der Universitätsangehörigen und die ihrer nächsten Mitmenschen einen Einblick in die Arbeit der Parteileitung der Universität gibt. Der Auftrag zur Vorbereitung der Volkswahl wurde durch das ZK gestellt, welches die UPL mit sofortiger Wirkung aufforderte, einen Plan zu entwickeln, um alle Professoren und Studenten zur Mitarbeit bei der Vorbereitung der Wahlen zu gewinnen. Besonders wichtig erschien die Gewinnung von Professoren für öffentliche Vorträge.<sup>151</sup>

#### 3.3.1 „Der Parteiapparat läuft auf Hochtouren“

Die UPL übernahm in diesem „Wahlkampf“ drei Wahlbezirke, in denen Wahllokale eingerichtet wurden. In Folge dessen bildete sie in speziellen Schulungen Aufklärer aus, die anhand vorgegebener Richtlinien zur Mobilisierung der Wähler eingesetzt wurden. Hauptaufgabe war die Vorstellung der Kandidaten und die Erläuterung des Wahlprogramms der Nationalen Front. Zur Hilfestellung wurde ein Fragenkatalog erstellt, der den Aufklärern die Antworten vorgab. Falls eine Frage auf dieser

<sup>150</sup>Bericht über eingeleitete Maßnahmen zur Zerschlagung der gegnerischen Tätigkeit an der Universität Rostock v. 01.07.1952.UAR. UPL/137./ Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.116.

<sup>151</sup>Schreiben an die PO der Universität Rostock vom ZK, Abt. Wissenschaft und Propaganda, v. 11.08.1954.UAR. UPL/093.

Grundlage nicht zu beantworten war, wurde die Frage notiert und die Person auf einen späteren Termin vertröstet. Der Aufklärer informierte die Leitung, welche eine Antwort für die Frage erstellte. Daraufhin setzte sich der Aufklärer erneut mit dem Fragesteller in Verbindung, um diesem die Antwort zu übermitteln.<sup>152</sup>

In den großen Organisationseinheiten der Parteiorganisation Universität Rostock wurden unmittelbar nach dem Beschluss des ZK Versammlungen zur Besprechung der Vorbereitung der Volkswahlen einberufen. Die ersten Informationsveranstaltungen in den GO waren nur zu 50% besucht, da sich zur Zeit des Beschlusses viele Studenten im Urlaub befanden.<sup>153</sup>

Aufgrund dessen wurden weitere Veranstaltungen anberaumt, in denen die Parteimitglieder aufgefordert waren, das Wahlprogramm unter den Universitätsangehörigen zu verbreiten und Schulungen zu organisieren. Inhalt dieser Veranstaltungen war die Erläuterung der Bedeutung des Wahlprogramms. Es sollte der Unterschied zwischen dem Wahlprogramm der DDR und den „*kapitalistischen Ländern*“ dargelegt werden, um eine Grundlage für die Argumentation der Parteimitglieder gegenüber Andersdenkenden zu schaffen. Die Leitungsmitglieder der jeweiligen GO wurden angehalten, beispielgebend eine offene Stimmabgabe zu vollziehen.<sup>154</sup>

Zudem war es Aufgabe, regelmäßig stattfindende Vorträge über die politischen Hauptfragen zu veranstalten, für die Genossen aus dem Partei- und Staatsapparat als Referenten gewonnen werden sollten. So konnte bspw. Egbert von Frankenberg, ein berühmter Parteipolitiker und Militärwissenschaftler der DDR, für einige Vorträge gewonnen werden. Er sprach über „*Die europäische militärisch-politische Lage und das System der kollektiven Sicherheit*.“<sup>155</sup>

Die Massenorganisationen wurden eingesetzt, um mit allen Zugehörigen der Universität Aussprachen zu führen und Teilnehmer an der Wahl zu registrieren. Die FDJ sollte bis zum 15. September 1954 1.500 Agitatoren bereitstellen, welche in extra eingerichteten Aufklärungslokalen das Wahlprogramm der Nationalen Front erläuterten. Zudem war die Agitationskommission der FDJ-Hochschulgruppenleitung für das Studentenwohnheim Thierfelderstraße zuständig. Von ihnen war gefordert, Haus- und Zimmerversammlungen zur Vorbereitung der Volkswahl durchzuführen, wobei sie gegen alle „*Einflüsse des Feindes*“ vorgehen sollten.<sup>156</sup> Zur Unterstützung wurde eine ständige Vertretung in Form eines Heimausschusses gebildet, welcher die Verantwortung für Agitation, Unterbringung der

<sup>152</sup>Bericht über die Richtlinien für den Einsatz v. 10.10.1954 in: Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 09.10.1954.UAR. UPL/050.

<sup>153</sup>Bericht des Sekretariats über Periode 14.07.-18.08.1954.Ebenda.

<sup>154</sup>Protokoll der außerordentlichen Parteileitungssitzung der PO der Universität Rostock v. 01.10.1954.Ebenda.

<sup>155</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 10.09.1954.Ebenda.

<sup>156</sup>Arbeitsplan v. 01.09-31.12.1954.Ebenda.



Studenten und Wahlvorbereitung im Heim trug.<sup>157</sup>

Hervorzuheben ist die Vorstellung des Spitzenkandidaten der Universität, Genosse Gerhard Ziller. Auf dieser Veranstaltung waren 1.000 Angehörige der Universität versammelt. Dabei wurden verschiedene Flugblätter von der Parteileitung an Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellte und Studenten zur Unterstützung der Wahlkampagne ausgegeben. Wenn man in diesem Zusammenhang bedenkt, dass mindestens 700 Parteimitglieder an der Universität zugegen waren, stellt sich die Frage, wie viele Personen Nicht-Mitglieder der Partei waren und dennoch an dieser Großveranstaltung teilnahmen. Diese Frage ist durch meine Forschungen nicht zu beantworten. Jedoch ist zu vermuten, dass mindestens die Hälfte der dort anwesenden Personen zur Parteiorganisation gehörten.<sup>158</sup>

Unmittelbar vor der Wahl lagen noch keine detaillierten Angaben über die Wählerlisten vor. Demzufolge mussten alle Mitglieder der Parteiorganisation von nun an jeden Abend die Aufklärungsgruppen unterstützen. Jeden Morgen um 08:00 Uhr berichteten die Beauftragten für die einzelnen Patenbezirke dem Parteisekretär den Stand der politischen Arbeit. In Folge dessen wurden Beratungen in allen Fakultäten, der Verwaltung und in den Kliniken einberufen. Die Leitungsmitglieder der UPL sprachen auf den Beratungen der Aufklärer. Jedes Leitungsmitglied erhielt eine Grundorganisation wegen terminlicher Absprachen.<sup>159</sup>

Für jedes Wahllokal wurde ein Transparent mit der zentralen Wahllosung „*Für den Aufstieg unseres Vaterlandes als einiger, friedliebender und demokratischer Staat*“ sowie Wachen zum Schutz in dem Zeitraum vom 16.10. 12:00 Uhr bis 18.10. 08:00 Uhr aufgestellt, um vor „Angriffen“ auf die offene Wahl und vor Wahlmanipulation geschützt zu sein.<sup>160</sup> Die Volkswahl konnte beginnen.

### 3.3.2 Ergebnisse der Volkswahlen

Die Leitungsmitglieder waren hauptsächlich zur Beratung und Überwachung der Vorbereitung der Volkswahl eingesetzt worden. Zudem spiegelte sie die Arbeitsweise der UPL wieder. Der Auftrag zur Vorbereitungstätigkeit erging vom ZK direkt an den Parteisekretär, der diesen zunächst im Sekretariat und anschließend auf der nächstfolgenden Leitungssitzung den anderen UPL-Mitgliedern präsentierte. Daraufhin wurden ausgewählte Leitungsmitglieder beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung des Beschlusses zu entwerfen. Dieser wurde in einer Leitungssitzung besprochen und die Hauptaufgaben auf die einzelnen Mitglieder verteilt. Folgend

<sup>157</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 10.09.1954.UAR. UPL/050.

<sup>158</sup>Erste Analyse über die Vorbereitung der Volkswahl an der Universität.Ebenda.

<sup>159</sup>Stand der Aufklärungsarbeit zur Vorbereitung der Volkswahl an der Universität Rostock.in: Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteiorganisation von Juli bis Dez. 1954.UAR. UPL/090.

<sup>160</sup>Protokoll der außerordentlichen Sekretariatssitzung der UPL v. 12.10.1954.Ebenda.

wurden Parteiaufträge an die Sekretäre der Grundorganisationen vergeben, welche diese in den Leitungssitzungen der GO verteilten etc. Dies wurde bis in die kleinsten Grundeinheiten der Parteigruppe fortgeführt. Somit unterstand die Arbeit stets einer doppelten Überwachung, weil die Parteigruppe von ihrer nächst höheren Instanz kontrolliert wurde, Aufgaben erhielt sowie der UPL verpflichtet war. Die UPL konnte auch direkt Aufträge vergeben, so geschehen bspw. bei den Vorträgen vor den Aufklärungsgruppen zur Vorbereitung der Volkswahl.

Die Wahlbeteiligung in der DDR lag bei fast 99%, wobei 99,46% „Ja-Stimmen“ ergaben. Die Wahl kann rein nach den Zahlenwerten somit als voller Erfolg für die Nationale Front gewertet werden.<sup>161</sup>

Zu den Ergebnissen der Wahl äußerten sich einige Leitungsmitglieder kritisch auf der anschließenden Sitzung der UPL. Demnach existierten einige Kritikpunkte bei der Durchführung der Volkswahl. Es soll vorgekommen sein, dass bei der Wahl einige „Nein-Stimmen“ als „Ja-Stimmen“ gewertet wurden, um volle 100% zu erreichen. Zudem wurden in einigen Wahllokalen durchgekreuzte Stimmzettel als „Ja-Stimmen“ gewertet. Schenkt man diesen kritischen Äußerungen Glauben, ist eine Wahlmanipulation nicht auszuschließen. Es würde sich demnach um keinen klaren Wahlerfolg handeln. Im Rahmen dieser Arbeit ist nicht zweifelsfrei festzustellen, ob diese Vorkommnisse auch in den anderen Wahlbezirken auftraten.<sup>162</sup>

---

<sup>161</sup>Richter, Michael. (1991). S.27.

<sup>162</sup>Protokoll der Leitungssitzung der UPL v. 22.10.1954.UAR. UPL/050.

## 4 Zusammenfassung

*„Vor uns steht eine Festung. Der Name dieser Festung ist die Wissenschaft mit ihren unzähligen Wissenszweigen. Diese Festung müssen wir um jeden Preis nehmen. Diese Festung muß die Jugend nehmen, wenn sie den Wunsch hat, der Erbauer des neuen Lebens zu sein, wenn sie den Wunsch hat, in der Tat die Ablösung der alten Garde zu sein.“ (J.W. Stalin)<sup>1</sup>*

Zum Verständnis: Stalin bezeichnet nicht die Hochschulen als Festungen<sup>2</sup>, sondern die Wissenschaft an sich. Der Zugriff bzw. die Eroberung der Hochschulen in der SBZ/ DDR konnte *„nicht allein durch Anweisungen geschehen, sondern vor allem durch Personalpolitik und Lenkung der Geldströme, durch Kontrolle und Zensur, auch durch Gerüchte und durch Schüren von Angst, durch Ehrabschneidung und viele „kleine“ mürbemachende Sticheleien.“<sup>3</sup>*

Zur Umsetzung und Kontrolle der Beschlüsse wurde eine Informationsquelle benötigt, die sich in alle Ebenen des Universitätsalltags Einblick verschaffen konnte. Aufgrund dessen wurden „feste Burgen“<sup>4</sup> innerhalb der Universitäten in Form von Betriebsgruppen errichtet. Durch den Aufbau der einzelnen Burgen sollte die Festung Wissenschaft genommen werden.

Die Einführung der SED-Betriebsgruppe an der Universität Rostock lief schleppend an, denn die SED verfügte fast ausschließlich über Nicht-Akademiker. Dementsprechend gering war anfangs der Anteil der SED-Mitglieder unter den Studenten, weshalb hier ähnlich wie in Großbetrieben vorgegangen wurde. Die SED-Betriebsgruppe an der Universität entwickelte sich aus einem Jugendaktiv, welches sich bereits auf Betreiben der Kreisleitung am 03. Oktober 1946 konstituierte.

Die Gründung der Betriebsgruppe erfolgte noch im selben Jahr am 03. Dezember 1946. Anfangs setzte sich die Betriebsgruppe fast ausschließlich aus Studenten zusammen. An der Spitze stand ein ehrenamtlicher Vorstand. Des Weiteren wurden Fakultätsleiter benannt, die sich um die Erfassung der gesamten SED-Mitglieder an der Universität kümmerten. Die UPL setzte sich vorerst ausschließlich aus dem ehrenamtlichen Vorstand und den Fakultätsleitern zusammen.

Mit zunehmender Zeit baute sie ihre Befugnisse aus und versuchte sich

---

<sup>1</sup>Heinemann, Manfred. Wer stürmte die Festung Wissenschaft? Die sowjetische Besatzungspolitik und die SED im Bereich von Hochschule und Wissenschaft. in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande Strasbourg. Band 32. Heft 1.2000. S.103.

<sup>2</sup>Eine Festung ist eine eigenständige Wehranlage permanenter Bauart, die systematisch für die Verwendung von und den Schutz gegen Feuerwaffen eingerichtet ist.

<sup>3</sup>Heinemann, Manfred (2000). S.103.

<sup>4</sup>Der Begriff Burg bezeichnet in seiner epochenübergreifenden Bedeutung einen in sich geschlossenen, bewohnbaren Wehrbau in Frühgeschichte, Antike und Mittelalter.

immer stärker in das Universitätsgefüge zu integrieren. Dabei verfolgten die „führenden Köpfe“ eine Art Doppelstrategie, wobei sie die FDJ-Gruppe und die SED-Betriebsgruppe nutzten. Die FDJ-Gruppe, die sich bereits zu früherer Zeit an der Universität herausgebildet hatte, war nicht im Stande, eine Bindung zu den Studenten aufzubauen, da sie eher als ein „Tanzverein“ angesehen wurde an Stelle einer studentischen Organisation.<sup>5</sup>

Die SED-Betriebsgruppe hingegen konnte auf einer anderen Basis agieren, da sie nicht nur Studenten, sondern auch Arbeiter, Angestellte und Dozenten in sich vereinigte. Dies ermöglichte ihr erste Einblicke in die verschiedenen Ebenen der Universitätsstruktur.

Die äußeren Einwirkungen auf die Universitäten wurden durch die Entnazifizierungspolitik, Zulassungsbestimmungen und Personalpolitik bzw. durch die Schaffung neuer Fakultäten ausgeübt. Wegen der ständigen Vergrößerung der Betriebsgruppe, wie bspw. durch die Angliederung der ABF 1949 an die Universität, erfuhr sie einen Machtzuwachs durch Mitgliedergewinnung.

Dennoch hielt sich der Einfluss der Betriebsgruppe in den Anfangsjahren in Grenzen. Das universitäre Milieu zu durchsetzen, brauchte seine Zeit. Zudem war noch keine Kontinuität in der Durchführung sowie dem Ablauf der Veranstaltungen gegeben. Dies änderte sich ab 1948. Mit der Einführung des ersten Betriebsgruppensekretärs Hans Wemmer (Student) fand zum einen ein Umstrukturierungsprozess statt: Weg von dem ehrenamtlichen Vorsitzenden als politischen Richtungsgeber hin zu einer Leitung unter der Führung des Parteisekretärs. Zudem begann eine neue Organisation durch Vorgabe von Arbeitsplänen und einem neuen Aufnahmeverfahren für Parteimitglieder, um nur die aktiven Mitglieder innerhalb der Betriebsgruppe zu organisieren.

Der erste hauptamtliche Sekretär der Betriebsgruppe war Hans-Georg Uszkoreit, welcher später von Wilhelm Bonnen abgelöst wurde. Bonnen stellte einen Eingriff in das Betriebsgruppengefüge dar, da er der erste Sekretär ohne akademische Ausbildung war. Er kam direkt von der Parteischule.

Die Leitung der Betriebsgruppe oblag der Universitätsparteileitung, wobei diese eine Art Doppelstruktur aufwies. In den ersten Jahren bestand diese aus den ehrenamtlichen Vorsitzenden, also dem geschäftsführenden Vorstand und den Fakultätsleitern. Im Zuge der Reorganisation bildete sich eine neue Struktur heraus. In den 15-köpfigen Vorstand wurde ein 8-köpfiges Sekretariat integriert. Das Sekretariat wurde als „Exekutive“ eingesetzt, wobei sie die Beschlüsse vorbereiteten und dem Vorstand zur Abstimmung vorlegten. Im Endeffekt hatte das Sekretariat die Fäden in der Hand, da es bei Abstimmungen innerhalb der UPL stets die absolute Mehrheit vorweisen konnte. Innerhalb des Sekretariats wurden entsprechend

---

<sup>5</sup>Siehe Anhang: Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk am 17.03.2009 in Rostock. S.110.

den Aufgabenbereichen Sekretariatsmitglieder bestimmt. Diese wurden durch den Vorstand gewählt, der wiederum zuvor auf den Delegiertenkonferenzen bestimmt worden war.

Die Schwäche in der Arbeit der UPL war zumeist dem Umstand geschuldet, dass die Betriebsgruppe anfangs hauptsächlich aus Studenten bestand und dass diese durch bevorstehende Prüfungen oder Examinas bzw. durch den Mangel an Zeit ihre Funktion als aktives Mitglied nicht voll ausfüllen konnten.

Der Parteisekretär stellte sich im zu betrachtenden Zeitraum als Dreh- und Angelpunkt heraus. Er war der Knotenpunkt, in dem alle Informationen zusammenliefen. Die Betriebsgruppe breitete sich unter Anleitung der UPL auf die ganze Universität aus, wobei sie versuchte, ihre Mitglieder in alle führenden Positionen zu manövrieren. Dies gelang u.a. mit Hilfestellung der Personalpolitik sowie den hochschulpolitischen Verordnungen.

Die II. Hochschulreform eröffnete der Parteiorganisation mit der Einführung der Seminargruppe neue Möglichkeiten. Die Seminargruppen unterstanden dem Seminargruppensekretär. Des Weiteren wurden Parteigruppen gebildet, die sich innerhalb der Seminargruppen konstituierten. Diese kleinste Grundeinheit des Parteiapparates breitete sich in allen Bereichen der Universität aus. So gab es bspw. eine Parteigruppe Mensa und später eine im Rektorat.

Zudem wurde der Parteiapparat in Grundorganisationen eingeteilt, die eigene Parteileitungen erhielten. Die Oberaufsicht über alle Bereiche führte die UPL. Jede Leitung erhielt einen Sekretär, der sich auf ständigen Sekretärsberatungen mit dem Parteisekretär beriet. Das politische Leben spielte sich deshalb in den Grundorganisationen ab. Die UPL gab die politische Richtlinie aufgrund der Bestimmungen des ZK an die GO weiter. Letztgenannte waren für die Umsetzung zuständig. Zur Überwachung spezieller Arbeitsgebiete bildete die UPL verschiedene Kommissionen, bestehend aus Leitungsmitgliedern, um die Arbeit innerhalb der Grundorganisationen zu überwachen und die Umsetzung voranzutreiben. Zudem wurden zwischenzeitlich Brigaden einberufen, die in kürzester Zeit zu Kontrollen der einzelnen Bereiche herangezogen wurden.

Das Sekretariat wurde im Zuge der II. Hochschulreform aufgelöst, da es zu viele Aufgaben des eigentlichen Leitungskollektivs übernommen hatte. Dieser Umstand hielt nur bis 1953 an, da festgestellt worden war, dass die Arbeit der UPL durch die langen Besprechungen zur Beschlussfassung in den Sitzungen zu viel Zeit in Anspruch nahm. Das Sekretariat wurde jedoch dem Vorstand untergeordnet und sollte die Sitzungen vorbereiten. Aufgrund dessen verfügte das Sekretariat mit seinen fünf Mitgliedern nicht über die absolute Mehrheit. Dennoch wuchs der Einfluss des Sekretariats immer stärker an.

Zu dieser Zeit unterlag die Parteistruktur der Parteiorganisation Universität Rostock einer starken Veränderung, um die Beschlüsse der II. Hochschulreform



gewährleisten zu können.

Der Parteiaufbau an der Universität Rostock orientierte sich an zwei spezifizierenden Prinzipien, dem Territorial- und Produktionsprinzip. *„Das Territorialprinzip bedeutet, daß der Aufbau der Parteiorganisation an der staatlichen Struktur des Territoriums der DDR ausgerichtet ist.“*<sup>6</sup>

Folglich gilt das Unterstellungsverhältnis, so dass die Parteiorganisation, *„die einen Kreis oder Bezirk umfaßt, als die höhere gegenüber derjenigen Parteiorganisation, die Teile des betreffenden Kreises oder Bezirkes umfassen“* waren.<sup>7</sup> Die Grundorganisationen und deren Bestandteile ordneten sich daher direkt unter die UPL, welche gleichzeitig der Kreisleitung und dem ZK unterstellt war.

Das Produktionsprinzip ist durch die Existenz dieser einzelnen Parteiorganisationen gegeben. Die Führung der Parteiorganisation übernahm eine hauptamtliche Leitung, welche in diesem Kontext die UPL war. Nach dem Produktionsprinzip wurden einzelne Leitungen in den verschiedenen Ebenen bzw. neu gebildeten Grundorganisationen an der Universität eingerichtet.

Im Rahmen dieser Arbeit konnten nicht alle Aspekte dieses Themengebietes ausgeschöpft werden, so dass nun einige Anregungen für weitere Forschungsperspektiven aufgezeigt werden.

Um sich einen besseren Überblick über die Zu- und Umstände an der Universität zu verschaffen, müssten im Zuge weiterer Forschungen die Sitzungen der Vorstände der Fakultätsgruppen bzw. der Leitungen der Grundorganisationen genauer untersucht werden, da sich dort das politische Leben abspielte. Des Weiteren wird dadurch die Anleitung der Mitglieder durch die Leitungsmitglieder und die Umsetzung der Beschlüsse der UPL deutlicher.

Anschließend wären die Senatssitzungen zu begutachten, da sich die Parteimitglieder des Senats ab 1950 der UPL unterzuordnen hatten. Im Hinblick auf diese Konstellation ist eine Möglichkeit der Betrachtung der Vergleich der Entscheidungen, die maßgeblich durch die Beeinflussung der UPL innerhalb des Senates durchgesetzt wurden.

Darüber hinaus wäre die Pressearbeit zu untersuchen. Welche Themen wurden publik gemacht bzw. veröffentlicht? Was wurde in Wirklichkeit umgesetzt, was nicht? Als Hilfestellung könnte die bereits aufgestellte Auflistung von Artikeln über Hoch- und Fachschulen von 1946 bis 1968 in der Landeszeitung und später in der Ostseezeitung dienen.<sup>8</sup>

Die UPL war vor allem auch für die gebildeten Massenorganisationen an der Universität zuständig. Für weitere Forschungen könnte der Einsatz dieser

---

<sup>6</sup>Neugebauer, Gero. Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED. Opladen. 1978. S.28.

<sup>7</sup>Ders. S.28.

<sup>8</sup>Siehe dazu: Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Gründung der SED von 1951, 1956 und 1961. UPL/207.

Massenorganisation in Bezug auf die Informationsgewinnung und ihren Platz bei Großveranstaltungen an der Universität aufgezeigt und deren Nutzen daran verdeutlicht werden.

In Bezug auf die UPL gilt es weiterhin, die soziale Zusammensetzung zu betrachten, da nach Prof. Haiduk später Hochschullehrer als Parteisekretäre eingesetzt wurden. Dies konnte anhand der vorliegenden Informationen weder bestätigt noch widerlegt werden, denn in dem zu betrachtenden Zeitraum vereinnahmten lediglich zwei hauptamtlich eingesetzte Personen die Stellung des Parteisekretärs. Ferner wäre eine Untersuchung der Mitglieder bzgl. ihres Herkunftsortes, Parteieintritts, der Ausbildung etc. erforderlich, um weitere Aufnahmekriterien für die Leitungsmitglieder der UPL herauszuarbeiten. Demzufolge müssten auch Stasi-Akten eingesehen werden, um detaillierte Informationen über die Parteifunktionäre an der Universität Rostock zu erhalten. Dies ist mir aus Zeitgründen nicht möglich gewesen.

Weiterhin ist zu untersuchen, welche Universitätsangehörigen über die benannten hinaus im Parteiapparat integriert waren, da das MfS seine Mitglieder sogar innerhalb der Parteiorganisation der Universität Rostock einschleuste. Dies stellt eine „Kontrolle einer Kontrollinstanz“ dar, wobei spezielle Vorfälle bereits durch Karl Wockenfuß<sup>9</sup> aufgedeckt wurden. Die Betrachtungen gilt es in Bezug auf ihre Teilnahme am Parteileben und ihrer Stellung im Parteiapparat an der Universität zu erweitern.

---

<sup>9</sup>Wockenfuß, Karl. Die Universität im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale. Rostock. 2003.

## 5 Anhang

### 5.1 Abkürzungsverzeichnis

<b>ABF</b>	Arbeiter-Bauern-Fakultät
<b>BGL</b>	Betriebsgewerkschaftsleitung
<b>cand.</b>	candidatus
<b>CDU</b>	Christlich-Demokratische Union [Deutschlands]
<b>CPR</b>	Catalogus Professorum Rostochiensium
<b>DBD</b>	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
<b>DDR</b>	Deutsche Demokratische Republik
<b>DFD</b>	Demokratischer Frauenbund
<b>Dr.</b>	Doktor
<b>DSF</b>	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
<b>DVV</b>	Deutsche Verwaltung für Volksbildung
<b>DWK</b>	Deutsche Wirtschaftskommission
<b>DZfV</b>	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
<b>FDGB</b>	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
<b>FDJ</b>	Freie Deutsche Jugend
<b>HGL</b>	Hochschulgruppenleitung
<b>Gen.</b>	Genosse
<b>Genn.</b>	Genossin
<b>gewi.</b>	gesellschaftswissenschaftlich
<b>GST</b>	Gesellschaft für Sport und Technik
<b>IM</b>	Inoffizieller Mitarbeiter
<b>jur.</b>	juristisch
<b>KB</b>	Kulturbund
<b>KPD</b>	Kommunistische Partei Deutschlands
<b>LDPD</b>	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
<b>MAS</b>	Maschinen-Ausleih-Station
<b>MfS</b>	Ministerium für Staatssicherheit
<b>MfV</b>	Ministerium für Volksbildung

<b>NDPD</b>	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
<b>NSDAP</b>	National Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
<b>NS</b>	Nationalsozialismus
<b>PA</b>	Personalausschuss der Fakultätsgruppe
<b>päd.</b>	pädagogisch
<b>phil.</b>	philosophisch
<b>pol.</b>	politisch
<b>PR</b>	Personalreferent
<b>PPA</b>	Personalpolitische Abteilung der Betriebsgruppe
<b>PPK</b>	Personalpolitische Kommission der Betriebsgruppe
<b>Prof.</b>	Professor
<b>rer.</b>	rerum
<b>SBZ</b>	Sowjetische Besatzungszone
<b>SED</b>	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
<b>SM</b>	Sekretariatsmitglied
<b>SMAD</b>	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
<b>SMAM</b>	Sowjetische Militäradministration Mecklenburg
<b>SMT</b>	Sowjetisches Militärtribunal
<b>SPD</b>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
<b>SS</b>	Sommersemester
<b>Stasi</b>	Staatssicherheitsdienst
<b>SWS</b>	Semester-Wochen-Stunden
<b>UAR</b>	Universitätsarchiv Rostock
<b>UdSSR</b>	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
<b>UPL</b>	Universitätsparteileitung
<b>USA</b>	United States of America
<b>R</b>	Rektorat
<b>R III</b>	Rektorat nach 1945
<b>VAO</b>	Vorläufige Arbeitsordnung
<b>VdgB</b>	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
<b>WS</b>	Wintersemester
<b>ZK</b>	Zentralkomitee

## 5.2 Quellenverzeichnis (ungedruckte Quellen)

### 5.2.1 Bestand Rektorat

#### **Entnazifizierung**

Entnazifizierung des Lehrkörpers 1945-1948. R III. R/10.

## **II. Hochschulreform**

Die II. Hochschulreform. R III. R/28.

### **Studentenrat**

SED-Fraktionssitzungen des Studentenrates 1949-1950. R.3379.

Studentenrat. Aufgaben, Wahl, Wahlordnung, Mitglieder Studentenratssitzungen 1946-1948. R 3369.

Studentenrat. Gründung, Mitglieder, Aufgaben und Tätigkeitsberichte des Studentenrats 1945-1950. R 3368.

### **Studentenstatistiken**

Studentenstatistiken 1946. R 3168.

Studentenstatistiken 1947. R 3169.

Studentenstatistiken 1948. R 3170.

Studentenstatistiken 1949. R 3171.

Studentenstatistiken 1950. R 3172.

### 5.2.2 Bestand Universitätsparteileitung

Findbuch: Universitätsparteileitung 1946-1989.

#### **Arbeit der Universitätsparteileitung der SED/Führungstätigkeit und Arbeitspläne**

Arbeit, Organisation und Planstellen der SED-Parteileitung 1948-1980. UPL/128.

Arbeitspläne der SED-Parteioorganisation 1948-1960. UPL/038.



### **Delegiertenkonferenzen**

Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 20.10.1949. UPL/001.  
Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 04.06.1950. UPL/002.  
Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 01. und 02.12.1951. UPL/003.  
außerordentliche Delegiertenkonferenz der SED-Betriebsgruppe v. 18.12.1952.  
UPL/004.  
IV. Delegiertenkonferenz der SED-Parteorganisation v. 10.05.1952. UPL/005.  
V. Delegiertenkonferenz der SED-Parteorganisation v. 12. und 13.12.1953.  
UPL/006.  
VI. Delegiertenkonferenz der SED-Parteorganisation v. 16. und 17.04.1955.  
UPL/007.

### **Informations- und Monatsberichte**

Informationsberichte der SED-Parteorganisation 1947-1954. UPL/137.  
Monatsberichte, Statistik, Analysen 1952-1963. UPL/204.

### **Mitglieder, Kandidaten und Personalangelegenheiten**

Personalangelegenheiten, Parteiverfahren 1949-1965. UPL/536.  
Überprüfung der Mitglieder und Umtausch der SED-Mitgliederbücher 1949-1970.  
UPL/156.

### **Parteiaktivtagungen**

Parteiaktivtagungen der SED-Parteorganisation 1948-1954. UPL/024.

### **Parteilehrjahr**

Parteilehrjahr 1950-1955. UPL/181.

### **Sekretariatssitzungen der Universitätsparteileitung der SED**

Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteorganisation der Universität Jan.-  
Juni 1954. UPL/089.  
Sekretariatssitzungen der Leitung der SED-Parteorganisation der Universität Juli-  
Dez. 1954. UPL/090.

### **Sitzungen der Universitätsparteilitung der SED**

Sitzungen der Universitätsparteilitung 1948-1950. UPL/045  
Sitzungen der Universitätsparteilitung 1951. UPL/046  
Sitzungen der Universitätsparteilitung 1952. UPL/047  
Sitzungen der Universitätsparteilitung 1953. UPL/048  
Sitzungen der Universitätsparteilitung Jan.-Juni 1954. UPL/049  
Sitzungen der Universitätsparteilitung Juli-Dez. 1954. UPL/050

### **Veranstaltungen**

Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Gründung der SED von 1951, 1956 und 1961. UPL/207.

### **Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit anderen Institutionen**

Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Bezirksleitung 1952-1955. UPL/103.  
Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Kreisleitung Rostock-Stadt 1950-1954. UPL/123.  
Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit der SED-Landesleitung 1946-1952. UPL/102.  
Zusammenarbeit der Parteileitung der Universität mit dem Zentralkomitee 1947-1955. UPL/093.

### 5.3 Quellenverzeichnis (gedruckte Quellen)

- Ammer, Thomas.** Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln. 1969.
- Arndt, Julia u.a.** Der Brockhaus in fünf Bänden. 8. neubearbeitete Auflage. Leipzig. 1993. S. 41.
- Bernitt, Hartwig.** Kriegsende und erste Nachkriegsjahre. in: Grigat, Felix u.a. (Hrsg.) Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte. Bonn. 1999. S. 31-49.
- Bernitt, Hartwig u.a. (Hrsg.).** Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten. Rostock. 1994.
- Fait, Barbara.** Landesregierungen und -verwaltungen. Mecklenburg- (Vorpommern). in: Broszat, Martin (Hrsg.). SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisation und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland 1945-1949. München. 1990. S. 103-126.
- Feige, Hans-Uwe.** Der Aufbau der SED-Betriebsgruppe an der Universität Leipzig (1945-1948). in: BZG: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Bd. 26. Heft 2. Hamburg. 1984. S. 247-256.
- Feige, Hans-Uwe.** Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Bd. 42. Berlin. 1994. S. 795-808.
- Grunwald, Sabine.** Demokratie als Herrschaftsinstrument. Die Studentenratswahlen in der DDR 1950. in: Deutschland Archiv. Bd. 16. Heft 7. Bielefeld. 1993. S. 834-841.
- Handschuck, Martin.** Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen. 2003.
- Handschuck, Martin.** Zwischen Erneuerung und Reglementierung. Zur Wiedereröffnung der Universität Rostock 1945/1946. in: Zeitgeschichte regional. Bd. 10. Heft 1. Rostock. 2006. S. 15-23.
- Handschuck, Martin.** Studentische Opposition an der Universität Rostock von 1945 bis 1955. in: Zeitgeschichte regional. Bd. 6. Heft 1. Rostock. 2002. S. 30-36.
- Hartwig, Angela/Schmidt, Tilmann.** Die Rektoren der Universität Rostock 1419-2000 in: Hartwig, Angela / Schmidt, Tilmann. Beiträge zur Geschichte Rostock. Heft 23. Rostock. 2000. S. 217.
- Heinemann, Manfred.** Wer stürmte die Festung Wissenschaft? Die sowjetische Besatzungspolitik und die SED im Bereich von Hochschule und Wissenschaft.

in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande Strasbourg. Band 32. Heft 1. 2000.

**Herzig, Jobst D./Trost, Catharina.** Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Universität Rostock. 2008.

**Hoffmann, Horst u.a.** Die Universität von 1945-1969 in: Heidorn, Günter u.a. (Hrsg.) Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur Fünfhundertfünzig-Jahr-Feier der Universität. Band II. Rostock. 1969.

**Horn, Werner (Hrsg.).** 20 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Beiträge. Berlin. 1966. S. 386/7.

**Jessen, Ralph.** Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen. 1999.

**Jessen, Ralph.** Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945-1967). in: Geschichte und Gesellschaft. Bd. 24. Göttingen. 1998. S. 24-54.

**Katsch, Gerhardt.** Greifswalder Tagebuch 1946/47. Greifswald. 2008.

**Kowalczyk, Ilko-Sascha.** Die SED-Parteioorganisation an den Universitäten und Hochschulen. in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat. Nr. 13. Halle. 2003. S. 61-77.

**König, René.** Die Studentenschaft der Universität Rostock von 1945/46 bis 1952. Entwicklung nach Plan? in: Zeitgeschichte regional. Bd. 10. Heft 1. Rostock. 2006. S. 24-33.

**Kretzschmar, Otto u.a.** Handmaterial für den Parteisekretär. Berlin. 1968.

**Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter.** Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961. Köln. 1994.

**Lau, Adolf.** Mehr Wissen tut not: Bildungsabende der SED-Funktionärschulung. in: Landeszeitung. Rostock. 2(07.03.1947) 53. S. 3.

**Luck, Herbert.** Die materielle Produktionsgrundlage des Sozialismus im Norden der Deutschen Demokratischen Republik. in: Unser Ostseebezirk. Beiträge für die sozialistische Erziehung in Geschichte und Staatsbürgerkunde. 1. Jahrgang Nr. 2. Rostock. 1960. S. 11.

**Malycha, Andreas.** Die Hochschulpolitik als ein Aspekt des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik. in: Hallische Beiträge. Heft 11. Halle. 2002. S. 5-39.

**Malycha, Andreas.** Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953. Paderborn. 2000.

- Malycha, Andreas.** Geplante Wissenschaft. Eine Quelledition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961. Altenburg. 2003a.
- Malycha, Andreas.** SED-Ausschuss für Hochschulfragen - politische Steuerung oder Diskussion. in: Deutschland Archiv. Bd. 36. Heft 4. Bielefeld. 2003b. S. 588-598.
- Mayer, Herbert.** Nur eine Partei nach Stalins Muster?. Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948. in: Meier, Helmut u.a. (Hrsg.). hefte zur ddr-geschichte. Nr. 51. Berlin. 1998.
- Mehlig, Johannes.** Das „Parteilehrjahr“ an den Universitäten der DDR. in: Grigat, Felix (Hrsg.). Zeitzeugen Berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte. Bonn. 1999. S. 133-155.
- Miethe, Ingrid.** Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik. Wuppertal. 2007.
- Müller, Klaus-Dieter.** Bürokratischer Terror. Justizielle und außerjustizielle Verfolgungsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1956. in: Engelmann, Roger/Vollnhals, Clemens. Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis in der DDR. Berlin. 1999. S. 59-93.
- Müller, Marianne/Müller, Egon.** „...stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin. 1953.
- Müller, Marianne/Müller, Egon.** „...stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin. 1994.
- Neugebauer, Gero.** Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED. Opladen. 1978.
- Prokop, Siegfried.** Sozialgeschichte der ostdeutschen Intelligenen 1945-1961. Zeittafel. in: hefte zur ddr-geschichte. Heft 10. Berlin 1993. S. 8.
- Reichel, Thomas.** „Feste Burgen der Partei“?. Aufbau und Rolle der SED - Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946-1949. in: Internationale Korrespondenz zur Geschichte der Abreiterbewegung(IWK). Bd. 36. Heft 1. Berlin. 2000. S. 62-99.
- Richert, Ernst.** „Sozialistische Universität“. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin. 1967.
- Richter, Michael.** Die DDR in den achtziger Jahren. in: Informationen zur politischen Bildung. Geschichte der DDR. Heft 231. Bonn. 1991. S. 24-29.
- Richter, Michael.** Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ). in: Informationen zur politischen Bildung. Geschichte der DDR. Heft 231. Bonn. 1991. S. 2.



- Riegert, Kristina u.a.** From the Persian Gulf to Cosovo - War Journalism and Propaganda. in: European Journal of Communication. Volume 15.No. 3.2000. S.383-404.
- Rienäcker, Günther.** Einige Erinnerungen aus den Jahren 1945/46. in: Elsner, Lothar u.a. (Hrsg.). Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Heft 14. Rostock. 1969.
- Rößler, Ruth-Kristin.** Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien. Goldbach. 1994.
- Rudolph, Hedwig/Husemann, Rudolf.** Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt am Main. 1984.
- Schulz, Hans-Jürgen u.a.** Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick. Berlin. 1980.
- Schwabe, Klaus.** Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947-1949. Anmerkungen zur Geschichte einer Region. Schwerin. 1994.
- Schreiner, Klaus u.a.** Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952. Rostock. 1986.
- Seils, Markus.,** „Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten.“ Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945-1950. Schwerin. 1996.
- Skyba, Peter.** Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961. Köln u.a. 2000.
- Soldwisch, Ines.,** „... etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen...“. Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952. Rostock. 2007.
- Suckut, Siegfried.** Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952. Bonn. 2000.
- van Melis, Damian.** Der Aufbau der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. in: van Melis, Damian (Hrsg.). Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945-1952. Schwerin. 1999a.
- van Melis, Damian.** Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948. München und Oldenburg. 1999b.
- Vollnhals, Clemens.** Entnazifizierung. Politischen Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München. 1991.
- Vorlesungsverzeichnisse der Universität Rostock.** gedruckte Ausgaben vom SS 1946 bis Herbstsemester 1954.

- Welsh, Helga A.** Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV). in: Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hrsg.). SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München. 1990. S. 229-239.
- Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.).** Duden. Das große Fremdwörterbuch. Herkunft und Bedeutung. Mannheim. 1994. S. 50/1123.
- Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.).** Duden. Der kleine Duden. Fremdwörterbuch. Ein Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch. Mannheim. 1991. S. 20/294.
- Wockenfuß, Karl.** Die Universität im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale. Rostock. 2003.
- Wohlgemuth, Franz.** „Tradition und Wirklichkeit der Studienreform“. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Festschrift für Professor Dr. jur. Dr. phil. h.c. Erich Schlesinger zu seinem 75. Geburtstag. Jahrgang 5. Sonderheft. 1955/1956. S. 113-124.
- Zank, Wolfgang.** Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). in: Broszat, Martin u.a. (Hrsg.) SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München. 1990.

## 5.4 Abbildungen (Quellen)

Bei den hier aufgeführten Quellen handelt es sich um Kopien aus den Akten der UPL des Rostocker Universitätsarchivs. Sie wurden anonymisiert. Der Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED musste aufgrund der Anonymisierung rekonstruiert und für die Weiterverarbeitung transkribiert werden.

1. Delegiertenkarte<sup>1</sup>
2. Anonymisierter Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED<sup>2</sup>
3. Parteiausschlüsse<sup>3</sup>
4. Karteikarten<sup>4</sup>

**Delegiertenkarte**  
für die Delegiertenkonferenz  
am 1. und 2. Dezember 1951 in der Aula der Universität

Name [REDACTED] Vorname [REDACTED]

Abtl./ Gruppe **Medizinische Fakultät**

Funktion \_\_\_\_\_

6022/51 II/15/17 487534 0,16

Essenkarte

Abbildung 5.1: Delegiertenkarte

<sup>1</sup>Delegiertenkonferenzen der SED-Betriebsgruppe bzw. -Parteiorganisation.UAR. UPL/003.

<sup>2</sup>Personalangelegenheiten, Parteiverfahren 1949-1965.UAR. UPL/536.

<sup>3</sup>Überprüfung der Mitglieder und Umtausch der SED-Mitgliederbücher 1949-1970.UAR. UPL/156.

<sup>4</sup>Personalangelegenheiten, Parteiverfahren 1949-1965.UAR. UPL/536.

(Deutlich und ausführlich mit Tinte ausfüllen)

# SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

## FRAGEBOGEN FÜR MITGLIEDER UND KANDIDATEN

(Nichtzutreffendes ist zu streichen)

1. Name (auch Geburtsname angeben)	
2. Vornamen (Rufname unterstreichen)	
3. Geburtsdatum, Ort, Kreis, Nationalität, Staatsbürgerschaft	
4. Die Mitglied- bzw. Kandidaten- schaft gilt ab: (Wo eingetreten und von welcher Grundorganisation aufgenommen)	
5. Welche Schulbildung haben Sie? a) Allgemeine (Grund-, Ober-, Berufs- oder Berufsfachschule) b) Spezialbildung (technische, hu- manitäre, medizinische, mili- tärische usw.) c) Politische Welche Parteischulen haben Sie besucht, wo und wann? (z.B. Betriebspartei-, Kreispartei-, Landespartei-schule. Sonderlehr- Gang, Parteihochschule, Antifa- Schule usw.) An welchem Zirkel innerhalb des Partei- Lehrjahres nehmen Sie teil?	
6. Welche selbst. wissenschaftl. Arbeit haben Sie bisher geleistet, mit welchen Ergebnissen? An welcher wissenschaftl. For- schung sind Sie gegenwärtig be- teiligt? Welchen wissenschaftl. Grad Oder Titel tragen Sie?	
7. Welche Fremdsprachen beherr- schen Sie? Bis zu welchem Grad?	
8. Erlernter Beruf, Dauer der Lehr- Zeit bzw. ausgeübte Tätigkeit Nach Beendigung der Schulzeit Von / bis	

Abbildung 5.2: Anonymisierter Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED

<p>9. Berufliche Tätigkeit bei Eintritt in die Partei (Bei Selbstständigen die Anzahl der fremden Arbeitskräfte bei Bauern und Gärtnern, Hektargröße und die Anzahl der fremden Arbeitskräfte)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>11. Welche Auszeichnungen haben Sie erhalten und warum? (z.B. Verdienter Aktivist, Verdienter Arzt, Held der Arbeit usw.)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>12. Wo sind Sie beschäftigt? (Genaue Anschrift des Betriebes der Verwaltung oder Institution)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>13. Name und Beruf bzw. Tätigkeit Ihrer Eltern bzw. der Pflegeeltern (auch angeben, wenn verstorben)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>14. In welcher Partei und in welcher Organisation sind oder waren Ihre Eltern Mitglied?</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>15. In welcher Partei und in welcher Organisation ist Ihre Ehefrau (Ehemann) Mitglied, seit wann?</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>16. In welcher Partei und in welcher Organisation sind Ihre Kinder Mitglied, seit wann?</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>17. Waren Sie Mitglied einer Arbeiterpartei? a) Vor 1945 (von / bis) (Während dieser Zeit aus der Partei ausgetreten oder ausgeschlossen) b) Nach 1945 (von / bis)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>



18. Waren Sie Kandidat der SED, wo eingetreten, von welcher Grundorganisation aufgenommen?	..... .....
19. Gehörten Sie einer Jugendorganisation an, und welcher? Von 1945 (von / bis) (außer BDM, HJ) Nach 1945 (von / bis)	..... ..... ..... .....
20. In welche Parteileitung und Leitungen der Massenorganisationen? Bis 1933 Von 1933 bis 1945 Von 1945  In welche parlamentarischen und Staatsorgane wurden Sie gewählt? Bis 1933 Von 1933 bis 1945 Von 1945	..... ..... ..... .....  ..... ..... ..... .....
21. Welcher Massenorganisation gehörten bzw. gehören Sie an? Vor 1933 Nach 1945	..... ..... .....
22. An welcher illegalen antifaschistischen Arbeit haben Sie nach 1933 teilgenommen? Welcher illegalen Gruppe oder Organisation gehörten Sie an? (Von / bis)	..... ..... .....
23. An welcher der antifaschistischen internationalen Widerstandsbewegung haben Sie teilgenommen und wo? (Von / bis)	..... ..... .....
24. Welche Parteitrafen haben Sie erhalten? Von wem und wann wurde die Parteistrafe verhängt? Von wem und wann wurde die Parteistrafe aufgehoben?	..... ..... ..... .....

25a. An welchen oppositionellen Gruppierungen haben Sie teilgenommen? (Von / bis) Wann, wo und wie lange?	
25b. Welcher anderen Partei haben Sie angehört? Vor 1933 Nach 1945	
26. Welchen Verhaftungen und gerichtlichen Verfolgungen waren Sie bzw. Ihre Familienangehörigen ausgesetzt? (Ehemann / Frau, Kinder Eltern, Geschwister) Wofür und Urteil Vor 1933 Vor 1933 bis 1945 Nach 1945	
27. Waren Sie in der Emigration? Wo? Von / bis	
28. Waren Sie zum Militär einberufen, welcher Truppenteil, welcher Dienstgrad? Wo? Von / bis	
29. Waren Sie zum Arbeitsdienst oder zur Organisation Todt einberufen, welchen Dienstgrad? (Von / bis)	
30. In welchen Ländern waren Sie als Soldat, Arbeits- oder OT-Mann? In welcher Zeit und in welcher Funktion? Welche Auszeichnungen haben Sie erhalten und wofür?	

<p>25a. An welchen oppositionellen Gruppierungen haben Sie teilgenommen? (Von / bis) Wann, wo und wie lange?</p> <p>25b. Welcher anderen Partei haben Sie angehört? Vor 1933 Nach 1945</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>26. Welchen Verhaftungen und gerichtlichen Verfolgungen waren Sie bzw. Ihre Familienangehörigen ausgesetzt? (Ehemann / Frau, Kinder Eltern, Geschwister) Wofür und Urteil Vor 1933 Vor 1933 bis 1945 Nach 1945</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>27. Waren Sie in der Emigration? Wo? Von / bis</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>31. Waren Sie in Kriegsgefangenschaft Oder Internierung von / bis und wo, in welchen Lagern, und welche Tätigkeit haben Sie ausgeübt?</p> <p>31a. An welchen Lagerkursen oder Schulen haben Sie teilgenommen? Wo? Von / bis</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>32. Waren Sie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen? (auch BDM HJ) Von / bis und welche Funktion?</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
<p>33. Waren Sie bzw. Ihre Familienangehörigen im Ausland? (Ehemann / Frau, Kinder, Eltern, Geschwister) Wo, zu welcher Zeit? Welche Tätigkeit wurde ausgeübt? (außer Militärzeit und Emigration)</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>



[illegible]



# SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Kreisvorstand Rostock

HOPFENMARKT NR.11\_13  
FERNSPRECHER NR., 2841 \_ 43  
LANDESKREDITBANK NR. 1 099

TAGEBUCH-NR.

ABTEILUNG  
KPKK.

(3a) Rostock, den 31.5.1949.

An die  
SED-Betriebsgruppe- "Universität"  
R o s t o c k

Betr. Ausschlüsse.

Werte Genossen !

Wir teilen Euch hierdurch mit, dass auf entsprechenden Antrag Eurerseits folgende Ausschlüsse erfolgt sind:

.....

(Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät)  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes  
vom 27.2.1949 mit der Begründung, dass P. nicht partei-  
und klassenverbunden ist und seine Mitgliedschaft in  
der SED nach dem von P. gewonnenen Eindruck nur darauf  
zurückzuführen ist, hierdurch sein Studium zu ermög-  
lichen.

..... durch Beschluss  
des Kreisvorstandes vom 27.2.1949,  
ausgeschlossen mit folgender Begründung:  
Nachdem bei einer statistischen Erfassung in der medi-  
zinischen Fakultät festgestellt war, dass der in der  
Betriebsgruppe erfasste stud.med. .... nicht im  
Besitze eines Mitgliedbuches war, wurde er vom perso-  
nalpolitischen Ausschuss dieserhalb befragt. A. gab an,  
nicht Mitglied der SED zu sein und auch nicht die Ab-  
sicht zu haben, Mitglied zu werden. Da eine Nachfrage  
bei der Betriebsgruppe der Universität in Greifswald, bei  
dem Wohnort ..... Zur Folge hatte, dass diese das  
Mitgliedsbuch von ... nach hier schickte, legt nach An-  
sicht der Kreis-Untersuchungskommission keinen Wert  
auf seine Mitgliedschaft in der SED und wird aus diesem  
Grunde ausgeschlossen.

.....  
.....  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom  
27.02.1949 wegen Flucht nach dem Westen.

.....  
.....  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom  
27.2.1949 wegen Flucht nach dem Westen.

....., .....

.....  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes  
 vom 27.2.1949 mit folgender Begründung:  
 Die Verhandlung gegen ..... hat ergeben, dass er  
 sich im Laufe seiner Lehrtätigkeit an der Vorstudien-  
 anstalt als ein äusserst geschickt getarnter Reaktionär  
 entpuppt hat, ein Reaktionär, der es auf Grund seiner  
 akademischen Vorbildung verstanden hat, politisch  
 noch indifferente junge Menschen einzufangen. Die Ge-  
 nossen, die dem Marxismus schon sehr nahe stehen, hat  
 er in den einzelnen Klassen isoliert. Wie das vorlie-  
 gende Beweismaterial zeigt, hat ..... es nicht un-  
 terlassen, gegen die Vorstudien-Anstalt als demokra-  
 tische Einrichtung vorzugehen und sie in Misskredit  
 zu bringen. Besonders verwerflich ist die Bevorzugung  
 der Oberschüler durch ..... Und die bewusste Zurück-  
 setzung der Arbeiter- und Bauernkinder. Diese Tatsache  
 allein schon dürfte genügen, um den hier gefassten  
 Beschluss zu rechtfertigen.

Wir bitten Euch, die Einziehung der Mitgliedsbücher von .....  
 Und ..... Zu veranlassen.

Sozialistische Einheitspartei  
 Deutschlands  
 Kreisvorstand Rostock  
 Kreis-Partei-Kontroll-Kommission

....., .....

ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.5.1949  
 wegen völliger Inaktivität und antisowjetischer Einstellung.

....., .....

.....,  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.5.1949  
 weil er sich nach seiner Abmeldung aus Schwerin im September  
 1947 in Rostock nicht wie der angemeldet und seit dieser Zeit  
 auch keinen Parteibeitrag gezahlt hat.

....., .....

.....,  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.  
 1949, wegen völliger Inaktivität, parteifeindlicher Einstell-  
 ung und Flucht nach dem Berliner Westen. (Austrittserklärung  
 in Anschluss umgewandelt).

**SED** SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS  
KREISVORSTAND ROSTOCK

HOPFENMARKT NR. 11—13  
FERNSPRECHER NR. 2841—43  
LANDESKREDITBANK NR. 1099

TAGEBUCH-NR. ABTEILUNG (3a) ROSTOCK, den 31.5.1949.  
KPKK.

An die  
SED-Betriebsgruppe "Universität"  
R o s t o c k

Betr. Ausschlüsse.

Werte Genossen !

Wir teilen Euch hierdurch mit, dass auf entsprechenden Antrag Eurerseits folgende Ausschlüsse erfolgt sind:

■ ■ ■ ■ ■  
(Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät)  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949 mit der Begründung, dass P. nicht partei- und klassenverbunden ist und seine Mitgliedschaft in der SED nach dem von P. gewonnenen Eindruck nur darauf zurückzuführen ist, hierdurch sein Studium zu ermöglichen.

■ ■ ■ ■ ■ durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949, ausgeschlossen mit folgender Begründung:  
Nachdem bei einer statistischen Erfassung in der medizinischen Fakultät festgestellt war, dass der in der Betriebsgruppe erfasste stud.med. ■ ■ ■ nicht im Besitze eines Mitgliedsbuches war, wurde er vom personalpolitischen Ausschuss dieserhalb befragt. A. gab an, nicht Mitglied der SED zu sein und auch nicht die Absicht zu haben, Mitglied zu werden. Da eine Nachfrage bei der Betriebsgruppe Universität in Greifswald, ■ ■ ■ dem Wohnort ■ ■ ■, zur Folge hatte, dass diese das Mitgliedsbuch von ■ ■ ■ nach hier schickte, legt nach Ansicht der Kreis-Untersuchungskommission ■ ■ ■ keinen Wert auf seine Mitgliedschaft in der SED und wird aus diesem Grunde ausgeschlossen.

■ ■ ■ ■ ■  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949 wegen Flucht nach dem Westen,

■ ■ ■ ■ ■  
ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949 wegen Flucht nach dem Westen.

(14) Landes-Druckerei, Rostock 6/48 A 6187 5000

Abbildung 5.3: Bestätigung einiger Parteiausschlüsse mit Begründung v. 31.05.1949



ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949 mit folgender Begründung:  
 Die Verhandlung gegen [REDACTED] hat ergeben, dass er sich im Laufe seiner Lehrtätigkeit an der Vorstudienanstalt als ein ausserst geschickt getarnter Reaktionsentpuppt hat, ein Reaktionsär, der es auf Grund seiner akademischen Vorbildung verstanden hat, politisch noch indifferente junge Menschen einzufangen. Die Genossen, die dem Marxismus schon sehr nahe stehen, hat er in den einzelnen Klassen isoliert. Wie das vorliegende Beweismaterial zeigt, hat [REDACTED] es nicht unterlassen, gegen die Vorstudien-Anstalt als demokratische Einrichtung vorzugehen und sie in Misskredit zu bringen. Besonders verwerflich ist die Bevorzugung der Oberschüler durch [REDACTED] und die bewusste Zurücksetzung der Arbeiter- und Bauernkinder. Diese Tatsache allein schon dürfte genügen, um den hiet gefassten Beschluss zu rechtfertigen."

Wir bitten Euch, die Einziehung der Mitgliedsbücher von [REDACTED] und [REDACTED] zu veranlassen.

Sozialistische Einheitspartei  
 Deutschlands  
 Kreisvorstand Rostock  
 Kreis-Partei-Kontroll-Kommission

[REDACTED]  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.5.49 wegen völliger Inaktivität und antosowjetischer Einstellung.

[REDACTED]  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.5.49 weil er sich nach seiner Abmeldung aus Schwerin im September 1947 in Rostock nicht wieder angemeldet und seit dieser Zeit auch keinen Parteibeitrag gezahlt hat.

[REDACTED]  
 ausgeschlossen durch Beschluss des Kreisvorstandes vom 27.2.1949, wegen völliger Inaktivität, parteifeindlicher Einstellung und Flucht nach dem Berliner Westen. (Austrittserklärung in Ausschluss umgewandelt).

Dr. ....

wiss. ....

Mitglied der Partei seit 1946

Zugehörigkeit zu Organisationen vor 1945 und 1933: keine

Schulbildung: Abitur und Hochschulstudium

Zugehörigkeit zu Massenorganisationen: keine

Anzeichnungen nach 1945: keine

Das bisherige Verhalten des ..... wie auch das Kader-  
Gespräche zeigte, dass sich ..... völlig uninteressiert unse-  
rer Partei gegenüber verhält. Zu seiner fachlichen Weiterentwick-  
lung äußerte er, dass seine Laufbahn in der Chir. Klinik beendet  
sei, da er nur vor Schwierigkeiten steht. Er bezeichnete die Zu-  
sammenarbeit Cliquenwirtschaft. Er hat die Absicht, sich in  
einem Stadt bzw. Kreiskrankenhaus zu bewerben, um, wie es den An-  
schein erweckt, ein ruhiger – wenn möglich Chef – Arzt zu werden.  
Er lehnt jegliche politische Weiterentwicklung ab mit der Begrün-  
dung, dass ihn an der Universität nichts mehr hält.

Dr. [REDACTED]

wiss. [REDACTED]

Mitglied der Partei seit 1946

Zugehörigkeit zu Organisationen vor 1945 und 1933: keine

Schulbildung: Abitur und Hochschulstudium

Zugehörigkeit zu Massenorganisationen: keine

Auszeichnungen nach 1945: keine

Das bisherige Verhalten des [REDACTED] [REDACTED] wie auch das Kader-  
gespräche zeigte, dass sich Gen. Dr. [REDACTED] völlig uninteressiert unse-  
rer Partei gegenüber verhält. Zu seiner fachlichen Weiterentwick-  
lung äußerte er, dass seine Laufbahn in der Chir. Klinik beendet  
sei, da er nur vor Schwierigkeiten steht. Er bezeichnete die Zu-  
sammenarbeit als Cliquenwirtschaft. Er hat die Absicht, sich in  
einem Stadt bzw. Kreiskrankenhaus zu bewerben, um, wie es den An-  
schein erweckt, ein ruhiger – wenn möglich Chef – Arzt zu werden.  
Er lehnt jegliche politische Weiterentwicklung ab mit der Begrün-  
dung, dass ihn an der Universität nichts mehr hält.

Abbildung 5.4: Karteikarte 1



.....

.....

Schwester in der UKK

Mitglied der Partei seit

Zugehörigkeit zu Organisationen vor 1945 und nach 1933: keine

Schulbildung: Volksbildung

Mitglied von Massenorganisationen: FDGB, FDJ, DSP

Auszeichnung nach 1945: keine

Die ..... hält den Zeitpunkt für eine berufliche Weiterentwicklung noch nicht für gekommen, da sie erst, seit kurzem in der Praxis steht und diese erst völlig beherrschen möchte, um eine weitere Entwicklung zu beginnen. Sie erklärt sich nach wie vor bereit, den Aufbau der Jugendarbeit in der UKK zu übernehmen, wenn ihr die von der Leitung versprochene Unterstützung zuteil wird. Einstweilen steht sie dieser Aufgabe noch recht skeptisch gegenüber, da nach ihren Äußerungen auf Station ganz offensichtlich Stimmung, im besonderen durch die Jungschwester einer anderen zugeschoben wurde, den diese dann in den Papierkorb warf, da sie wohl annahm, daß der Vorgang von der Genossin ..... nicht beachtet worden war. Der Zettel hatte folgenden Wortlaut „Vorsicht vor Schwester..... SED“

Persönliche Nöte und Sorgen hat sie nicht geäußert.

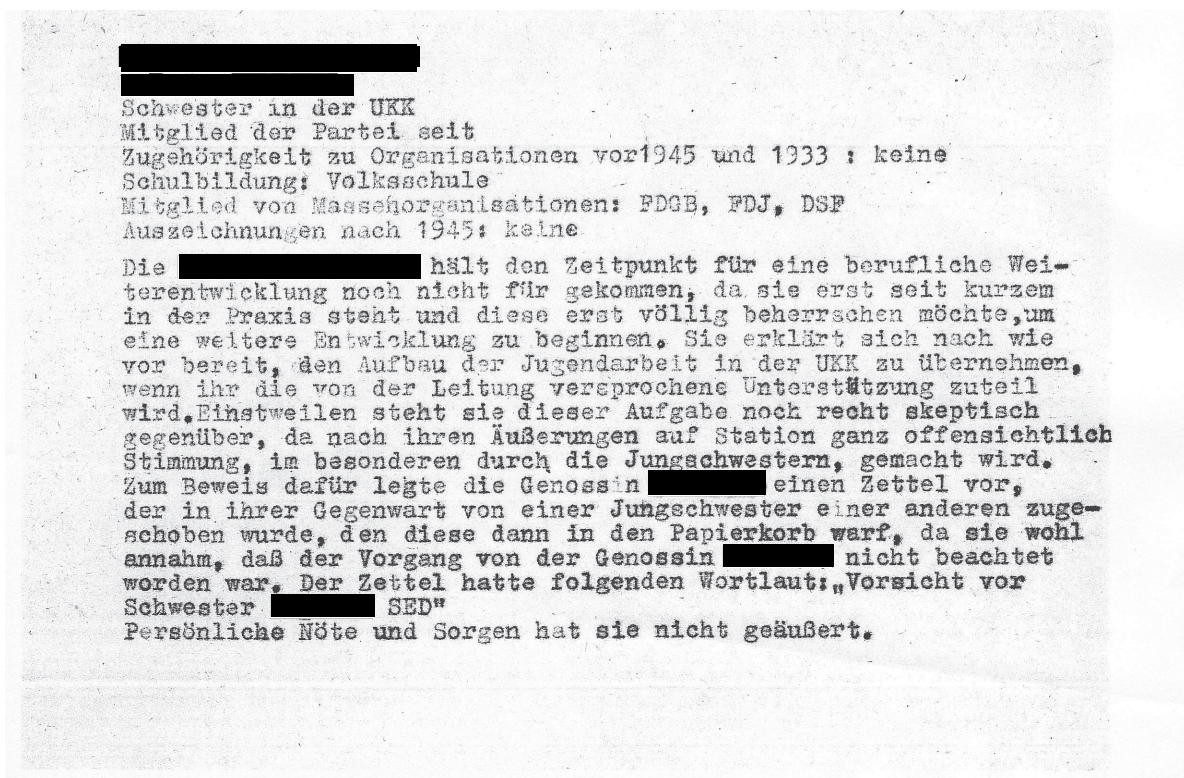


Abbildung 5.5: Karteikarte 2

## 5.5 Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Manfred Haiduk

Manfred Haiduk = **M.H.**, Maik Landsmann = **M.L.**

Ort,Datum: Rostock, 17.03.2009

**M.L.:** Könnten Sie bitte Ihren politischen Werdegang an der Universität schildern? (Beginn Studium, Eintritt in die Partei, Funktionen in der Partei im Laufe der Jahre)

**M.H.:** 1946 erhielt ich die Möglichkeit, im Landratsamt Neustrelitz eine Lehre als Verwaltungsangestellter aufzunehmen. Diese konnte ich vorzeitig nach zwei Jahren beenden. Noch im selben Jahr trat ich der SED bei, aus Überzeugung, wobei mich vor allem die philosophischen Aspekte interessierten. Da ich durch die Kriegsereignisse ohne Schulabschluss geblieben war, bewarb ich mich in Rostock an der Vorstudienabteilung der Universität. Ab hier verbindet sich mein Leben mit der Universität, von einer fünfjährigen Unterbrechung abgesehen. Von 1950 bis 1954 studierte ich Germanistik an der Universität Rostock. Welche Funktionen ich in der Partei an der Universität Rostock genau bekleidet habe, kann ich heute nicht mehr zweifelsfrei sagen. Ich erinnere mich, dass ich 1949 stellvertretender Vorsitzender der Fakultätsgruppe der SED an der ABF war. Des Weiteren war ich mehrere Jahre Mitglied der Fakultätsparteileitung an der Philosophischen Fakultät und der UPL. Ab 1950 hatte ich den Vorsitz des Studentenrats inne.

**M.L.:** Ab 1949 wird die Betriebsgruppe nach dem Vorlesungsverzeichnis in drei große Gruppierungen aufgesplittet: Studentengruppe, Dozentengruppe und Angestelltengruppe (mit Ausnahme der Kliniken). In den Akten ist zu lesen, dass eine Dozentengruppe unter Prof. Herz 1948 zum marxistischen Dozentenkreis umgewandelt worden ist. Wie ist nun aber die erstgenannte Untergliederung der Betriebsgruppe zu verstehen? War dies nur eine oberflächliche Einteilung, so dass die jeweiligen Studenten, Angestellten und Dozenten dennoch in die Fakultätsgruppen eingeordnet wurden?

**M.H.:** Der Dozentenkreis war keine strukturelle Einheit, sondern eine zeitweilige Studieneinrichtung innerhalb der Partei. Studenten, Dozenten, Angestellte hatten eigene Parteigruppen. Übergeordnet waren die Fakultätsgruppen bzw. die Grundeinheiten in der Verwaltung. Dem Dozentenkreis gehörten nicht nur Dozenten, sondern auch Mitglieder des wissenschaftlichen Nachwuchses an und wenn ich mich nicht täusche, konnten die sogar aus verschiedenen Fakultäten kommen. Es handelte sich also um eine Bildungseinrichtung der Partei, denke ich.

**M.L.:** Wie wurden die Bildungsabende der SED anfangs popularisiert? Geschah dies eher über Mundpropaganda, öffentliche Aushänge oder auf anderen Wegen?

**M.H.:** Das kann ich auch nicht genau sagen. Ich denke jedoch, dass dies durch Aushänge und durch Mitteilungen in den turnusmäßigen Versammlungen von statten ging. Am Ende der Versammlung wurde gesagt, wir kommen nächstes Mal in 14 Tagen zur selben Zeit, im selben Raum zusammen. Aber wahrscheinlich ist darüber hinaus auch noch ein Aushang gemacht worden.

**M.L.:** Können Sie sich an die Auslastung der Bildungsabende erinnern?

**M.H.:** Ich denke, dass die in dieser Zeit immer sehr gut war. Zur Stärke kann ich aber nichts mehr sagen.

**M.L.:** Welche Bedeutung hatte die FDJ-Hochschulgruppe an der Universität in den Anfangsjahren?

**M.H.:** Ausführlich wird darauf in der Universitätsgeschichte von 1969 eingegangen. Ich denke, dass Sie in der Universitätsgeschichte bereits nachgelesen haben. Darauf eingegangen bin ich in meinen Zeitzeugenberichten zur Uni und zur ABF. In der Universitätsgeschichte wird das naturgemäß positiver dargestellt, als ich das damals selbst gesehen habe. Zuerst bin ich Mitglied der SED und anschließend aus Parteidisziplin an der ABF auch Mitglied der FDJ geworden, denn für mich war die FDJ ein „Tanzverein“ - Was sicher so nicht absolut stimmte, doch ich hatte so eine gewisse Abneigung. Dies schloss dann auch wieder nicht aus, dass ich als Studentenratsvorsitzender ein sehr gutes Verhältnis zum Hochschulgruppensekretär der FDJ hatte. Seinen Namen weiß ich nicht mehr, doch ich weiß genau, dass wir uns sehr oft gegenseitig „gefrotzelt“ haben, was nicht immer sehr ernst gewesen ist. Um das auch gleich mal zur Situation hinzuzufügen: Dieser Hochschulgruppensekretär ist irgendwann, ich glaube, er war auch noch FDJ-Sekretär oder war es auch nicht mehr, in den Westen gegangen.

**M.L.:** Der Studentenrat an der Universität Rostock wurde in den 50er Jahren aufgelöst. Was würden Sie als die wichtigsten Aspekte auf dem Weg zur Auflösung des Studentenrates benennen?

**M.H.:** Das habe ich ebenfalls ziemlich ausführlich für die ABF-Untersuchung dargestellt. Offiziell ist der Studentenrat nie aufgelöst worden. Er ist im Grunde „eingeschlafen“.

**M.L.:** Was genau verstehen Sie unter „eingeschlafen“?

**M.H.:** Noch an der ABF war ich in den Studentenrat gewählt worden und wurde letzter Vorsitzender. Der Studentenrat hatte einen Haushalt in Millionenhöhe. Das hing damit zusammen, dass die Mensen dem Studentenrat unterstanden. Er hat bspw. zur Verpflegung für das Mensaessen Schweine bei den Universitätsgütern eingekauft oder Brot und Öl erworben, die sie unter den Studenten verteilten. Hierbei handelte es sich um organisatorische Aufgaben, die eigentlich zur Verwaltung gehörten. Diese sind dann 1951 oder 1952 von der Verwaltung übernommen



worden. Als Studentenvertretung wurde der Studentenrat durch die FDJ abgelöst, was ich immer für einen Fehler hielt. Der damalige Rektor Prof. Schlesinger legte Wert darauf, dass bei entsprechenden Gelegenheiten nach wie vor der Vorsitzende des Studentenrates als Studentenvertreter eingeladen wurde, nicht der FDJ-HGL-Sekretär. Folglich wurde ich stets von ihm eingeladen, wenn der Studentenvertreter eine Rolle spielte. Ich kann jetzt nicht genau sagen, bis wann der Studentenrat als Institution bestand. Irgendwann existierte der Studentenrat nicht mehr - auch ohne formelle Auflösung. Das lag daran, dass ein Student aus dem Studentenrat, der sein Examen ablegte, ausschied und ab 1950 keine Neuwahlen für diese Sitze im Studentenrat durchgeführt wurden. In der Universitätsgeschichte heißt es ganz allgemein, der Studentenrat bestand noch einige Zeit.

**M.L.:** Welche Bedeutung kam den Fraktionssitzungen der SED-Mitglieder des Studentenrates zu und aus welchem Grund wurden sie veranstaltet?

**M.H.:** Alle Fraktionen im Studentenrat hatten ihre Fraktionssitzungen (SED, CDU, LDP). Es ging, mit Ausnahme des letzten Studentenrates, zu, wie in einem bürgerlichen Parlament. In den Fraktionssitzungen der einzelnen Parteien wurden die Studentenratssitzungen vorbereitet. Manchmal verließ eine Fraktion eine Sitzung, um den Studentenrat beschlussunfähig zu machen. Das veränderte sich erst beim letzten Studentenrat, dem Studentenrat der Nationalen Front. Somit waren die Studentenratswahlen von 1950 gewissermaßen ein Probelauf für die Volkswahl im gleichen Jahr. Die Kandidaten wurden also gemeinsam von den drei Parteien aufgestellt. Nun gab es nicht mehr dieses Gerangel zwischen den Parteien, wie das vorher üblich war. Bei den Sitzungen, die öffentlich waren, gab es stets einen starken Andrang der Studierenden, da jeder mit Sensationen rechnete. Dies konnte z.B. der Auszug einer Fraktion aus der Sitzung sein. Ähnlich verhielt es sich, wenn die Protokolle der Sitzungen ausgehängt wurden. Es lagen immer umfangreiche Protokolle vor. Die Studenten standen Schlange.

**M.L.:** Kommen wir zu einem anderen Thema. An der Universität hat sich im Dezember 1946 die SED-Betriebsgruppe gebildet. In den ersten Jahren gab es keine Zulassungsbeschränkungen. Dies änderte sich 1948/49. Worin besteht der Unterschied zwischen einem Kandidaten und einem Mitgliedes hinsichtlich der Parteiarbeit?

**M.H.:** Beide waren gleichgestellt. Die Kandidaten hatten jedoch auf den Delegiertenkonferenzen kein aktives Stimmrecht. Zudem bekamen sie spezielle Aufträge, die nach einer gewissen Zeit abgerechnet wurden.

**M.L.:** Wie lange wurde der Kandidatenstatus aufrechterhalten und welche Verstöße führten zu dessen Auflösung?

**M.H.:** Die Kandidatenzeit betrug, wenn ich mich recht erinnere, zwei Jahre, bei Arbeitern ein Jahr. Bei Verstößen konnte es sich immer nur um Verstöße gegen das

Parteistatut handeln. Die Handhabung der einzelnen Verstöße unterlag keinem festgelegten Automatismus. Die Grundorganisation der Parteiorganisation entschied stets individuell.

**M.L.:** Was geschah mit den Mitgliedern bzw. Kandidaten, die aus der Partei ausgeschlossen wurden?

**M.H.:** Generell nichts. Bei schweren Verstößen, also Kriminalität oder sog. ideologischen Fehlern, konnte die Festlegung getroffen werden, dass jemand befristet in der Produktion arbeiten musste. Es handelte sich also um eine „Arbeitsstrafe“, wenn man Arbeit in diesem Zusammenhang als Strafe sieht. In der Literatur ist bspw. nachzulesen, dass ein Betroffener zwei Jahre irgendwo in der Produktion beschäftigt war und anschließend sein Studium fortsetzte.

**M.L.:** Sie sprachen soeben die Grundorganisationen an. Wie würden Sie die Atmosphäre in den Sitzungen der Universitätsparteileitung bzw. der Leitungen der Grundorganisationen beschreiben?

**M.H.:** Aus der Erinnerung heraus fand ich das damals gut. Es gab eine weitgehend offene Diskussion, wobei das eine Zeit war, zu der das mit der offenen Diskussion so eine Sache gewesen ist. Es gab bestimmte Tabus über die damals nicht gesprochen wurde. Es war die Zeit, vor dem 20. Parteitag, in welcher der Stalinismus die Parteiarbeit noch sehr prägte. Doch wenn dies bei der Betrachtung berücksichtigt wird, fand ich das insgesamt ganz gut. Das war allerdings auch immer abhängig davon, wie stark dogmatische Einstellungen dominierten. Das konnte also von Grundorganisation zu Grundorganisation anders sein.

**M.L.:** Ich habe in den Akten Informationen gefunden, die daraus schließen lassen, dass Wortgefechte stattgefunden haben und dass es zu gegenseitigen Beleidigungen kam. Können Sie diesen Eindruck bestätigen?

**M.H.:** Ja, das halte ich nicht für ausgeschlossen.

**M.L.:** Innerhalb des Parteiapparates gab es unterschiedliche Aufgaben, woraus unterschiedliche Stellungen im System resultierten. Welche Positionen waren im Parteiapparat die bedeutendsten? Wie würden Sie die Stellung der Sekretäre, speziell des Parteisekretärs, einordnen?

**M.H.:** Die bedeutendste Stellung war die des Parteisekretärs der Universität, da dieser die Hauptverantwortung für die Parteiarbeit hatte. Eine ebenso wichtige Position im Universitätsgefüge war die des Rektors. Er trug die wesentliche Verantwortung für die Arbeit an der Universität. In den ersten Jahren sind die Parteisekretäre aus dem Parteiapparat an die Universität delegiert worden. In späteren Jahren waren es Hochschullehrer, die Parteisekretäre wurden. Sie übernahmen diese Funktion während einer Wahlperiode und kehrten anschließend wieder in die wissenschaftliche Arbeit zurück. Andernfalls wären sie „wissenschaftlich tot“



gewesen. Hauptsächlich waren es Persönlichkeiten, die einen wirklich guten Ruf an der Universität vorweisen konnten. Bspw. Heinrich Vogel<sup>5</sup>, ein Philosoph, der unter anderem bei den Naturwissenschaftlern wegen seiner Kenntnisse großes Ansehen genoss. Aufgrund dessen führte er auch dort einen Zirkel durch. Ähnlich war dies bei den HGL-Sekretären, die aus der Studentenschaft oder der Assistentenschaft gewählt wurden.

**M.L.:** Könnten Sie eine kurze Charakteristik über die Parteisekretäre Bonnen sowie Uszkoreit (Auftreten, Vorträge, Umgang mit anderen Parteimitgliedern usw.) und ihre Funktionen innerhalb des Parteiapparates erläutern?

**M.H.:** Bezüglich Uszkoreit kann ich mich nur dem Namen nach erinnern. Das hing aber damit zusammen, dass ich erst 1948 nach Rostock gekommen bin und Uszkoreit war ja wohl nur bis 1948 da?

**M.L.:** Nein, er war bis Ende 1950 an der Universität Rostock, wurde anschließend von Bonnen in der Funktion als Parteisekretär abgelöst und wechselte ab 1951 in das Ministerium für Kultur.

**M.H.:** Wie gesagt, war ich zu dieser Zeit an der ABF. Warum ich mich nicht an ihn erinnern kann, kann ich auch nicht mehr sagen. An Willi Bonnen kann ich mich gut erinnern. Er ist für mich nicht der negative Funktionärstyp gewesen, kein Sektierer. Ich meine, dass er eher ausgleichend gewirkt hat und in dieser Zeit konnte man ja schnell mal ein Sektierer sein.

**M.L.:** Was genau verstehen Sie unter „Sektierer“?

**M.H.:** Na ja ich meine damit z.B. sektiererische Einstellungen gegenüber bürgerlichen Professoren.

**M.L.:** Also, hetzerische Einstellung?

**M.H.:** Hetzerisch ist zu übertrieben. Ein Sektierer ist einer, der nicht zu der Organisation gehört, in der er tätig ist, sondern der seine eigenen Vorstellungen hat, die er in jeder Lage vertritt und diese unter allen Umständen durchzusetzen versucht.

**M.L.:** Sie sagten, dass Willi Bonnen eher „ausgleichend“ gewirkt hat? Können Sie dies weiter ausführen?

**M.H.:** Wenn es also solche sektiererischen Einstellungen gegenüber Parteilosen gegeben hat, hat er die „Wogen geglättet“ oder die Einstellung der jeweiligen Person kritisiert.

**M.L.:** Wie wurden Befehle bzw. Bestimmungen überwiegend von der Parteileitung zu den unteren Ebenen (Fakultätsgruppen und später Grundorganisationen) übermittelt?

---

<sup>5</sup>1959-1972 Dozent für Dialektischen und Historischen Materialismus 1972-1977 o. Professor für Dialektischen und Historischen Materialismus(Institut für Gesellschaftswissenschaften); CPR: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002301](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002301).

**M.H.:** Befehle gab es nicht. Es gab Aufträge, die auch diskutiert wurden, bevor man sie erteilte. Ob diese Aufträge damals in mündlicher oder schriftlicher Weise erteilt wurden, weiß ich nicht genau, trotz dieser umfangreichen Protokolle bzw. des riesigen Schriftverkehrs, der angelegt worden war. Ich kann mich nicht daran erinnern, ob es in solchen Fällen auch schriftliche Anweisungen gegeben hat. Mit Sicherheit ist zu sagen, dass der Universitätspartei sekretär oder einer der Stellvertreter in regelmäßigen Abständen Sekretärsberatungen mit den Sekretären oder deren Vertretern aus den Fakultäten bzw. der Verwaltung abhielt. Dort wurden an sich die Fragen besprochen, die in der nächsten Zeit gelöst werden sollten. Im Zuge der Veranstaltungen wurden unter Umständen Aufträge verteilt, die die Sekretäre meistens mit ihren Leitungen innerhalb der jeweiligen Grundorganisation zu bearbeiten hatten.

**M.L.:** Welche Größenordnung (Anzahl) hat die 1951 eingeführte Parteigruppe als die kleinste Einheit in der Parteistruktur an der Universität? Wie wurden diese gebildet bzw. nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder ausgewählt?

**M.H.:** Ich glaube, dass zu einer Parteigruppe mindestens drei Genossen bzw. Genossinnen gehörten. Wenn also in einer Studentengruppe in einem Studienjahr drei Mitglieder bzw. vier bis fünf Mitglieder der Partei waren, dann bildeten diese eine Parteigruppe. Beispielsweise hatte eine Fakultät meiner Meinung nach vier oder fünf Parteigruppen. Daraus folgend gab es vier Studienjahre, aus den Studienjahren wurden vier Parteigruppen gebildet, wobei noch eine Parteigruppe Lehrkörper hinzukam. Das war unter Umständen die fünfte. Bei den Parteigruppen war das Strukturprinzip entscheidend. Das Arbeitskollektiv, das den Hauptbestandteil des Tages miteinander verbrachten, indem es täglich zusammen war, zusammen arbeiteten und zusammen Vorlesungen besuchte, bildete somit eine Einheit. In der Verwaltung wurden demzufolge auch entsprechende Parteigruppen eingerichtet. Ich versuche das mal kurz zu rekonstruieren, aber ich kann nicht mit Sicherheit ihre Existenz bestätigen. Denkbar waren beispielsweise eine Parteigruppe Rektorat, Parteigruppe Mensa oder eine Parteigruppe Finanzabteilung.

**M.L.:** Wenn ich das jetzt richtig verstehe, wurden je nach den Abteilungen in der Verwaltung bzw. Fachrichtungen der Fakultäten Parteigruppen gebildet?

**M.H.:** Ja das ist korrekt. Zum Verständnis wäre die Parteigruppe Finanzabteilung somit ein Teil der Grundorganisation Verwaltung.

**M.L.:** Welche Bedeutung kam den Delegiertenkonferenzen und Parteiaktivtagungen zu?

**M.H.:** Auf den Delegiertenkonferenzen wurde der Bericht über die Arbeit der Leitung der vergangenen Legislaturperiode durch den Parteisekretär erstattet. Zudem wurden die künftigen Hauptaufgaben diskutiert. Anschließend wurde dann die neue Universitätsparteileitung gewählt.

**M.L.:** Wurden auf der Delegiertenkonferenz auch die Parteileitungen der Grundorganisation bestimmt?

**M.H.:** Nein. Die Parteileitungen der Grundorganisationen wurden in einer regulären Versammlung der Grundorganisation von deren Mitgliedern gewählt. Es könnte sein, dass die Parteileitungen der Grundorganisationen neu jährlich gewählt wurden, wobei die Parteileitung der Universität immer alle zwei Jahre zur Wahl stand. In den Grundorganisationen wurde die Wahl also auf einer turnusmäßigen Versammlung, der Wahlversammlung, durchgeführt. Der Ablauf glich dem der Delegiertenkonferenz. Von der Berichterstattung ging es zur Besprechung der Hauptaufgaben der Leitung über die Aufstellung der neuen Kandidaten zur Wahl der neuen Leitung. Am Ende der Versammlung konstituierte sich dann die neue Leitung, wie auf der Delegiertenkonferenz. Zuletzt wählte die neue Leitung den Parteisekretär.

Parteiaktivtagungen wurden aus wichtigem Anlass durchgeführt, wobei Aufgaben diskutiert und evtl. dazu auch Beschlüsse gefasst wurden. Ich kann mir vorstellen, dass sie des Weiteren zur Vorbereitung der Volkswahlen genutzt worden waren.

**M.L.:** Wie gestaltete sich die Wahl des Parteisekretärs der Parteileitung? Es scheint, als ob dieser, wie alle anderen Kandidaten zur Wahl stand. Hat diese Position Einfluss auf die Wahl des Parteisekretärs?

**M.H.:** Wie ja schon der Name Delegiertenkonferenz verrät, waren dort die Genossinnen und Genossen, die in den Grundorganisationen zu dieser Versammlung delegiert worden sind. Meinetwegen bestand eine Grundorganisation aus 30 Genossen. Nach einem bestehenden Schlüssel konnten dann fünf Mitglieder zur Delegiertenkonferenz delegiert werden. Diese wurden in einer Versammlung der GO gewählt, nahmen an der Delegiertenkonferenz teil und wählten die neue Parteileitung. Um es nochmal zu sagen: die Parteileitung wählte dann aus ihrer Reihe den Parteisekretär. Man darf in diesem Zusammenhang nicht glauben, dass es unbedingt wünschenswert war, viele Funktionen zu haben. Es gab solche Funktionen, die einen wirklich „aufgefressen“ haben. In den späteren Jahren, als der Parteisekretär aus dem Lehrkörper kam, kann ich mir nicht vorstellen, dass da ein Parteisekretär über mehrere Wahlperioden hinweg die Funktion ausgeübt hat.

**M.L.:** Das war lediglich in der Anfangszeit noch so.

**M.H.:** Ja. Dies war der Fall bei den hauptamtlichen eingesetzten Parteisekretären der Universität, welche direkt aus dem Parteiapparat, von der Kreis-, Bezirks- oder Landesleitung delegiert wurden.

**M.L.:** Im Zuge der II. Hochschulreform wurden die Berufspraktika für Studenten eingeführt. Welche Besonderheiten bzw. welche Untersuchungen zur Kontrolle unterlagen wie Berufspraktika?

**M.H.:** Die Berufspraktika waren Angelegenheit der jeweiligen wissenschaftlichen Einrichtung. Die Diplomgermanisten z.B., das weiß ich aus eigener Erfahrung, absolvierten ihr Praktikum in Weimar im Goethe- und Schillerarchiv bzw. den Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten. Die Chemiker wurden bspw. in mitteldeutschen Großbetrieben der Chemie eingesetzt. Vorbereitet wurden die Berufspraktika von der Fakultät bzw. dem Institut in Zusammenarbeit mit der Einrichtung, in der die Studenten ihr Praktikum abzuleisten hatten. Es liegt nahe, dass die Verantwortlichen Möglicherweise Unterstützung vom Prorektorat für Studienangelegenheiten erhielten. Obwohl ich Prorektor war, kann ich dies jedoch nicht genau bestätigen. Ich kann mir aber vorstellen, dass die zuständigen Referenten auf jeden Fall geholfen haben, was organisatorische Probleme anbetraf. In den Fakultäten waren die Stellvertreter für Ausbildung und Erziehung, die stellvertretenden Dekane für Ausbildung und Erziehung zuständig.

**M.L.:** Aus den Akten geht hervor, dass sog. Brigaden in die Betriebe zur Kontrolle der Arbeit der Studenten gegangen sind. Zum Verständnis waren Brigaden drei- bis vier-Mann-Gruppen, die als Kontrolleinheit eingesetzt wurden. Stimmen Sie dem zu?

**M.H.:** Daran kann ich mich, aufgrund des zeitlichen Abstandes, nicht mehr erinnern. 1953, ich weiß nicht, ob das noch mit meiner Studentenratsfunktion zu tun hatte, bin ich mit einem anderen Studenten von der Universitätsleitung nach Thüringen und Sachsen-Anhalt geschickt worden, um dort zu sehen, ob unsere Studenten Probleme haben. Dies lag daran, dass es zu dieser Zeit überall, insbesondere in Mitteldeutschland, Aufstände gegeben hatte, speziell in den Großbetrieben und aufgrund dessen sollten wir nach dem Rechten schauen. Es gab aber keine Probleme mit unseren Studenten. Dies könnte als eine Art Kontrolle angesehen werden.

**M.L.:** Ich habe des Öfteren von diesen Einsätzen in den Akten gelesen.

**M.H.:** Es kann schon sein, dass , jetzt, wo sie es sagen, es wahrscheinlich üblich gewesen war, während des Praktikums von der Universität oder vom Institut Kontrolleure beim Praktikumsbetrieb vorbeizuschicken. In diesem Zusammenhang ging es auch darum, zu schauen, ob die Betriebe die Studenten richtig einsetzten. Denn es stellte sich stets die Frage: Schicken wir auch im nächsten Jahr wieder Studenten dorthin?

**M.L.:** Also handelte es sich um eine ausgewählte Anzahl von Leuten, die auch nach dem Befinden der Studenten schauten?

**M.H.:** Ja.

**M.L.:** Eine der Durchführungsbestimmungen der II. Hochschulreform legte die Umstellung des Lehrbetriebes auf das 10-Monate-Studienjahr fest. Wie würden Sie das erste 10-Monat-Studienjahr beschreiben? Eher Erfolg oder mehr Belastung?

**M.H.:** Im Lehrkörper gab es natürlich Gegner, wie auch wieder in der Unigeschichte nachzulesen ist. Ich konnte mich daran gar nicht mehr erinnern, wenn ich diese nicht genutzt hätte. Die Ursache für die Einstellung mancher Professoren war ihre generelle Aversion gegen die DDR. Demzufolge stellten sie alles in Frage, was sich in irgendeiner Form veränderte. Logischerweise existierten in diesem Zusammenhang viele berechnigte Fragen. Kann man das so durchführen, wie es vorgesehen ist? Ich bin z.B. ein ausgesprochener Gegner der dritten Hochschulreform gewesen und habe dazu auch immer meine offene Meinung gesagt. Man musste nicht unbedingt Gegner des Staates sein, um Maßnahmen des Staates in Frage zu stellen. Das gilt sicherlich auch hier, für die II. Hochschulreform. Ich finde, dass das 10-Monatestudienjahr für die Studenten erstmal eine Erleichterung mit sich brachte. Ich weiß nicht, wie das heute ist. Wenn Sie das Studium beginnen, wissen Sie genau, welche Lehrveranstaltung, sie belegen müssen?

**M.L.:** Heutzutage hängt das u.a. vom Studiengang ab, da einige Studiengänge wie bspw. Medizin einen genauen Semesterplan mit den ganzen Vorlesungen, Übungen und Praktika vorgelegt bekommen.

**M.H.:** Bei uns gab es früher massenweise Aushänge und jeder musste sich seinen Studiengang herausuchen. Keiner wusste so recht, was zu belegen war bzw. was geprüft wurde. Insofern war die Erstellung von Studienplänen eine enorme Erleichterung. Die Studenten wussten im ersten Semester, welche Vorlesungen und Seminare sie im Studium zu besuchen hatten; Im ersten Semester die und die, im zweiten Semester die und die, etc. Dann und dann sind die und die Zwischenprüfungen. Das es zur Überlastung gekommen sein kann, ist durchaus denkbar, wie es meistens bei solchen Maßnahmen der Fall ist. Es gab in diesem System natürlich ausgesprochene Fehler. Die Lehramtsstudenten, ich war Diplomstudent, studierten nur noch ein Fach. Die Nebenfächer waren weggefallen. Ich hatte ursprünglich noch Geschichte und Psychologie als Beifächer und studierte von da an nur noch Germanistik. Das hatte für mich den Vorteil, dass ich ein so umfassendes Germanistikstudium vorweisen kann, wie man es wahrscheinlich vorher und dann vor allem nachher nicht mehr hatte. Unter anderem lernte ich noch Altnordisch; allerdings fakultativ, Gotisch war obligatorisch. Manches war eine Last, da ich mich eher für altnordisch interessierte und weniger für Gotisch. Nichtsdestotrotz war das neue System sehr fördernd für unser Germanistikstudium. Es war wirklich ein Germanistikstudium und nicht Studium Deutsch, wie es eigentlich für die meisten später hätte heißen müssen. Ich kann also auf eine breitgefächerte und spezielle Ausbildung zurückblicken. Im Gegensatz dazu hatte dieser Umstand für die Lehramtsstudenten natürlich die verheerende Wirkung, dass sie an der Schule mit einem Fach nicht unterrichten konnten. Deshalb mussten sie sich also doch die Kenntnisse eines zweiten oder dritten Faches aneignen, um überhaupt einsatzfähig zu sein. Im ersten Moment fragt man sich, wie so etwas nur geschehen konnte. Später wurde



dieses große Problem irgendwie korrigiert, aber es gab viele Lehrergenerationen, die darunter noch zu leiden hatten.

**M.L.:** Wurde durch die Einführung des 10-Monate-Studienjahrs die Lehre an der Universität verbessert?

**M.H.:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das war höchstwahrscheinlich von Fakultät zu Fakultät bzw. von Lehrkraft zu Lehrkraft unterschiedlich.

**M.L.:** Auf welchen Wegen wurden neue Informationen bzw. Kundgebungen an die Studenten und Dozenten der Universität Rostock herangetragen? Was sind Ihrer Meinung nach, die drei geläufigsten Mittel zur Verbreitung?

**M.H.:** Am häufigsten vertreten waren Aushänge, wie ich schon erwähnt habe. Diese fielen bei Studienbeginn als erstes ins Auge und dies setzte sich dann über das ganze Studium fort. Weiterhin denkbar war die Informationsweitergabe auf Versammlungen. Ich kann das nicht genau bestätigen, jedoch war es so, dass damals in dieser frühen Zeit fast jeden Abend irgendeine Veranstaltung stattfand. Dem kann ich nur hinzufügen, dass ich nicht den Eindruck habe, dass wir damals an Informationsmangel gelitten hätten. Im Gegenteil würde ich sagen, dass diese vielen Versammlungen verheerend für die Studenten waren. Die Zeit hätte besser für das Studium verwendet werden können, z.B. für das Lesen.

**M.L.:** Die Parteileitung forderte die Sekretäre der Grundorganisationen auf, die Wahlordnung der Volkswahl auf der Mitgliederversammlung ihrer Grundorganisation zu bejahen und die anderen aufzufordern, ebenso zu reagieren. Wie sahen die Reaktionen daraufhin aus?

**M.H.:** Ich weiß nicht, wie reagiert wurde. Im Großen und Ganzen vermutlich positiv, zumindest formal. Das war in der Zeit so.

**M.L.:** D.h. Sie waren in der Zeit, eigentlich dagegen, haben aber gesagt: ja, machen wir?

**M.H.:** Ja, um des lieben Friedens willen. Es mag auch heftige Diskussionen gegeben haben. Ich kann mich jedoch nicht daran erinnern.

**M.L.:** Im Oktober 1954 kam es zur Volkswahl in der DDR. Die Parteileitung der Universität war sehr bemüht, diese zu popularisieren. Welche Mittel setzten sie ein? Wie konnten sie die Mehrheit der Universität erfassen? Wie viele Mitglieder und Kandidaten waren Ihrer Meinung nach schätzungsweise im Einsatz?

**M.H.:** Mittel zur Popularisierung der Volkswahl war die Weiterleitung von Informationen über die Parteimitglieder, über die Gewerkschaften oder über die FDJ. Zahlen sind mir in diesem Zusammenhang nicht bekannt. Vermutlich waren es aber schon die meisten Parteimitglieder, die daran beteiligt waren.

**M.L.:** Welche Vorbereitungen wurden hinsichtlich der Volkswahl 1954 getroffen?

Was hatte es mit den sogenannten Patenbezirken auf sich? Erinnern Sie sich noch, welche Wahlbezirke 43, 44 und 46 waren?

**M.H.:** Nein, nicht genau. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass solche Wahlbezirke wahrlich existierten. In diesem Zusammenhang weiß ich auch noch, dass sich einer dieser (der o.g.) Wahlbezirke dort befand, wo Sie jetzt wohnen, in der Wokreuter Str. in der Altstadt. Die Altstadt war ein Schwerpunkt für unsere Parteiarbeit. Wir sind dort hingegangen und haben bei der Wahlvorbereitung geholfen.

## Personenverzeichnis

- Albrecht, Erhard S. 88f  
Ammer Thomas S. 19ff, 60, 113  
Arndt, Julia S. 56
- Bernitt, Hartwig S. 30, 32, 41, 63, 113  
Biester, Erich S. 89, 92  
Birkner, Fred S. 89  
Blümer, Ernst S. 53f, 55, 74, 88, 91ff  
Böhm, Rudi S. 92f  
Bonnen, Wilhelm S. 54f, 57, 74, 77, 87f, 91ff, 98, 104, 136  
Bossow, Günther S. 88f  
Bresch, Mia-Elisabeth S. 37  
Burzan, Gerhard S. 89, 91
- Dieckmann, Jürgen S. 31  
Doll, Heinz S. 88f  
Dombrowsky, Betty S. 88f  
Dombrowsky, Heinz S. 54, 74, 91ff  
Düwel, Hans-Wolfgang S. 31
- Eckermann, Walter S. 37  
Engelmann, Roger S. 16, 115  
Esch, Arno S. 60, 62
- Fabisch, Ruth S. 19  
Fait, Barbara S. 13f, 113  
Feige, Hans-Uwe S. 34, 113  
Frels, Gerda S. 92  
Friederici, Hans-Jürgen S. 55  
Friedrichs, Karl-Heinz S. 41, 48, 51f, 54f, 67  
Fudzinsky, Anita S. 88, 91
- Gill, Gerhard S. 55  
Goldenbaum, Günter S. 42  
Görs, Siegfried S. 53, 55, 67  
Grabosch, Günter S. 62  
Gross, Ernst S. 41
- Grünberg, Gottfried S. 13ff, 26f, 30, 43, 38f  
Grunwald, Sabine S. 33, 63, 113
- Haiduk, Manfred S. 5, 10, 32, 42, 61, 64f, 70, 72f, 76ff, 87, 92, 99, 104, 107, 132ff  
Handschuck, Martin S. 7, 24ff, 29f, 33, 39f, 43, 47, 51, 54, 57, 60, 62, 77, 114  
Harig, Gerhard S. 21, 81  
Hartke, Werner S. 53f, 92  
Hartwig, Angela S. 22, 113  
Heidorn, Günter S. 7, 28, 114  
Hein S. 54  
Henk, Wolfgang S. 89, 92  
Hennings, Hans S. 47f, 53f  
Herz, Heinz S. 42, 85, 132  
Herzig, Jobst D. S. 15f, 114  
Hilde, Christel S. 88  
Hildebrandt, Wolfgang S. 37, 41  
Hintz, Günther S. 31  
Hochfeld, Siegfried S. 55  
Höcker, Wilhelm S. 13f  
Hoffmann, Horst S. 28ff, 42f, 47, 52, 58, 60ff, 114  
Höhn S. 51, 53f  
Horn, Werner S. 36, 115  
Hückel, Kurt S. 42, 55, 88, 92  
Husemann, Rudolf S. 18, 56, 116
- Iwanow (Sowjet. Prof.) S. 24, 28
- Jacobs, Walter S. 36  
Jahn, Werner S. 51  
Jawinski, Erich S. 52f  
Jessen, Ralph S. 6, 21, 114  
Jessin (Major) S. 15

- Kasjanow (Major) S.15**  
**Katsch, Gerhardt S. 29 ,114**  
**Katzmann, Margarete S. 89, 92**  
**Kempe, Rudolf S. 36, 53f**  
**Kleiber, Günther S. 89**  
**Klemm, Horst S. 53**  
**Koch, Heinz S. 36, 41f**  
**Köhler, Fritz S. 47**  
**König, René S. 10, 44, 46, 63, 78, 114**  
**Kowalczyk, Ilko-Sascha S. 34, 114**  
**Krebs, Lothar S. 31**  
**Krebs, Paul S. 89**  
**Kretzschmar, Otto S. 77, 114**  
**Krönig, Waldemar S. 83, 114**  
**Krüger, Manfred S. 52f, 62**  
**Kuntze, Joachim S. 37**  
**Kurz, Julius S. 47**  
  
**Liebau S. 48**  
**Lohmeyer, Ernst S. 28**  
**Luck, Herbert S. 8, 88, 91ff, 114**  
**Lucko, Karl S. 51**  
  
**Malycha, Andreas S. 8, 17, 19ff, 24, 35ff, 47, 114/5**  
**Manthey, Hans S. 17**  
**Mehlig, Johannes S. 81, 115**  
**Miethe, Ingrid S. 17, 19, 116**  
**Mohrdieck S. 91**  
**Möller, Otto S. 13f**  
**Möller, Richard S. 16, 25**  
**Müller, Fritz S. 16, 41, 92 (Hochschullehrer)**  
**Müller, Fritz S. 41 (SED-Studentenvertreter)**  
**Müller, Klaus-Dieter S. 16, 83, 114**  
**Müller, Marianne u. Egon S. 7, 67, 95, 98, 115**  
**Müller, Werner S. 11**  
  
**Neugebauer Gero S. 106, 115**  
**Neuhaus, Curt S. 31**  
**Neumann, Werner S. 47f**  
**Nosty, Hans S. 52**  
  
**Ohls, Hans S. 89, 91**  
  
**Pannwitz, Edith S. 88f**  
**Peuss, Hans-Jürgen S. 41**  
**Pittelkau S. 35**  
**Polzin, Martin S. 85**  
**Prokop, Siegfried S. 21, 115**  
  
**Reichel Thomas S. 8, 35f, 115**  
**Resch, Gerhard S. 52f, 67, 97**  
**Rienäcker, Günter S. 17, 19, 22, 24, 27ff, 33, 88f, 116**  
**Richert, Ernst S. 58, 81f, 115**  
**Richter, Michael S.8, 67, 102, 115**  
**Riegert, Kristina S. 55, 116**  
**Roger, Gerhard S. 62**  
**Rößler, Ruth-Kristin S. 11, 19, 22f, 116**  
**Rubach, Hans-Jürgen S. 37**  
**Ruddies, Günther S. 60**  
**Rudolph, Hedwig S. 18, 56, 116**  
**Rumohr, Horst S. 47**  
**Runge, Anneliese S. 88, 92**  
**Rungenhagen, Walter S. 36f**  
  
**Scheithauer, Heinz S. 88, 91**  
**Seemann, Ulrich S. 52ff**  
**Seils, Markus S. 15ff, 26ff, 32ff, 44, 46, 116**  
**Schlesinger, Erich S. 8, 21, 27 ,29,81, 92, 117, 134**  
**Schmidt, Tilmann S. 17, 113**  
**Schreiner, Klaus S. 38, 116**  
**Schulz, Hans-Jürgen S. 83, 116**  
**Schulz, Ursula S. 92**  
**Schwander, Heinz S. 53f**

- Sellin, Wolfgang S. 62  
Seuthe, Franz S. 92  
Skyba, Peter S. 63, 116  
Sobottka, Gustav S. 12ff  
Soldwisch, Ines S. 11f, 34, 116  
Solochutin S. 15  
Stark, Walter S. 53f  
Steffen S. 35  
Struck, Ernst S. 53, 55, 57  
Suckut, Siegfried S. 12, 34, 116
- Teuchert, Hermann S. 22f  
Thum S. 89  
Trost, Catharina S. 15f, 25f, 28ff,  
114
- Uszkoreit, Hans-Georg S. 48, 51ff, 61,  
77, 104, 136
- van Melis, Damian S. 12ff, 20ff, 24,  
116  
Vollnhals, Clemens S. 16, 19f, 21, 23,  
115f  
Völz, Gerhard S. 62  
v. Appen S. 41  
von Frankenberg, Egbert S. 101  
Voss S. 35
- Wachholder, Kurt S. 22, 24ff, 27f  
Wandel, Paul S. 11, 15, 19  
Warnke, Johannes S. 13f  
Waterstraat, Ernst S. 38, 85  
Welsh, Helga A. S. 15ff, 117  
Wemmer, Hans S. 47, 77, 104  
Wermel (Sowjet. Prof.) S. 24  
Will, Ursula S. 92  
Winterfeldt, Richard S. 92  
Wockenfuß, Karl S. 85f, 107, 117  
Wohlgemuth, Franz S. 8, 81, 96ff, 117
- Zank, Wolfgang S. 18, 117  
Ziller, Gerhard S. 102



## Tabellenverzeichnis

2.1	Vorstand der SED-Betriebsgruppe 03.12.1946 . . . . .	38
2.2	Erfassung der Parteimitglieder Mai 1947 . . . . .	39
2.3	Letzter ehrenamtlicher Vorstand der SED-Betriebsgruppe 20.10.1949	49
2.4	Mitgliederanzahl der Fakultätsgruppen, Stand: 20.12.1948 . . . .	50
2.5	Abteilungsgruppen der SED-Betriebsgruppe 1949 . . . . .	51
2.6	Vorgeschlagener geschäftsführender Vorstand der SED-Betriebsgruppe Juli 1949 . . . . .	52
2.7	Sekretariat der UPL 08.11.1949 . . . . .	53
2.8	Auflistung der Abteilungs- und Fakultätsgruppen mit dem zu- gehörigen Vorstandsmitglied 08.11.1949 . . . . .	54
2.9	Zusammensetzung des Sekretariats der UPL April-Juni 1950 . . .	54
2.10	Zusammensetzung des Sekretariats der UPL 14.06.1950 . . . . .	56
2.11	Kandidaten der Leitung des Studentenrates nach der Fraktionssit- zung der SED 05.10.1949 . . . . .	63
3.1	Delegiertenkonferenzen 1948-1954 . . . . .	71
3.2	Anzahl der Delegierten und Gastdelegierten auf den jeweiligen Delegiertenkonferenzen . . . . .	73
3.3	Geforderter Mitgliederbestand der UPL vom ZK ab 1951 . . . . .	85
3.4	Grundorganisationen ab 1951 mit Erweiterung 1953 . . . . .	86
3.5	Universitätsparteileitung ab Dezember 1951 . . . . .	89
3.6	Abgelöste Leitungsmitglieder 1952 . . . . .	90
3.7	Nachwahl einiger Leitungsmitglieder für die UPL 18.12.1952 . .	90
3.8	Aufgabenbereiche der Sekretäre des neu gebildeten Sekretariats .	91
3.9	Sekretariat der UPL 08.10.1953. . . . .	92
3.10	Universitätsparteileitung ab Dezember 1953 . . . . .	93
3.11	Sekretariat der UPL 13.12.1953. . . . .	94

**Abbildungsverzeichnis**

2.1	Organisationsaufbau 1946-1948 . . . . .	46
2.2	Organisationsaufbau 1949-1951 . . . . .	60
3.1	Organisationsaufbau ab 1951 . . . . .	95
5.1	Delegiertenkarte . . . . .	119
5.2	Anonymisierter Fragebogen für Mitglieder und Kandidaten der SED	120
5.3	Bestätigung einiger Parteiausschlüsse mit Begründung v. 31.05.1949	129
5.4	Karteikarte 1 . . . . .	131
5.5	Karteikarte 2 . . . . .	132





# Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

## Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

## Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

## Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

## Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl  
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

## Band 5

Kurt Ziegler  
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

## Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost  
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

## Band 7

Anita Krätzner  
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.



Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht.  
Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2006/07. Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.  
Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock. Berichte von und über Akademikerinnen.  
Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteilitung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung der Volkswahlen der DDR 1954.  
Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.